Dokumente des IV. Parteitags der KPD/ML Seite 9-14

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 1, 5. Januar 1979 12. Jahrgang 50 Pfennig

IV. Parteitag der KPD/ML erfolgreich abgeschlossen

Wir freuen uns, ein für alle deutschen Kommunisten und revolutionären Arbeiter bedeutsames Ereignis mitteilen zu können: der IV. Ordentliche Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten ist erfolgreich abgeschlossen.

Der Parteitag tagte am Vorabend des 10. Jahrestages der Gründung unserer Partei vom 16. bis 18. Dezember 1978 in Hamburg in einer enthusiastischen und kämpferischen revolutionären Atmosphäre. Er war geprägt von einer außerordentlichen Geschlossenheit und Einheit auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Linie der Partei und ihrer Treue zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Der IV. Ordentliche Parteitag der KPD/ML wurde von vollem Erfolg gekrönt.

Der Vorsitzende des Zentralkomitees unserer Partei, Genosse Ernst Aust, eröffnete den Parteitag. Genosse Ernst Aust erstattete vor dem Parteitag den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des 4. Zentralkomitees der KPD/ML. Die wichtigsten Punkte darin waren: die Zurückweisung der Theorien Mao Tse-tungs als ideologische Grundlage des chinesischen Revisionismus und als antimarxistisch-leninistisch. Ferner: die Analyse und Verurteilung der starken sektiererischen Abweichungen und Fehler der Partei in der Vergangenheit.

Der Rechenschaftsbericht des 4. Zentralkomitees wurde vom Parteitag einstimmig angenommen. Ein weiteres wichtiges Ergebnis des Parteitages ist die Korrigierung und Straffung des Programms der KPD/ML. Der Parteitag wählte zum Schluß das 5. Zentralkomitee der KPD/ML.

Der IV. Ordentliche Parteitag eröffnet unserer Partei neue, glänzende Perspektiven. Er wird dem Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland neue Impulse geben.

Vorwärts mit der KPD/ML!



Großveranstaltung in Essen anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML

Stahlarbeiterstreik: Neuer Anlauf zum Verrat

Am Abend vor dem Sylvester-Sonntag einigten sich die Verhandlungsführer der IG Metall und die Vertreter der Stahlkonzerne unter der Vermittlung von Arbeitsminister Fahrtmann auf folgendes neues Schlichtungsergebnis:

- 3 bzw. 3 1/2 Tage zusätzliche Freischichten für Nachtschichtler bzw. Konti-Schichtler. Auf die Wochenarbeitszeit umgerechnet wäre das gerade eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung.
- 2 Freischichten für alle Kollegen über 50 Jahre.
- 3 Tage mehr Urlaub für alle.
- Ab 1. November 78 rückwirkend 4 Prozent mehr Lohn bei 15monatiger Laufzeit. Umgerechnet auf 12 Monate sind dies nur 3,2 Prozent brutto. Das sind ganze 0,2 Prozent mehr als das, was Weisweiler und Konsorten bereits vor Beginn des Streiks angeboten hatten!

Dieses Ergebnis unterscheidet sich von dem vor Weihnachten vorgelegten „Lösungsvorschlag" lediglich durch eine andere Verteilung des Gesamtpakets an Freischichten und Urlaubstagen auf die verschiedenen Gruppen der Stahlwerker. Es bedeutet keinen Einstieg, sondern einen Ausstieg aus der 35-Stunden-Woche. Und es bedeutet Reallohnabbau. Am Dienstag, also noch vor der angekündigten Ausweitung des Streiks, soll die Große Tarifkommission darüber entscheiden. Führen die Stahlwerker für einen solch faulen Kompromiß einen der härtesten Arbeitskämpfe seit Bestehen der Bundesrepublik? Nein! **Weg mit diesem faulen Ei — Vollstreik führt den Sieg herbei!** (Siehe auch Artikel auf S. 4 und 5).



Tor 1 der Thyssen-Gießerei in Duisburg-Meiderich: Auch das schlechte Wetter konnte der kämpferischen Stimmung der Stahlwerker keinen Abbruch tun.

Preiserhöhungen

Im neuen Jahr werden die Preise weiter anziehen. Hier eine kleine Auswahl von Preissteigerungen, die im Jahr 1979 — teilweise vom 1. Januar an — auf die Werktätigen zukommen.

Bundespost: Ab 1. Januar kostet ein Standardbrief 60 statt bisher 50 Pfennig; Päckchen und Eilbriefe werden teurer; die Rundfunk- und Fernsehgebühren steigen um 24 Prozent auf 13 Mark. **Versicherungen:** Autohaftpflicht-, Vollkasko- und Teilkaskoversicherungen steigen um durchschnittlich 8,6 bzw. 9,5 bzw. 11 Prozent an. **Bundesbahn:** Die Bahntarife werden ab dem 1. April um etwa 3,9 Prozent erhöht.

Mit der Anhebung des **Kohlepfennigs** von 4,5 auf 6,2 Prozent erhöht sich wieder automatisch die Stromrechnung für die Werktätigen. Die **Mehrwertsteuer** wird ab dem 1. Juli um ein weiteres Prozent angehoben. Im staatlich subventionierten Wohnungsbau sollen die **Mieten** in diesem Jahr um mindestens 5 Prozent steigen.

Auch die **Fahrpreise für Nahverkehrsmittel** werden in verschiedenen Orten wieder erhöht: im Ruhrgebiet um 5,3 Prozent; in Göttingen ab dem 1. Februar um durchschnittlich 10 Prozent; in Frankfurt ab dem 1. Januar um 5,3 Prozent; in Hamburg im Frühjahr um 6,8 Prozent.

Peking will Wiedervereinigung mit dem Taiwan-Regime

Am Neujahrstag wurde bekannt, daß die Pekinger Revisionisten dem faschistischen Regime auf Taiwan ein offizielles Angebot gemacht haben, die beiden Teile Chinas wiederzuvereinigen. Dabei wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Taiwan sein jetziges Regime beibehalten könne. (Siehe auch Artikel auf S. 3 und Kommentar auf S. 2).



Gorleben: Beginn der Probebohrungen

Grünes Licht wurde für das geplante atomare Entsorgungszentrum in Gorleben (Kreis Lüchow-Dannenberg) gegeben. Bereits in diesem Monat werden die ersten Probebohrungen beginnen. Dies ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der niedersächsischen Landesregierung und der Regierung in Bonn.

In den Verhandlungen ging es um die Finanzierung der Kosten, die dem Land Niedersachsen für das Genehmigungsverfahren und die „äußeren Sicherheitsmaßnahmen" für die Gorlebener Nuklearanlage entstehen werden. Das Land Niedersachsen hat wegen des komplizierten Genehmigungsverfahrens im zuständigen Ministerium eine eigene Abteilung eingerichtet; zwei Abteilungen Bereitschaftspolizei oder Bundesgrenzschutz, rund 1.000 Mann, sollen ständig in Gorleben stationiert werden. Das sind die „Sicherheitsmaßnahmen", die die Herrschenden ergreifen!



Das Gorlebener „Entsorgungszentrum" soll aus einer Wiederaufbereitungsanlage und einem Endlager für verbrauchte nukleare Brennelemente bestehen. Von dieser Anlage wird eine Gesundheits- und Lebensgefährdung der Bevölkerung ausgehen, die mit keiner der herkömmlichen Umweltverschmutzungen vergleichbar sein wird.

Demonstration gegen das faschistische Massaker in der Türkei

3.000 Arbeiter und Studenten aus der Türkei, unterstützt von deutschen Antifaschisten, zogen am Samstag in einem machtvollen Demonstrationszug durch die Straßen Duisburgs, um gegen das blutige Massaker in Maras (Türkei) zu protestieren. Bei diesem grausamen Blutbad hatten in der Weihnachtswoche faschistische Banden über 100 Werktätige ermordet und über tausend verletzt.

Zu der Demonstration in Duisburg hatten auch die Revolutionäre Partei der Türkei — Aufbauorganisation und die KPD/ML aufgerufen. Auch in mehreren anderen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin wurden Protestdemonstrationen gegen den Faschismus in der Türkei durchgeführt. Immer wieder wurde dabei die Forderung nach einem Verbot der faschistischen Organisation „Graue Wölfe" in der Bundesrepublik erhoben. Diese Terrorbande, die auch an dem Massaker von Maras maßgeblich beteiligt war, treibt seit langem schon mit Billigung des Bonner Staates ihr Unwesen auch in unserem Land. Der Boß der Bande, der vielfache Mörder Türkes, ist ein enger Freund des CSU-Chefs Strauß, mit dem er erst vor einigen Monaten zu Geheimgesprächen zusammengetroffen ist. (Bericht über das Massaker von Maras auf S. 15).

Amerikanische Flugzeugträger vor dem Iran

Die Meldungen aus dem Iran überstürzen sich. Am Montag wurde der Rücktritt der Militärregierung bekanntgegeben. Sie konnte ihre Aufgabe, die Massenkämpfe der iranischen Werktätigen zu ersticken, nicht erfüllen.

Gleichzeitig wurde der stellvertretende Vorsitzende der bürgerlichen „Nationalen Front", Baktiar, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Inzwischen jedoch wurde Baktiar aus seiner Partei ausgeschlossen und es erscheint fraglich, ob er überhaupt Minister für seine Regierung finden wird.

Weitere Angehörige der Schah-Familie haben sich in die USA abgesetzt. Auch der Diktator selbst kündigte am Wochenende einen „routinemäßigen Auslandsurlaub" an; einen Tag später allerdings wurde diese Absicht widerrufen. Angesichts des anhaltenden Aufstands der Völker des Irans gegen die Diktatur und der tiefen Krise des Regimes ziehen die ausländischen Imperialisten ihre zivilen Experten ab. Nachdem Moskau alle Experten zurückgerufen hat, leitete jetzt auch Bonn entsprechende Maßnahmen ein. Die amerikanischen Imperialisten haben ihre Militärberater und ihre CIA-Leute im Iran verstärkt, um noch direkter in die Kämpfe einzugreifen und das faschistische Regime zu retten. Außerdem wurden die Flugzeugträger „Constellation" und „Midway" zum Persischen Golf in Marsch gesetzt.



Militante Kämpfe der Volksmassen im Iran

Kommentar

Amerikanisch-chinesische Kriegspolitik

„Eine historische Wende" — so feierte der chinesische Parteichef Hua auf seiner Pressekonferenz Ende Dezember das Abkommen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA. Historische Wende? Ja, dieses Abkommen, das Huas Kumpan Deng selbst mit der für ihn bezeichnenden dreisten Offenherzigkeit eine „Allianz gegen den Eisbären" (sprich: Moskau) nannte, ist tatsächlich Ausdruck einer nachhaltigen Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb des imperialistischen Lagers.

Das Abkommen schreibt nämlich eine Entwicklung fest, die sich seit Jahren angebahnt hat. Neben der NATO, neben dem mit den USA durch einen militärischen Pakt verbundenen Japan, ist jetzt auch China zu einem Bestandteil des westlichen, von Washington kommandierten Blocks geworden. Die von den chinesischen Revisionisten seit langem betriebene Einbeziehung Pekings in die weltweite „Allianz gegen den Eisbären" bedeutet insofern eine nicht zu unterschätzende Stärkung der amerikanischen Supermacht gegen ihre russische Konkurrentin.

Der von Peking als „weitsichtig" gepriesene westdeutsche Reaktionär Strauß hat in seinen Äußerungen zum chinesisch-amerikanischen Abkommen diesen Gesichtspunkt klar zum Ausdruck gebracht, als er erklärte, dieses Abkommen sei ein „politischer Gegenzug" Carters gegen Moskau, der auch für das militärische Kräfteverhältnis zwischen den beiden Blöcken von Bedeutung wäre. In diesem Zusammenhang haben ja die Strategen der NATO schon des öfteren öffentlich vorgerechnet, wieviele russische Divisionen ein militärisch starkes — von der NATO aufgerüstetes — China binden würde. Im Gegenzug haben die Pekinger Führer keine Gelegenheit ausgelassen, um für die weitere Aufrüstung der NATO und eine aggressive Haltung des westlichen Kriegsblocks gegenüber dem russischen Sozialimperialismus die Trommel zu rühren.

Beide, die westlichen Imperialisten wie die chinesischen Revisionisten, verbindet in dieser Hinsicht ein gemeinsames Interesse: die politische und militärische Eindämmung und Einkreisung des russischen Sozialimperialismus. Wobei jede Seite bemüht ist, den Druck Moskaus gegen die jeweils andere Seite zu lenken, die NATO-Imperialisten nach Osten gegen China und die Pekinger Revisionisten nach Westen gegen Europa. Denn beide Seiten rechnen sich aus, bei einer kriegerischen Auseinandersetzung mit der russischen Supermacht den lachenden Dritten spielen zu können. (Vom Berg aus zuschauen, wie sich die Tiger im Tale streiten — dieses Bild haben die Chinesen für eine solche Haltung gefunden, die jetzt auch von den Pekinger Führern praktiziert wird).

Es ist der blanke Hohn, wenn jetzt in den westlichen Hauptstädten wie auch in Peking der „bedeutsame Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens" gerühmt wird, der mit dem amerikanisch-chinesischen Abkommen geleistet sei. Dieses Abkommen ist ein Teil des weltweiten Ringens der beiden Supermächte, ihrer Blöcke und Allianzen um die Weltherrschaft. Und man muß schon blind sein, um nicht zu sehen, wie drastisch sich gerade in den letzten Wochen die Widersprüche zwischen den beiden Blöcken verschärft haben.

Denn die Sowjetunion Breschnews wäre keine imperialistische Supermacht, wenn sie nicht den „politischen Gegenzug" Carters, von dem Strauß so angetan ist, ihrerseits mit „Gegenzügen" beantworten würde. Ein Beispiel unter anderen dafür ist die Serie von „Freundschaftsverträgen", die Moskau in der letzten Zeit mit Vietnam, Afghanistan und Äthiopien abgeschlossen hat, Verträge, mit denen es seinen imperialistischen Einfluß ausbauen und festigen will. Ein anderes Beispiel für verschärfte Spannungen zwischen den Supermächten sind die gegenwärtigen SALT—Verhandlungen, die von einer Sackgasse in die andere geraten.

Jeder politische und militärische Zug des einen Blocks zieht eben notwendig „Gegenzüge" des anderen Blocks nach sich.

Niemals wird sich eine der beiden Supermächte freiwillig zurückdrängen lassen, sie wird mit Zähnen und Klauen ihren Einfluß verteidigen und stets danach streben, gegenüber der anderen in die Offensive zu gehen. Das ist im Wesen des Imperialismus selbst begründet. Und insofern ist Huas und Carters „historische Wende" alles andere als ein Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens. Ihr Pakt ist vielmehr eine weitere Verstärkung der Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkriegs. (Siehe auch Artikel auf Seite 3).

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Gegen die Schließung des Werks in Brake

108 Chemiearbeiter blockieren das Tor



Rund um die Uhr bewachen die Kollegen der „Beker Chemie" ihr Werk

Die Düngemittelfabrik in Brake an der Unterweser, ein Tochterunternehmen des US-amerikanischen Beker-Chemie-Konzerns, ist pleite gegangen. Zum 21. Dezember war den Arbeitern, zum Jahresende den Angestellten gekündigt worden. 108 Beschäftigte er, alten damit nur noch Arbeitslosenhilfe — ein schönes Weihnachtspräsent!

Die aber nahmen die miserable Situation, in die sie von den amerikanischen Chemiekapitalisten hineinmanövriert worden waren, nicht tatenlos hin. Sie kämpfen um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Seit dem 2. November bewachen sie rund um die Uhr die Tore des stillgelegten Werks, um den Abtransport von Maschinen und anderen Ausrüstungsgegenständen durch die Gläubiger des Unternehmens zu verhindern. Erst am vergangenen Donnerstag verhinderten 40 Kollegen den Abtransport eines Gabelstaplers. Sie bildeten vor dem Werkstor eine Kette und blockierten die Zufahrtsstraße.

Kollegen der RGO aus Hamburg besuchten die kämpfenden Chemiearbeiter und überbrachten ihnen eine Geldspende. Hier ihr Bericht:

„Wir fahren abends durch das winterliche Brake an der Unterweser mit 620 Mark Solidaritätsspenden, die Genossen und Kollegen in der Woche vor Weihnachten im Betrieb und bei Bekannten gesammelt haben. Der Betrieb ist in der Nähe des Hafens. Am Werkstor hängen Spruchbänder und Parolen: ‚Wir wollen weiterbeschäftigt werden!' Als wir sagen, weshalb wir gekommen sind, ist die Freude groß. Die Kollegen laden uns zu einem Glas Punsch ein und erzählen uns die Geschichte des Werkes und ihres Kampfes.

Seit dem 22. Dezember sind alle entlassen und erhalten vorläufig nur noch Arbeitslosengeld. Kein sehr fröhliches Weihnachten für die Kollegen. Aber der Betrieb wird weiter besetzt gehalten — gerade jetzt! Die Kollegen wissen, daß sie die Solidarität und Unterstützung vieler Werktätiger haben. 23.000 Mark sind bisher eingegangen aus der ganzen Bundesrepublik. Als wir uns verabschieden, ist es spät geworden. Wir versprechen uns gegenseitig, den Kontakt aufrechtzuerhalten."

Bonn: Henkershelfer des Schahs

Die Unterstützung des Schah-Regimes durch die Bonner Imperialisten geht, wie kurz vor Weihnachten bekanntgeworden ist, bis hin zur Lieferung von Werkzeugen zur Unterdrückung der Völker des Irans. Nicht zuletzt an diesen Lieferungen zeigt sich, daß das Gerede von Demokratie, Recht und Freiheit nur eine Fassade ist, hinter der die Herren Westdeutschlands ihre finstere Fratze verbergen.

Wie eine Zeitung meldete, hat ein **bundeseigenes** Unternehmen dem Schah von Persien anläßlich der wachsenden Unruhen über 11.000 Handschellen geliefert. Darüber hinaus wurden über das gleiche Unternehmen Schlagstöcke mit Elektroschockwirkung in den Iran exportiert. Wieviele Schah-Gegner sind nun inzwischen schon in diesen Bonner Handschellen ins Gefängnis, zur Folterung, zur Hinrichtung geführt worden? Wieviele wurden mit den Bonner Folterstäben schon gefoltert?

Es ist nur zu verständlich, daß auch ein Transport von Wasserwerfern zur Demonstrationsbekämpfung in den Iran in Bonn nicht auf politische Bedenken gestoßen ist. Die Wasserwerfer waren in Österreich gekauft worden; die österreichische Regierung jedoch untersagte der US-Luftwaffe den Transport von österreichischem Boden aus. Da sprang die Bundesregierung ein; der Schah bekam die Wasserwerfer.

Bremen

Kampf dem Abschiebungsterror!

Am 25. November, dem Tag der großen Iran-Demonstration, wurde der in Bremen ansässige iranische Student A. T. in Frankfurt festgenommen. Die Umstände der Festnahme waren brutal. Der festnehmende Polizist schlug T. so stark, daß der Schlagstock zerbrach. T. mußte mit einer Kopfverletzung ins Krankenhaus eingeliefert werden; er war zunächst nicht vernehmungsfähig.

Am 15. Dezember erhielt T. den Bescheid des Stadt- und Polizeiamtes, daß er unverzüglich in sein Heimatland ausgewiesen werden solle. Ihm wurde die Teilnahme an der Frankfurter Demonstration vorgeworfen. Es sei notwendig, ihn auszuweisen, hieß es, um alle anderen Ausländer davor zu warnen, sich an Demonstrationen zu beteiligen. Die Abschiebung in den Iran hätte für T. — wie für die sieben anderen von Abschiebung bedrohten iranischen Studenten — Haft, Folter oder gar den Tod bedeutet.

Sofort jedoch setzte in Bremen eine breite Protest- und Solidaritätskampagne zugunsten des bedrohten iranischen Studenten ein. Unterschriften wurden gesammelt, Protestresolutionen an den zuständigen Innensenator geschickt. Auch die Partei und die Rote Garde beteiligten sich an den Aktionen.

Am gleichen Tag, da vor dem Bremer Verwaltungsgericht über die geplante Abschiebung verhandelt wurde, versammelten sich etwa 2.000 Menschen zu einem Demonstrationszug. Das Verwaltungsgericht hob die sofortige Abschiebungsverfügung des Stadt- und Polizeiamtes auf. T. darf bis zur Hauptverhandlung in Bremen bleiben. Damit ist in Bremen ein erster Sieg über die verbrecherischen Abschiebungsplänen der westdeutschen Behörden, die das wankende Schah-Regime nach Kräften zu stützen trachten, errungen worden.

Selbstbedienungsladen Parlament

Nachdem im Frühjahr die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtags mit ihren Plänen zu einer erklecklichen Diätenerhöhung aufgrund eines Proteststurms in der Öffentlichkeit gescheitert waren, setzten sie zur Lösung dieses Problems eine eigene Sachverständigenkommission ein. Die legte nun vor Weihnachten einen korrigierten Vorschlag vor.

Gegenwärtig kann ein Abgeordneter auf steuerfreie Zuwendungen bis zu 4.500 Mark monatlich kommen. Nun soll er ein Grundgehalt von 5.000 Mark und eine Wahlkreis-Betreuungspauschale von 1.600 Mark erhalten. Dazu kommen noch Sitzungsgelder sowie Zuschüsse für Schreib- und Bürokosten.

Den nordrhein-westfälischen Abgeordneten ist dieser Vorschlag jedoch noch zu niedrig. Sie fühlen sich „unter ihrem Wert" bezahlt. Einige argumentierten, daß diese Regelung nur dazu führe, daß nur noch mehr Funktionäre von Verbänden und Gewerkschaften in die Landtage kämen, vor allem aber ganz junge Abgeordnete, für die monatlich 5.000 Mark steuerpflichtige Bezüge recht attraktiv seien. Dagegen werde man immer mehr lebens- und berufserfahrene Abgeordnete verlieren...

Jeder bürgerliche Politiker hat eben — nicht anders als ein Star des Fußballfeldes — seinen Preis! Man sieht: Worauf es diesen angeblich nur ihrem Gewissen verpflichteten Subjekten vor allem ankommt, ist, sich im Selbstbedienungsladen Parlament die Taschen vollzustopfen, was das Zeug hält.

Hamburg

Bespitzelung in den Betrieben geht weiter

Zu Beginn des letzten Jahres war bekanntgeworden, daß es in zahlreichen Hamburger Betrieben üblich ist, über Bewerber bzw. Arbeiter und Angestellte Auskünfte beim Verfassungsschutz einzuholen. In einem Interview mit der „Hamburger Morgenpost" bestätigte und präzisierte nun der Hamburger Innensenator Werner Staak (SPD) erneut diese Schnüffelstaatmethoden.

Das Zusammengehen von Firmen und Verfassungsschutzbehörden suchte Staak mit dem Schutz von „sicherheitsempfindlichen Bereichen" zu rechtfertigen. Welch dehnbare Dinger aber diese „sicherheitsempfindliche Bereiche" sind, zeigte sich an den Aussagen Staaks selbst. Auf die Frage, ob auch Kaufhäuser, Großbäckereien und der Schlachthof zum „sicherheitsempfindlichen Bereich" zählten, antwortete Staak zunächst mit „nein". Er ergänzte aber: „Da gibt es unterschiedliche Meinungen, die ich auf einen Nenner bringen muß. Aber ich kann das nicht mit einem Kraftakt machen, weil ich auch politische Interessen zu berücksichtigen habe". Der Begriff von den „sicherheitsempfindlichen Bereichen" ist nichts als ein Rauchvorhang, hinter dem die Kapitalisten und ihre Diener im Staatsapparat die Verfolgung oppositioneller und revolutionärer Arbeiter und Angestellter betreiben.

Wie die Zusammenarbeit der Firmen mit dem Verfassungsschutz konkret aussieht, hatte schon zu Beginn des vergangenen Jahres der ehemalige stellvertretende Personalleiter der Hamburger Stahlwerke enthüllt. Nach seinen Aussagen sind in den letzten Jahren bei den Hamburger Stahlwerken alle neueingestellten Mitarbeiter überprüft worden; im Jahre 1973 wurde das gesamte Werk überprüft. Etliche Entlassungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz vorgenommen, wobei in mindestens einem Fall auch der von der SPD beherrschte Betriebsrat eine üble Rolle spielte. (Wir berichteten im „Roten Morgen" Nr. 17/78).

Zitat der Woche

„Das dritte Reich hat die Menschen in ein Gemeinschaftsdenken gezwungen, auch wenn sie es gar nicht wollten. Der Krieg mit seiner Schrecklichkeit hat den Menschen zusammengeschweißt, hat bestimmte Verpflichtungen ganz knallhart herausgestellt. Die Sorge, die ich habe, ist, daß wir eine 30jährige Friedenshypothek abzuarbeiten haben. Was uns fehlt ... sind jene elementaren Grunderlebnisse mit Leben und Tod, uns fehlt letzten Endes der Krieg."

(Maximilian Schubart, prominenter Manager-Vermittler und Unternehmensberater in der Oktober-Ausgabe des Magazins „Junge Wirtschaft").

Diplomatische Beziehungen zwischen China und den USA

Die konterrevolutionäre Allianz Washington — Peking

Seit dem 1. Januar unterhalten China und die USA volle diplomatische Beziehungen. Dieser Schritt wurde zwar nach allen Regeln der Geheimdiplomatie vorbereitet. Überraschen jedoch konnte er nicht. Denn die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen wurde schon im Jahr 1971 vorbereitet, in den Geheimverhandlungen zwischen Kissinger und Tschou En-lai, mit dem Besuch Nixons in Peking und dem bei dieser Gelegenheit verabschiedeten „Kommuniqué von Schanghai".

Seitdem Nixon — auf dem Höhepunkt der amerikanischen Aggression gegen die Völker Indochinas — in Peking bejubelt wurde, haben sich die chinesischen Revisionisten zudem immer unverhüllter dem amerikanischen Imperialismus angenähert, haben sie mit der „Theorie der drei Welten" die allseitige Zusammenarbeit mit diesem Todfeind der Völker zur Staatsdoktrin erhoben. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ist die konterrevolutionäre Allianz zwischen Washington und Peking sozusagen nur „legalisiert" worden. Trotz aller Tatsachen über die Allianz — vom gemeinsamen Bekenntnis zur NATO bis zur gemeinsamen Unterstützung des Schah-Regimes — entblöden sich die Anhänger Pekings, wie bei uns die Gruppe Rote Fahne oder der KBW, nicht, die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen in einen gewaltigen Sieg der chinesischen Führung über die amerikanische Supermacht umzufälschen.

Die Taiwan-Frage

Aber um die ganze Armseligkeit und Lächerlichkeit einer solchen Verdrehung zu erkennen, braucht man sich nur einmal die Dokumente anzusehen, die jetzt zwischen Washington und Peking ausgehandelt wurden. Im Mittelpunkt des Schachers zwischen den beiden Seiten, seit dem Nixon-Besuch (wo die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen ja schon grundsätzlich vereinbart wurde), hatte die Taiwan-Frage gestanden. Die Insel Taiwan ist ein Bestandteil Chinas. Hierher sind in den vierziger Jahren die Reste der von den revolutionären Volksmassen geschlagenen faschistischen Banden der Kuomintang geflohen. Diese Elemente konnten sich auf der Insel halten, weil die amerikanischen Imperialisten ihren Schutz übernommen hatten.

Washington besetzte Taiwan militärisch und baute es zu einer gigantischen waffenstarrenden Festung aus. Einschließlich der Reservisten stehen heute auf der Insel 1,6 Millionen Mann unter Waffen — kommandiert von den Strategen des Pentagons. Sie verfügen über die modernsten amerikanischen Waffensysteme; die Feuerkraft der taiwanesischen Streitkräfte übersteigt die der Streitkräfte des Festlands um ein vielfaches. Von Anfang an war das von Washington besetzte Taiwan eine Basis der amerikanischen Aggressionen gegen das chinesische Festland, gegen die Völker Indochinas und die anderen Völker im asiatisch-pazifischen Raum. Darüber hinaus haben die amerikanischen Monopole 600 Millionen Dollar in die Wirtschaft Taiwans investiert und sie zu großen Teilen unter ihre Kontrolle gebracht.

Das chinesische Volk hat sich mit der Besetzung Taiwans durch die amerikanischen Imperialisten niemals abgefunden. Es entspricht seinem grundlegenden nationalen Interesse und auch den Interessen der anderen Völker, die unter den Aggressionen Washingtons leiden, daß ein kompromißloser Kampf zur Vertreibung der amerikanischen Besatzer und ihrer Kuomintang-Lakaien geführt wird. Aber was tun die Pekinger Führer? Sie treten die gerechten Bestrebungen des chinesischen Volkes, die Interessen der Völker des asiatisch-pazifischen Raumes mit Füßen. Sie haben in ihren jetzt mit der Carter-Regierung abgeschlossenen Verträgen die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus über Taiwan, über einen Teil Chinas, gebilligt und anerkannt. In diesen Verträgen ist im einzelnen festgelegt:

- Der Militärpakt Washingtons mit der Kuomintang-Bande wird nicht sofort gekündigt. Er bleibt mindestens ein weiteres Jahr in Kraft.
- Auch nach der offiziellen Kündigung des Paktes werden die USA weiterhin Waffen an die Kuomintang-Faschisten liefern.
- Darüber hinaus werden auch „kulturelle, wirtschaftliche und andere nichtoffizielle Beziehungen" zwischen Washington und Taiwan aufrechterhalten.

Die Carter-Regierung hat schon angekündigt, daß sie eine „Asian-American Services Corporation" bilden wird, die nach dem Abzug der US-Botschaft die amerikanischen Interessen auf Taiwan und „die Kontinuität der 50 amerikanisch-taiwanesischen Verträge wahren" wird. Es bleibt also alles beim alten, nur mit einem neuen Firmenschild versehen. Taiwan ist auch heute eine Neokolonie der Supermacht USA, ausgeplündert von den amerikanischen Monopolen, bestückt mit einem riesigen Arsenal amerikanischer Waffen.

Wiedervereinigung mit den Kuomintang-Faschisten

Das ist also der großartige Sieg der Pekinger Mandarine in der Taiwan-Frage! Denjenigen Freunden der Deng und Hua, die auch vor diesen Tatsachen noch die Augen verschließen möchten, sei das Studium der jüngsten Erklärungen Pekinger Spitzenfunktionäre empfohlen. Vielleicht erinnern sie sich ja an eine früher oft wiederholte chinesische Losung, die lautete: „Wir werden Taiwan unbedingt befreien!" Von Befreiung ist heute allerdings keine Rede mehr. Heute wird in Peking unverhohlen die „Wiedervereinigung" der beiden chinesischen Staaten gefordert, wohlgemerkt die Vereinigung mit einem Staat, der unter der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten und dem Regime einer faschistischen Bande steht.

Deng Hsiao-ping selbst erklärte schon am 27. November in einem Interview mit der „Washington Post": In einem „einigen China" könne Taiwan sein jetziges Gesellschaftssystem beibehalten. Und einige Tage später (am 3. Dezember in einem Gespräch mit der „New York Times") forderte Deng die amerikanischen Imperialisten ausdrücklich dazu auf, ihre Investitionen auf Taiwan fortzusetzen. Sein Kumpan Tschen Yi-sung, Mitglied der Führung des Nationalen Volkskongresses, schwadronierte sogar davon, daß noch in diesem Jahr die Wiedervereinigung der Pekinger Revisionisten mit den Taiwan-Faschisten erreicht werden könne. Wie bestellt erschien auch prompt eine Wandzeitung in Peking, auf der dem Faschistenhäuptling Tschiang (dem Sohn des Tschiang Kai-schek) ein hoher Posten in der Pekinger Regierung angeboten wurde.

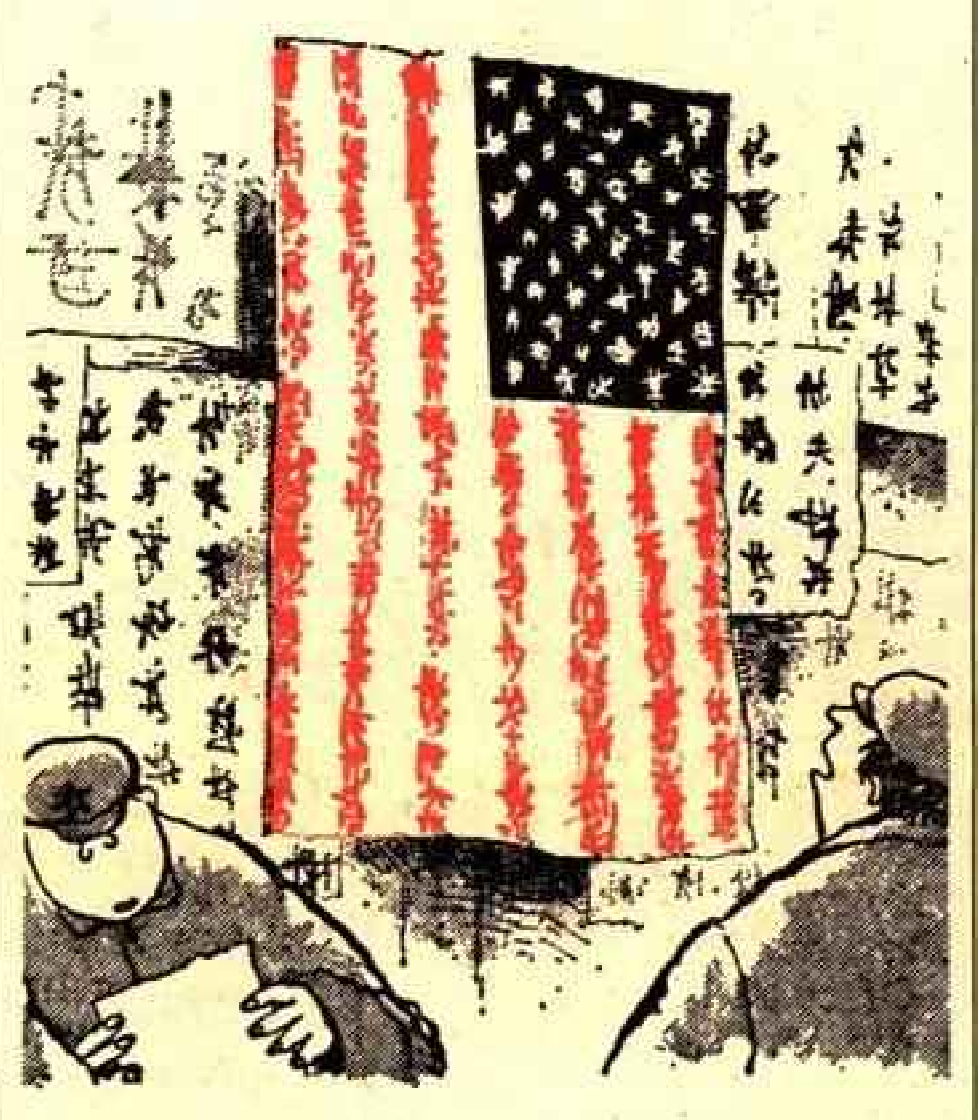
Sicher, die Wiedervereinigung in diesem Jahr ist wohl ein Wunschtraum der Pekinger Führer. Aber eines ist doch vor aller Augen jetzt deutlich geworden: Wenn sie mit der faschistischen Tschiang-Bande in einem „einigen China" einträchtig zusammenleben wollen, dann kann das doch nur heißen, daß ihr eigenes Regime von der gleichen Art ist wie das von Taiwan.

Pekinger Weltmachtpläne

Was treibt die Pekinger Mandarine zu einem solch hemmungslosen Ausverkauf der nationalen Interessen Chinas an die amerikanische Supermacht? Es ist die wilde Gier, mit der sie ihr Ziel verfolgen: China zu einem mächtigen kapitalistischen Staat, zu einer dritten imperialistischen Supermacht zu entwickeln. Das ist die Antriebskraft hinter ihrer immer offener betriebenen allseitigen Allianz mit den westlichen Imperialisten. Nach der engen Zusammenarbeit mit der EG, nach dem Pakt, den sie vor einigen Monaten mit den japanischen Imperialisten geschlossen haben, gehen sie jetzt daran, auch ihr Verhältnis zur westlichen Supermacht selbst auf eine neue Stufe zu heben.

Die Pekinger Führer haben selbst erklärt, daß sie für die Verwirklichung ihrer ehrgeizigen aggressiven Pläne in den nächsten 22 Jahren die gewaltige Summe von 600 Milliarden Dollar brauchen, die sie in Wirtschaft und Rüstung des Landes investieren wollen. Und woher soll diese riesige Dollarflut kommen? Aus dem westlichen Ausland, in Form von Bank- und Regierungskrediten. In einem Ausmaß, wie man es bislang nicht gekannt hat, gehen die chinesischen Revisionisten daran, die Tore weit für das ausländische Kapital zu öffnen, das Land im größten Umfang zu verschulden und damit von den imperialistischen Kreditgebern abhängig zu machen. Mit der jetzt erfolgten Aufnahme diplomatischer Beziehungen wird nach dem westeuropäischen und japanischen auch verstärkt das amerikanische Kapital in China eindringen.

Und wie sollen die riesigen Kredite getilgt werden? Die amerikanischen Monopole haben schon ihre Vorstellungen dazu dargelegt. In den Verhandlungen über langfristige Wirtschaftsabkommen, die jetzt geführt werden, haben sie vor allem ihre Ansprüche auf chinesische Rohstoffe geltend gemacht. In erster Linie, angesichts der Energiekrise in den USA, geht es ihnen dabei um das Erdöl. Schon heute sind acht amerikanische Ölmultis in China aktiv, um die Ausplünderung des chinesischen Erdöls im großen Maßstab vorzubereiten. Bezeichnenderweise haben sie jetzt schon erklärt, daß das chinesische Öl wesentlich billiger sein wird als das des Nahen Ostens. Sie werden also aus der Ausbeutung dieses strategischen Rohstoffs in China noch mehr Profite herausschlagen als am Persischen Golf. Darüber hinaus sehen die amerikanischen Monopole in China natürlich auch einen riesigen Markt für ihre Produkte. So wie es der Präsident Carter bei der Ankündigung der diplomatischen Beziehungen verkündete: „Es eröffnet sich die Aussicht auf einen reichen Handel mit nahezu einer Milliarde Menschen."



Ohne Worte

NATO-Waffen für China

Aber es sind nicht nur solche Aussichten, die die amerikanischen Imperialisten in ihrer China-Politik beflügeln. Es geht ihnen um mehr, um die Einbeziehung Chinas in ihren Machtblock, um die Gewinnung eines neuen Verbündeten in ihrem weltweiten Konkurrenzkampf mit der russischen Supermacht. (Siehe auch Kommentar auf Seite 2.) In dem jetzt abgeschlossenen Abkommen zwischen China und den USA findet sich genauso wie in dem Pakt zwischen Peking und Tokio eine sogenannte Antihegemonie-Klausel. Darin wird erklärt, daß „keine Seite die Vorherrschaft in der asiatisch-pazifischen Region oder in irgendeiner anderen Region der Welt sucht und jede Seite Bemühungen jedes anderen Landes oder jeder anderen Gruppe von Ländern, eine derartige Vorherrschaft zu schaffen, entgegentritt".

Damit haben die chinesischen Revisionisten nicht nur in einem offiziellen Dokument zugestanden, daß sie den amerikanischen Imperialismus **nicht** für eine Macht halten, die nach Vorherrschaft strebt. Sie haben mit dieser Macht auch ein gemeinsames Vorgehen gegen andere Mächte vereinbart. Und mit dem „anderen Land" von dem im Abkommen die Rede ist, meinen sie natürlich die Sowjetunion. Deutlicher noch als es in dem Dokument zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen niedergelegt ist, haben in den letzten Wochen die amerikanischen und chinesischen Führer den Zweck ihrer Allianz zum Ausdruck gebracht. So erklärte der Berater des US-Präsidenten, Brzezinski (er führte in Peking die Geheimverhandlungen mit Deng): „Die USA betrachten die Beziehungen zu China nicht als ein taktisches Hilfsmittel. Wir erkennen und teilen die Entschlossenheit Chinas, jeder Macht Widerstand zu leisten, die eine globale oder hegemoniale Vormachtstellung einnehmen will." Noch drastischer allerdings brachte Deng Hsiao-ping selbst den strategischen Charakter des Bündnisses zwischen Peking und Washington zum Ausdruck, als er ganz unverblühmt von einer „Allianz gegen den Eisbären" sprach (Interview am 27. November mit Robert Novak von der „Washington Post"). Wobei der Eisbär im blumigen Jargon der Pekinger Revisionisten für den russischen Imperialismus steht.

Es ist also ein klassisches imperialistisches Bündnis, das mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Peking und Washington besiegelt wurde. Und schon haben die amerikanischen Imperialisten begonnen, China auch militärisch in ihr weltweites Bündnissystem einzubeziehen, das darauf ausgerichtet ist, die Herrschaft des Dollars über weite Teile der Erde abzusichern.

Schon Anfang November, als sich die Erfolge in den amerikanisch-chinesischen Verhandlungen abzuzeichnen begannen, gab die Carter-Regierung für alle NATO-Staaten grünes Licht für Waffenlieferungen nach China. (Die Pekinger Revisionisten hatten unter anderem Senkrechtstarter in Britannien und Raketen in Frankreich bestellt und sich auch an westdeutschen Waffensystemen interessiert gezeigt.) Die USA selbst werden Infrarotgeräte zur Luftaufklärung und Nachrichtensatelliten liefern. Und das ist natürlich erst ein Anfang. Auf der Grundlage der „grundsätzlich ähnlichen Ansichten in den meisten internationalen Fragen", die laut Hsinhua, der chinesischen Nachrichtenagentur, zwischen Peking und Washington besteht, wird die Aufrüstung der chinesischen Armee mit NATO-Waffen einen noch größeren Umfang annehmen.

Die hier angeführten Tatsachen machen deutlich, daß mit dem Austausch von Botschaftern zwischen China und den USA nicht „normale" Beziehungen zwischen zwei Staaten besiegelt werden. Sie zeigen, daß hier eine äußerst gefährliche konterrevolutionäre Allianz entstanden ist. Eine Allianz zwischen zwei Staaten, die beide aggressive Absichten verfolgen. Wobei die chinesischen Revisionisten hoffen, ihre weitreichenden Ziele durch ihre bedingungslose Einordnung in die amerikanische Kriegspolitik zu erreichen. Die Völker der ganzen Welt müssen dieser konterrevolutionären Allianz entschlossen entgegentreten.

Coca-Cola für China



Der amerikanische Botschafter wird erst im Frühjahr seine Geschäfte in China aufnehmen. Coca Cola ist schon da. Vorerst werden diese in den USA abgefüllten Flaschen auf den chinesischen Markt geworfen. In den nächsten Monaten soll dann — so ist es vereinbart — eine Abfüllanlage in China selbst errichtet werden. Die Coca-Bosse haben sich dieses gewaltige Geschäft im harten Konkurrenzkampf mit den Bossen von Pepsi-Cola gesichert. (Ein Trost bleibt Pepsi allerdings: die vor einigen Monaten ergatterte Lizenz für den russischen Markt.)

Auch auf andere Segnungen der amerikanischen Zivilisation brauchen die Chinesen nicht mehr zu verzichten. McDonalds verhandelt über die Errichtung einer Kette seiner berüchtigten Hamburger-Lokale. Der Pan-Am-Konzern hat schon den Zuschlag für den Bau mehrerer Luxus-Hotels vom Typ „Intercontinental" bekommen. In chinesischen Kinos läuft zur Zeit die US-Schnulze „Rocky". Und in der von Deng persönlich gesteuerten Wandzeitungskampagne werden die USA als großes Vorbild in Sachen Wirtschaftsaufbau, Demokratie und Menschenrechte gefeiert.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Großartige Kampfmoral der Stahlwerker

Nein zur „stahltypischen Lösung"!

Der Streik der Stahlarbeiter dauert nun schon länger als einen Monat. Weder durch den Aussperrungsterror der Stahlbarone, noch durch die abwieglerische Schwerpunktstreik-Taktik der Gewerkschaftsführung ließen die Kollegen sich den Schneid abkaufen. Im Gegenteil! Die Kampfentschlossenheit der streikenden und ausgesperrten Belegschaften ist noch stärker geworden. Und eine großartige, machtvolle Bewegung spontaner Klassensolidarität, wie sie in Deutschland seit Jahrzehnten ohne Beispiel ist, stärkt den Stahlwerkern den Rücken.



Nicht bereit, sich mit einem faulen Kompromiß zufriedenzugeben: die Arbeiter von Mannesmann-Huckingen.

Schon jetzt ist dieser Streik der zweitlängste, den die IG Metall überhaupt geführt hat. Der längste war der Streik von 33.000 Metallarbeitern in Schleswig-Holstein, der vom 24. Oktober 1956 bis in den Februar 1957 dauerte. Damals kämpften die Kollegen erfolgreich für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Sie wurde am 1. Juli 1957 durch Bundesgesetz allgemein verankert.

Das Ziel, für das heute die Stahlwerker einen der härtesten Arbeitskämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik durchfechten, ist mindestens ebensó wichtig. Es ist — genau wie im Falle der Lohnfortzahlung — ein Ziel der gesamten Arbeiterklasse: die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Heute sind es die Stahlarbeiter an Rhein, Ruhr und Weser, die die Rolle des Bahnbrechers für eine solch bedeutende sozialpolitische Forderung übernommen haben. Und das ist auch die Erklärung dafür, daß ihr mutiger Kampf, ihre Opferbereitschaft, ihr Einsatz als Streikposten bei Tag und Nacht, in Kälte und Nässe und auch an Weihnachten und Neujahr, einen so begeisterten Widerhall in der werktätigen Bevölkerung findet.

Wann hat es das zuletzt gegeben, daß die DGB-Führer gezwungen waren, grünes Licht für Solidaritätsstreiks in anderen Branchen zu geben? Daß Tag für Tag Spenden und Solidaritätsresolutionen in solchem Ausmaß aus dem gesamten Bundesgebiet und Westberlin und sogar aus dem Ausland kommen? Daß Tausende von Menschen aus allen Schichten der werktätigen Bevölkerung die Streikposten besuchen und ihnen Geschenke und Spenden bringen? Selbst aus weit entfernten Orten reisen Arbeiter, Angestellte, Schüler, Studenten und andere Werktätige zu den bestreikten und ausgesperrten Betrieben.

Der Stahlarbeiterstreik hat die Mär vollends zerstört, daß der deutsche Arbeiter — im Gegensatz zu seinem englischen, französischen oder italienischen Kollegen — kein Klassenbewußtsein mehr habe, daß er das Kämpfen und die Klassensolidarität verlernt habe, daß er verspießert und träge geworden sei. Ferner widerlegt dieser Kampf schlagend die Behauptung gewisser „Arbeitnehmervertreter", in der Wirtschaftskrise könnten die Arbeiter keinen machtvollen und erfolgreichen Kampf führen, sie seien unter solchen Bedingungen dafür zu schwach. Zum dritten zeigt dieser Streik besonders deutlich, daß es der reaktionären, mit dem Monopolkapital und der bürgerlichen Staatsmacht verfilzten DGB-Führung nicht mehr möglich ist, die Arbeiterklasse vom Kampf für ihre Interessen abzuhalten.

Jahrzehntelang predigten die DGB-Bonzen die Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit, bemühten sie sich, die Ideologie der „sozialen Partnerschaft" in den Gehirnen der Arbeiter zu verwurzeln, propagierten sie den „sozialen Frieden" und versuchten die Arbeiter glauben zu machen, ihre Interessen und die der Unternehmer seien im Kern die gleichen. Aber die Arbeiter lassen sich immer weniger von diesen trügerischen Parolen und Thesen beeinflussen. Sie halten sich an die wirklichen Verhältnisse, an die harten Tatsachen, an die soziale und politische Realität. Und diese Realität beweist die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfs.

Kein Zweifel: Die Bosse und Bonzen hätten diesen Arbeitskampf längst „beigelegt" und die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche abgeschmettert, wäre nicht die Kampfentschlossenheit der streikenden und ausgesperrten Stahlarbeiter so außergewöhnlich stark. Das faule Schlichtungsei unter Fahrtmanns Regie wollten die Herren ja noch rechtzeitig vor den Weihnachtsfeiertagen ausbrüten. Denn der Streik tut den Kapitalisten schon ziemlich weh. Die Kollegen sollten mit einer sogenannten stahltypischen Lösung abgespeist und nach Weihnachten wieder an die Arbeit geschickt werden. Damit hätten die Stahlbarone die 35-Stunden-Woche vom Tisch gefegt und sich den Weg freigehalten für ihre ungeheuerlichen Rationalisierungs- und Entlassungspläne. Jeder dritte Arbeitsplatz in der Stahlindustrie steht auf der Abschußliste. Allein bis 1980 ist die Vernichtung von 50.000 Arbeitsplätzen vorgesehen.

Mit der „stahltypischen Lösung" wäre zudem Spaltung in die Reihen der Stahlwerker getragen worden (nur den Konti- und Nachtschichtarbeitern wären damit überhaupt nennenswerte Zugeständnisse in Aussicht gestellt, die anderen Kollegen wären praktisch leer ausgegangen). Ein solcher fauler Kompromiß wäre eine Niederlage nicht nur für die Stahlwerker, sondern für die gesamte Arbeiterklasse gewesen. Denn der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist seinem Wesen nach ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse gegen die vereinte Front der Kapitalisten.

Die Stahlwerker haben das Schlichtungsmanöver zunächst erfolgreich durchkreuzt: durch ihre klassenbewußte und unnachgiebige Haltung, ihre eindeutige, teilweise militante, Opposition gegen die verräterische IGM-Führung. Sie zwangen die Große Tarifkommission auf der Sitzung am Mittwoch vor Weihnachten, den ausgehandelten Schlichtungskompromiß abzulehnen und sogar den Beschluß über die Ausweitung des Streiks zu fassen. Das ist ein großer Sieg, der dem Streik einen neuen Aufschwung gab, wie es sich unter anderem klar an dem hervorragenden Einsatz der Streikposten über die Weihnachtsfeiertage zeigte, an der ausgezeichneten kämpferischen Stimmung, die vor den Toren herrschte.

Allerdings wird die IGM-Führung nach wie vor mit aller Heimtücke und mit raffinierten Manövern den Streik abzuwürgen versuchen. Daß die Verhandlungskommission der IGM sich noch vor der Ausweitung des Streiks ohne jede Vorbedingung auf neuerliche Schlichtungsverhandlungen eingelassen hat, verrät die schmutzigen Absichten von Loderer, Herb und Konsorten. Sie wollen die Kampfbereitschaft zersetzen und den Streik möglicherweise beenden, bevor es überhaupt am Mittwoch zur Ausweitung kommt.

Aber die Herren werden es schwer haben. Gerade jetzt haben die Stahlarbeiter auf Streikversammlungen und in Resolutionen und Flugblättern unzweideutig klargestellt: die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich ist das Ziel unseres Streiks; sie muß im Tarifvertrag verankert werden und zwar in Form eines Stufenplans, der ihre volle Einführung in längstens zwei bis drei Jahren sichert. Dafür sind wir bereit, den Streik mit allen damit verbundenen Opfern und Härten solange weiterzuführen, bis die Kapitalisten zum Nachgeben gezwungen sind. Denn für dieses Ziel lohnt der Kampf.

Resolution der Streikversammlung für Thyssen-Hamborn in Duisburg

Einstimmig angenommen am 21. Dezember

Wir alle wissen, daß eine Verlängerung des Arbeitskampfes und die Ausweitung der Kampfmaßnahmen von jedem größere Opfer verlangt. Zu diesen Opfern sind wir bereit, wenn ein wesentlicher Schritt zur Sicherung unserer Arbeitsplätze vollzogen wird. Von daher müssen wir sagen, daß das bisherige Vermittlungsangebot für uns nicht mehr zur Diskussion steht. Für uns können Verhandlungen nur noch unter folgenden Bedingungen stattfinden:

1. *Eine Arbeitszeitverkürzung für alle muß her und nicht für einzelne Personengruppen. Es darf keine stahltypische Lösung geben, da wir den Kampf der Arbeitsplatzsicherung für alle Arbeitnehmer führen. Mit uns stehen alle Metaller und alle 17 Einzelgewerkschaften des DGB's.*
2. *Ein Einstieg in die 35-Stunden-Woche, der unsere Arbeitsplätze sicherer machen will, muß in Stunden bemessen sein. Jede Minute Arbeitszeitverkürzung ist zwar begrüßenswert, um die Arbeitsleistungen zu verringern, aber unser Kampf geht gegen den Arbeitsplatzabbau und gegen die Massenarbeitslosigkeit.*

(. . .)

4. *Im Tarifvertrag muß festgelegt sein, bis wann die 35-Stunden-Woche erreicht ist. Wir können uns nicht durch einen Tarifvertrag auf Jahre die Händ: binden lassen, ohne daß durch einen Stufenplan die 35-Stunden-Woche erzielt ist. Dazu macht der bisherige Verhandlungsstand keinerlei Aussagen.*
5. *Der Lohn- und Gehaltsabschluß darf nicht dazu führen, daß wir uns die Arbeitszeitverkürzung selbst finanzieren. Die gewerkschaftliche Forderung lautet:* ***Voller Lohnausgleich.*** *Das bisherige Angebot hat durch längere Laufzeit zu vertuschen versucht, daß die Arbeitgeber gegenüber ihrem Angebot vor dem Streik nicht ein Prozent zugelegt haben.*

UNSER KAMPF MUSS SO LANGE WEITERGEFÜHRT UND GESTEIGERT WERDEN, BIS DIE ARBEITGEBER DIESEN UNSEREN BEDINGUNGEN ZUGESTIMMT HABEN. MIT DER URABSTIMMUNG HABEN WIR UNS EINDEUTIG FÜR DEN KAMPF AUSGESPROCHEN. NUR DURCH DEN KAMPF WERDEN WIR ZU EINEM POSITIVEN ERGEBNIS KOMMEN, WIR HABEN 'A' GESAGT UND DIE ARBEITGEBER WERDEN

'B'(E)ZAHLEN!!!

(gekürzt)

Resolution der Vertrauensleuteversammlung von Mannesmann-Huckingen in Duisburg (Auszüge)

Unsere Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche ist eine Forderung zur Sicherung der Arbeitsplätze und beinhaltet in Anbetracht der massiven Arbeitsplatzvernichtung die Notwendigkeit sofortiger und effektiver Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. (. . .)

a) *Ein Einstieg in der Größenordnung von Stunden muß her. Mit rund 40 Minuten (und das sind vier Freischichten) lassen wir uns nicht abspeisen. Das sichert keinen einzigen Arbeitsplatz. Wir halten es für einen unwürdigen Akt, bei Gefährdung von vielen Tausend Familien, bei Gefährdung der Lebensfähigkeit ganzer von der Stahlindustrie und ihren Beschäftigten abhängigen Städte in Sachen Arbeitsplatzsicherheit um Minuten verhandeln zu wollen. (. . .)*

b) *Dieser Einstieg muß im Tarifvertrag auch als Einstieg in die 35-Stunden-Woche deutlich genannt sein. Die 40-Stunden-Woche muß klipp und klar durchbrochen werden. Alles andere müssen wir verweigern — auch eine stahltypische Regelung —, weil wir sonst das Spiel der Unternehmer mitspielen, auf jeden Fall ein Durchbrechen der 35-Stunden-Woche verhindern zu wollen.*

c) *Der Einstieg muß so tarifiert werden, daß es sich um eine Regelung für uns alle handelt und nicht nur für Konti-Arbeiter gilt. (. . .) Wir kämpfen gemeinsam um unsere Zukunft. Da helfen auch keine Forderungen nach dem Einbezug von 75 Prozent der Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie.*

d) *Das muß eine zeitlich knapp bemessene und fixierte Regelung sein. Wir müssen wissen, daß wir in ein bis zwei Stufen und in wenigen Jahren unser Ziel erreichen. Der aktuelle Vorschlag: 4 Freischichten jetzt und 2,5 im Jahre 1980 — das ist ein Vorgehen, das der Arbeitsplatzvernichtung hinterherläuft. (. . .) Bis 1985 sollen weitere 50.000 Arbeitsplätze vernichtet werden, aber gleichzeitig würden wir bei dem vorgeschlagenen Einstieg überhaupt erst die 39-Stunden-Woche erreichen. (. . .) Wann werden wir denn dann die 35-Stunden-Woche durchgesetzt haben? Und wer von uns ist dann überhaupt noch in der Stahlindustrie beschäftigt? (. . .)*

Daß wir mit dem Einlassen auf eine Lösungsbasis, wie sie das letzte Angebot vorgesehen hat, keinerlei Einfluß mehr auf die Erhaltung unserer Arbeitsplätze nehmen können, beweist auch die vorgesehene Laufzeit des Manteltarifvertrages. Nach drei Jahren soll er überhaupt erst wieder zur Diskussion stehen — also 1982. Wenn wir diese Bedingungen akzeptieren, dann verkaufen wir uns. (. . .)

Ein Entgeltangebot von 4 Prozent deckt noch nicht einmal die von der Regierung offiziell angegebene Preissteigerungsrate von 3,5 Prozent. Denn die 4 Prozent sind auf 12 Monate umgerechnet nur 3,2 Prozent — netto bloße 1,9 Prozent. (. . .) Die Annahme eines derartigen Angebots bedeutet die Zustimmung zu Reallohnverlust. (. . .)

Auszüge aus einem zentralen Flugblatt der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO), das in der vergangenen Woche an die Stahlarbeiter verteilt wurde.

Für die Sicherung unserer Arbeitsplätze! 35-Stunden-Woche in den Tarifvertrag! 5 Prozent mehr Lohn und Gehalt!

Nach wie vor wehren sich die Unternehmer mit aller Macht gegen unsere berechtigten Forderungen — alle „Angebote", die sie bisher machten, sollten nur eins bewirken: Die 35-Stunden-Woche soll nicht in den Tarifvertrag. Unbehindert durch Arbeitszeitverkürzung wollen sie in den nächsten Jahren Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichten können.

Gegen faule Kompromisse — am Streikziel festhalten

Das ist jetzt dringend notwendig! Machen wir uns nichts vor: Eugen Loderer, Kurt Herb und andere fanden die 4 bzw. 6 1/2 Tage für Drei- und Vierschichtler schon annehmbar. Nur der Druck der Basis hat verhindert, daß die Große Tarifkommission zustimmte. Jetzt ist davon die Rede, die 4 bzw. 6 1/2 Tage ab 1980 für 75 Prozent aller Stahlwerker durchzusetzen. Aber auch das ist nicht unser Streikziel! Dafür haben wir nicht Wochen vor den Toren gestanden.

Es geht um unsere Arbeitsplätze!

Das hat die Gewerkschaftsführung uns selbst immer wieder vorgerechnet, völlig zu Recht. Über 50.000 Arbeitsplätze sind in Gefahr! Wenn nicht binnen kurzer Zeit die Arbeitszeit auf 35 Stunden verkürzt wird, dann liegt schon bald jeder dritte oder vierte von uns auf der Straße. Den Plänen der Stahlbarone muß ein Riegel vorgeschoben werden.

Die Verkürzung um 40 oder 60 Minuten ohne Festschreibung der 35-Stunden-Woche im Tarifvertrag ist kein solcher Riegel. Auch eine Verkürzung um 1 Stunde bis 1981 ist kein Mittel gegen die Arbeitsplatzkiller. Dadurch wären uns auf drei Jahre die Hände gebunden. Die Vertrauensleute von Thyssen und Mannesmann in Duisburg haben klar gesagt, was Sache ist: Ein Einstieg heißt 2 oder 3 Stunden — außerdem muß im Tarifvertrag vereinbart werden, daß kurzfristig die restlichen Stunden bis zur 35-Stunden-Woche folgen. Nur ein solcher Abschluß würde dem Ziel unseres Streiks entsprechen.

Auch mehr Geld ist nötig

Die bisher angebotenen — angeblichen 4 Prozent — sind in Wahrheit, da für 15 Monate gedacht, nur 3,2 Prozent auf den Tariflohn im Jahr. Es fehlt also noch über 1/3 der Forderung — so sieht kein akzeptables Ergebnis aus. Die 5 Prozent brauchen wir ohne irgendwelche Abstriche. Dies sei der Verhandlungskommission unter Kurt Herb klar gesagt. (. . .)

Loderers Besuch am Heiligabend bei Mannesmann-Huckingen, Tor 1

„Eugen, ist das Rückgrat noch so weich..."

Am Heiligabend besuchte der IGM-Boß Eugen Loderer die Streikposten am Tor 1 der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen. An einem Tannenbaum hängt ein Transparent: „Eugen, ist das Rückgrat noch so weich, die Basis reagiert sogleich."

Im Gefolge Loderers sind der zweite IGM-Vorsitzende Hans Mayr und der Essener Bezirksleiter Kurt Herb. Dieser Besuch verläuft nicht gerade in einer feierlichen Stimmung. Die IGM-Führer werden von den Streikposten hart in die Zange genommen. Vorwürfe werden laut: Warum wurde nicht schon spätestens bei Beginn der Aussperrung der Streik ausgeweitet?! Warum hält man nicht klar an der Forderung nach der 35-Stunden-Woche fest?! . . .

Im folgenden Auszüge aus einem Dialog zwischen Streikposten und Loderer, der sich in dieser Situation entwickelte.

Streikposten: *Noch eine Frage, Kollege Loderer. Warum ist nicht mit dem Tag der Aussperrung die zweite Phase eingeleitet worden?*

Loderer: *Nein, wir können dazu keine Erklärung auf öffentlichen Plätzen abgeben. Das würde unserer Politik nicht dienlich sein. So sehr ich Verständnis habe, daß ihr das alle gerne wissen möchtet. Nein, dazu um Gottes Willen nicht, ich werde mich schwer hüten.*

Streikposten: *Kollege Loderer, noch 'ne Frage. Seid ihr bereit, irgend einer Sache zuzustimmen, wo Kollegen, die schon 25 oder 30 Jahre Schicht verfahren haben oder aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr können, auf deutsch gesagt 'nen Tritt in den Hintern von dieser Kaste da oben bekommen?*

Loderer: *Aber hör doch mal, das war doch genau unsere Haltung am letzten Sonntag.*

Streikposten: *Ja, nachdem wir Nachdruck verschafft haben.*

Loderer: *Nein, nein . . .*

Streikposten: *Wir haben aber ganz schwer das Gefühl gehabt, daß das erst Nachdruck verschafft hat, nachdem wir da waren.*

Loderer: **Nein! — Streikposten: Jawohl! . . .**

Streikposten: *Kann man denn davon ausgehen, daß der Vorstand nicht bereit ist, eher nachzugeben, bis also ein Stundeneinstieg in die 35-Stunden-Woche und auch alle nachfolgenden Stunden — 38, 37 bis 35-Stunden-Woche — in einem Vertrag niedergelegt worden sind? Kann man davon ausgehen?*

Loderer: *Wir haben denn die Forderung erhoben und stehen heute nach wie vor unverändert zu unserer Forderung. Ich kann dir aber nicht sagen, wie der Vertrag aussehen wird. Wenn ich jetzt 'ne Erklärung dazu abgeb', ist die morgen in der Öffentlichkeit . . .*

Schließlich, nach weiterem hin und her, ist es Loderer zu mulmig geworden und er sagt: *„Keine Diskussion mehr darüber . . . Wir bedanken uns, wir haben was mitgebracht . . . "*

Als die IGM-Führer abziehen, singen die Streikposten: **„Wir stehen hier fest am Tor und keiner schiebt uns weg."** Rufe werden laut: **„Wenn ihr nicht abschließt, wie wir wollen, kriegt ihr die Schippe in die Hand!"**



Weihnachten vor den Toren — auch am Heiligabend und den Weihnachtsfeiertagen standen die streikenden und ausgesperrten Stahlwerker Tag und Nacht auf ihrem Posten. Bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen beispielsweise hatten sich für die Weihnachtsfeiertage mehr Kollegen als Streikposten gemeldet als sonst. Aber auch die Solidarität mit den Männern vor den Toren war in diesen Tagen besonders stark. Familienangehörige — Frauen, Kinder — besuchten ihre Väter oder Männer am Tor und feierten mit ihnen ein außergewöhnliches Weihnachtsfest. An manchen Toren wurde Musik gemacht, gesungen und getanzt. Aber auch viele Menschen, die mit dem Streik unmittelbar nichts zu tun haben, zum Beispiel Arbeiter anderer Betriebe oder Angehörige verschiedener Vereine und Organisationen, Schüler, Studenten, besuchten die Streikposten, brachten Geschenke mit. Die RGO organisierte ebenfalls eine besondere Weihnachtsunterstützung. An verschiedenen bestreikten und ausgesperrten Stahlbetrieben — so bei Hoesch in Dortmund und bei Mannesmann und Thyssen in Duisburg — verteilten Kollegen der RGO mehrere hundert Weihnachtspakete an die Streikposten. Die Pakete für die Kollegen von Hoesch in Dortmund enthielten Zigarren, „Flachmänner" (kleine Schnapsflaschen) und teilweise auch Streikfotos.

Sitzung der Tarifkommission

Feuer unter'n Arsch

Am Wochenende vor Weihnachten hatten sich die IGM-Verhandlungsführer und die Vertreter der Stahlkonzerne unter Fahrtmanns Vermittlung auf einen faulen Kompromiß geeinigt: für Konti- und Drei-Schichten-Arbeiter ab 1. Januar '79 zunächst vier und ab 1. Januar '80 dann zweieinhalb zusätzliche Freischichten. Ferner: 4 Prozent mehr Lohn bei 15monatiger Laufzeit. Und drittens: zwei Tage mehr Urlaub ab 1. Januar '79. Diese sogenannte stahltypische Lösung hatte nichts mehr mit der 35-Stunden-Woche zu tun. Sie bedeutete außerdem Reallohnabbau. Hinzu kommt, daß sie spalterisch ist, weil die nicht in Konti- oder Nachtschicht arbeitenden Stahlwerker praktisch nackt dagestanden hätten.

Unter den streikenden und ausgesperrten Stahlarbeitern war sich die große Mehrheit einig: Dieser faule Kompromiß muß vom Tisch. Als am Mittwoch vor Weihnachten in Mülheim die Große Tarifkommission zusammentraf, um über das faule Ei zu entscheiden, erhielten die Bonzen ungebetenen Besuch. Zwei- bis dreihundert Stahlarbeiter von Mannesmann, Thyssen und Hoesch — unter ihnen auch Kollegen der RGO und Genossen der KPD/ML — waren, zum Teil mit Bussen, nach Mülheim gekommen, um den Herren Loderer, Herb und Co. sowie den Mitgliedern der Tarifkommission nachdrücklich zu erklären: Das läuft nicht, dieses Ergebnis wird von den Stahlwerkern auf keinen Fall hingenommen.

Die demonstrierenden Stahlwerker, ein Großteil von ihnen Vertrauensleute, hatten Transparente und Schilder dabei. Und sie ließen sich nicht aus der Mülheimer Stadthalle aussperren. Sie machten ein „go in", das sich gewaschen hatte. Immer wieder wurde gerufen: „Eins, zwei, drei, vier — die Arbeitszeit verkürzen wir!" Immer wieder wurde gegen die Annahme des Schlichtungsergebnisses lautstark Protest erhoben. Die Kollegen riefen unter anderem: „Eugen — kommt ein fauler Kompromiß 'raus — dann trau' dich nicht nach Haus!"

Szenen aus dieser turbulenten Zusammenkunft in der Mülheimer Stadthalle konnte man auch auf dem Fernsehschirm verfolgen — sehr zum Ärger des IGM-Chefs Loderer. Man sah nämlich im Fernsehen, wie Loderer eine höchst unglückliche Figur abgab, wie er mit gehetztem Blick hilflos um sich sah, nicht imstande, die Vertreter der Basis zu beschwichtigen.

Gewiß hat diese militante Demonstration der Stahlarbeiter das Ihre dazu beigetragen, daß die Große Tarifkommission das Schlichtungsergebnis einstimmig ablehnte und den Beschluß faßte, daß der Streik nach Weihnachten ausgeweitet werden soll.



„Kompromiß — Nein!", „Krupp-Kollegen kampfbereit": Die Kollegen heizten der Großen Tarifkommission ordentlich ein.

Resolution an die streikenden und ausgesperrten im Tarifkampf stehenden Stahlarbeiter

Die nachfolgende Resolution der Landesbezirke Ruhrgebiet, Rheinland und Westfalen unserer Partei wurde von den Teilnehmern der Veranstaltung zum 10. Jahrestag der Partei in Essen mit anhaltendem Beifall verabschiedet. -

„An die streikenden und ausgesperrten, im Tarifkampf stehenden Stahlarbeiter!

Liebe Kollegen!

Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten unterstützt voll und ganz eure berechtigten Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und realer Lohnerhöhung. Ebenso verurteilen wir mit euch die brutale Aussperrung durch die Stahlbarone, die eine Einschränkung des Streikrechts bedeutet.

Ihr seid mit eurem Streik vorn dran im Kampf gegen den Rationalisierungsfeldzug, durch den die westdeutschen Kapitalisten noch mehr aus den Arbeitern herauspressen wollen, bei dem immer mehr Arbeitsplätze verlorengehen. Euer Kampf ist ein Vorbild für die gesamte Arbeiterschaft, und wir hoffen und kämpfen mit euch, daß er erfolgreich beendet wird. Eure Forderung nach Vollstreik, eure Kampfaktionen gegen den faulen Kompromiß von vor Weihnachten haben unsere volle Unterstützung.

Die Stahlarbeitergenossen der KPD/ML stehen mit euch in den vordersten Reihen, in den Betrieben, in der Gewerkschaft, in der RGO und vor den Toren. Alle Genossen und Zellen, alle Betriebs- und Stadtteilzeitungen der KPD/ML verbreiten eure gerechten Forderungen in anderen Betrieben und Branchen und unter der Bevölkerung und helfen mit, die Solidarität zu organisieren.

Die Teilnehmer der Veranstaltung zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML senden euch solidarische Kampfesgrüße."

Aussperrung auf kaltem Wege bei Hoesch-Union

Dortmund. Am Mittwoch nach Weihnachten machten die Hoesch-Bosse ihre Drohung wahr und sperrten rund 650 Stahlarbeiter auf dem Werk Union auf kaltem Wege aus. Die Kollegen sollen keinen Pfennig Lohn erhalten. Da es sich um keine offizielle Aussperrung handelt, erhalten sie auch kein Aussperrungsgeld von der IG Metall. Diese brutale Maßnahme begründen die Hoesch-Bosse damit, daß die Mitteleisenstraße stillgelegt werden mußte, weil die Versorgung mit Halbzeug erschöpft sei. Die Mitteleisenstraße wird von der Westfalenhütte versorgt. Die Belegschaft der Westfalenhütte steht im Streik. Das zweite Dortmunder Hoesch-Werk, Phoenix, wird nicht bestreikt, aber hier haben die Kapitalisten die Belegschaft ausgesperrt. Das dritte Werk, Union, wird weder bestreikt noch haben die Kapitalisten hier ausgesperrt. Auf Union sind insgesamt 4.500 Menschen beschäftigt.

Der Betriebsrat von Union hat der von den Kapitalisten zynisch mit dem Begriff „Suspendierung" umschriebenen kalten Aussperrung nicht zugestimmt. Er beantragte beim Arbeitsgericht Dortmund eine einstweilige Verfügung gegen diese Terrormaßnahme. Nachdem die Aussperrung bereits in Kraft getreten war, gab das Arbeitsgericht am Donnerstag diesem Antrag statt. Das Arbeitsgericht stellte fest, daß der Hoesch-Vorstand sowohl gegen das Betriebsverfassungsgesetz als auch gegen die Bestimmungen des Manteltarifvertrages über Kurzarbeit verstoßen hat. Bei Androhung einer Strafe von 500.000 DM wird dem Hoesch-Vorstand untersagt, die einseitig beschlossene „Kurzarbeit" aufrechtzuerhalten. Allerdings ändert sich dadurch für die betroffenen Kollegen zunächst nichts. Die Hoesch-Bosse haben beim Landesarbeitsgericht in Hamm Widerspruch gegen die einstweilige Verfügung eingelegt.

Die drei RGO-Betriebsräte bei Union hatten im Betriebsrat den Antrag gestellt, am Mittwoch morgen eine Informationsversammlung vor dem Werkstor für die Kollegen des betroffenen Werkteils einzurufen, um dadurch den Protest gegen die brutale Maßnahme zu organisieren. Dieser Antrag wurde jedoch von der Betriebsratsmehrheit ohne nähere Begründung abgelehnt. Streikende und ausgesperrte Kollegen von der Westfalenhütte und von Phoenix waren Mittwoch früh vor das Tor von Union gekommen, um den Protest gegen die kalte Aussperrung zu unterstützen. Sie waren maßlos enttäuscht darüber, daß keine Protestversammlung stattfand. In einem Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe Hoesch heißt es dazu:

„Auf dieser Versammlung hätte geklärt werden müssen, was an Protestaktionen gemacht wird. Schilder vor den Toren, Koksöfen und Posten hätten organisiert werden müssen und zumindest eine große Protestversammlung. Wer heute auf Union vorbeifährt, der glaubt, hier läuft alles normal. Darüber wird der Aussperrer Hoesch sehr erfreut sein. Auch die örtliche Streikleitung unternahm keinerlei Schritte, um den Protest der Kollegen zu organisieren. Dieser traurige Zustand muß schnellstens beendet werden. Es kommt darauf an, daß die Kollegen an der Basis aktiv werden und gewissen Leuten gehörig Dampf gemacht wird."

Streiflichter von der Streikfront

Klöckner/Bremen. Weil auf der Klöckner-Hütte bislang voll gearbeitet wurde, hatte sich eine schlechte Stimmung unter den Kollegen ausgebreitet. Im Zusammenhang mit der angekündigten Ausweitung des Streiks begannen dann in der vergangenen Woche die organisatorischen Vorbereitungen für den Streik, zum Beispiel die Einteilung der Streikposten. Damit erfolgte auch ein plötzlicher Stimmungsumschwung in der Belegschaft. Die Kollegen sind voller Kampfentschlossenheit. Mit Empörung reagierten sie auf den Beschluß der Zentralen Streikleitung, daß die Angestellten im Verwaltungsbereich **nicht** in den Streik einbezogen werden sollen. Die Vertrauensleute-Vollversammlung hat ein Fernschreiben an die Zentrale Streikleitung geschickt. Darin wird die Nichteinbeziehung der Verwaltungsangestellten in den Streik als Spaltung bezeichnet und ihre Einbeziehung gefordert. Dieses Fernschreiben wurde von den Vertrauensleuten **einstimmig** beschlossen.

\+ + +

Düsseldorf/Wolfsburg. Der Streik der Stahlwerker — obgleich kein Vollstreik — wirkt sich wegen seiner bereits mehr als vierwöchigen Dauer für die Kapitalisten immer bedrohlicher aus. Nach Angaben der Kapitalisten liegt momentan die für die Kfz-Zulieferungen wichtige Flachstahlproduktion zu zwei Dritteln, die Profilstahlproduktion (Betonstahl, Bauträger) zu einem Drittel, und die Röhrenproduktion zur Hälfte still. Alle Stahlkonzerne klagen bereits über Lieferprobleme. Die Autofirmen VW und Porsche meldeten inzwischen für Mitte Januar Kurzarbeit an. Auch in der Elektroindustrie treten bereits Endpässe in der Materialversorgung auf.

\+ + +

Duisburg. Auf einer Streikversammlung der RGO in Duisburg am 7. 12. hatten die Kollegen 164 DM gesammelt. Das Geld wurde anteilig an die Streikleitungen bei der August-Thyssen-Hütte und bei Mannesmann weitergeleitet. Diese jedoch betrachteten das Spendengeld als „heißes Eisen" und gaben es an die örtliche Streikleitung weiter. Letztere schickte es mit dem Vermerk „Die IGM kann dieses Geld nicht annehmen" an die Absender zurück. Daraufhin setzten die RGO-Kollegen das Geld in Frikadellen und Tee um, und versorgten die Streikposten damit.

\+ + +

Duisburg. Auch Genossen der KPD/ML fahren an den verschiedenen Stahlbetrieben immer wieder vor die Tore, um den Streikposten heiße Getränke und ähnliches zu überbringen. Duisburger Genossen berichten: Sie verteilten an interessierte Streikposten bei Mannesmann den „Roten Morgen". Einer der Kollegen sagte zu ihnen: „Ja, der ‚Röhrenkieker' der KPD/ML [Betriebszeitung für Mannesmann-Huckingen] — das war hier bei Mannesmann die erste Zeitung überhaupt. Ich habe alle Nummern gesammelt, von Anfang an. Wenn ihr sie nicht kennt, kann ich sie euch gern alle mal zeigen."

\+ + +

Duisburg/Neunkirchen. Stahlwerker vom Neunkircher Eisenwerk legten Beweise dafür vor, daß in diesem Werk an der Saar seit einiger Zeit Vormaterial für die Röhrenproduktion bei Mannesmann-Lierenfeld und -Rath (Düsseldorf) hergestellt wird, das vor dem Streik von Mannesmann-Huckingen kam. Daraufhin fuhren Mannesmann-Arbeiter über Weihnachten nach Neunkirchen. Sie führten mit Kollegen von den Neunkircher Eisenwerken gemeinsam eine Versammlung durch, um Schritte dagegen zu beraten. Daraufhin kam es zu einer Art Bummelstreik im Neunkircher Eisenwerk. Die Streikversammlung von Mannesmann-Huckingen sowie die Vertrauensleuteleitung dieses Betriebes schickten inzwischen eine Resolution an die Ortsverwaltung der IGM in Neunkirchen mit der Aufforderung, keine Streikbrucharbeiten mehr zuzulassen.



Demonstration der Frankfurter Abendschüler

Frankfurter Abendschüler im Streik

Seit einigen Monaten schon macht das Frankfurter Abendgymnasium Schlagzeilen: Polizeieinsätze gegen streikende Schüler, Entlassungen von unbequemen Lehrern, Demonstrationen gegen die Schulbehörden usw. Für die bürgerliche Presse ist der Fall klar. Da wird gegen die Abendschüler als „Rabauken und Faulenzer" gehetzt, da wird gegeifert: „30 Chaoten terrorisieren 500 Schüler." Was ist wirklich los am Abendgymnasium? Die nachfolgende Korrespondenz aus Frankfurt erläutert die Hintergründe.

Es geht ganz einfach darum, daß eine fortschrittliche Einrichtung der Erwachsenenbildung, die 1974 durch Streik und Hausbesetzung von den Abendschülern erkämpft wurde, gleichgeschaltet werden soll. Viele Lehrer hier sind fortschrittlich. Sie vermitteln gesellschaftskritische Inhalte, geben gute Noten, wollen keinem Berufstätigen den Weg zum Studium verbauen, gehen auf die Berufserfahrungen der Studierenden ein. Sie wollen keine Gegner, sondern Helfer der Abendgymnasiasten sein. Die erwachsenen Schüler sind keine angepaßten grauen Mäuse. Sind sie deshalb ausgeflippte langhaarige Spinner, Chaoten, Faulenzer, Terroristen, wie die offizielle Meinung der Öffentlichkeit weismachen will? Es sind Krankenschwestern, Sekretärinnen, Hausfrauen, Verkäufer, Angestellte, Arbeiter, die tagsüber gearbeitet haben, bevor sie sich abends auf die Schulbank setzen (mindestens Teilzeitarbeit).

Viele haben Familie und sind gezwungen, voll zu arbeiten. Einen staatlichen Zuschuß bekommen die AGler erst in ihrem dritten Jahr gewährt, und der reicht natürlich kaum aus. Sie wollen auf dem Abendgymnasium Wissen erwerben. Sie wollen eine Schule, die ihre Berufserfahrung berücksichtigt und sie nicht wie abgebrochene Pennäler behandelt.

Die Vorbildung, die für den Besuch des AGs bisher verlangt wird: eine abgeschlossene Berufsausbildung oder dreijährige Berufstätigkeit. Bis jetzt können also auch ehemalige Hauptschüler das AG besuchen. Die AGler wollen sich nicht die für sie einzige Möglichkeit verbauen lassen, auch zu studieren. Der Staat jedoch türmt ihnen immer größere Hindernisse in den Weg.

Der erste Angriffspunkt waren die Noten. Sie waren dem Kultusminister zu gut. 1977 und 1978 wurden alle Abiturarbeiten von der Schulaufsicht eingezogen. Beide Male wurden über 100 Noten gesenkt, 80 bis 90 mündliche Prüfungen wurden angeordnet. Einer Schülerin wurde die Note in Gesellschaftskunde von 1 auf 4 gesenkt. Sie hatte einen Frühsozialisten zustimmend zitiert: „Man muß Schädlinge unschädlich machen", hieß das Zitat. Die Schulaufsicht aber vermißte einen Hinweis auf die „schrecklichen Folgen solcher Auffassungen im Stalinismus". Am AG soll die Note als Mittel politischer Zensur wieder eingeführt werden. Gleichzeitig wird mehr abfragbares Paukwissen verlangt, um besonders die Arbeiter und kleinen Angestellten auszusieben. Der Aufgabenumfang beim diesjährigen Abitur wurde teilweise verdoppelt.



Informationsstand der Abendschüler

Aber trotzdem schafften es die Schüler, den Notendurchschnitt hoch zu halten. Er fiel von 1,7 (1977) nur auf 1,9 (1978). Auch durch die von ihr vorgenommene Zwangsversetzung von 13 Lehrern bekam die Schulaufsicht die Situation am AG nicht in den sicheren Griff.

Als nächstes attackierten sie dann den Vorkurs. Seit dem 1. 2. 1978 wurde er aus dem Abendgymnasium weit weg ausgelagert und zum AG II ernannt. Der Vorkurs dient dazu, sich zu entscheiden, ob man endgültig das Abendgymnasium besuchen will. Bisher haben immer die erfahreneren AGler den Neuen dabei geholfen, die Anfangsschwierigkeiten zu meistern. Es gab keine Leistungsanforderungen, weil die Berufstätigen erst langsam wieder mit der neuen Lernsituation vertraut gemacht werden sollten. Plötzlich aber hieß es, die ehemaligen Hauptschüler müßten ein ganzes Jahr im Vorkurs bleiben, die Realschüler nur ein halbes Jahr. Anwesenheitslisten wurden geführt, Leistungstests sollten geschrieben werden, der Nachmittagsunterricht, der wahlweise angeboten wurde, wurde abgeschafft usw. Die Vorkursler ließen sich jedoch nicht aufteilen und spalten und hatten nach langem Kampf auch Erfolg. Die Trennung nach Vorbildung wurde zurückgenommen.

Nach den Sommerferien '78 spitzte sich alles zu. Zwei Lehrer namens Bloemker und Preissler denunzierten beim Kultusministerium andere Lehrer und auch Schüler. Sie lieferten mit Gedächtnisprotokollen und Schnüffeleien den Stoff für eine wilde Hetzkampagne in der Presse. Ein Lehrer wurde aus der GEW ausgeschlossen, weil er nach ihren Angaben im KBW sein soll. Vier Schüler wurden als Chaoten und „Rädelsführer" (einer soll die „KVZ" verkauft haben) denunziert. Ihnen droht jetzt der Schulverweis.

Kein Wunder, daß die AGler diesem Zweigespann Hausverbot erteilten und ihre Entfernung von der Schule verlangten.

Einer von beiden kam mal kurz in den Genuß von Buttersäure, der andere wurde mit Klopapier umwickelt. Weil die Schüler ihr ausgesprochenes Hausverbot auch praktisch durchsetzten, war täglich Polizei an der Schule. Der arme Preissler konnte einmal nur unter dem Schutz von zehn (!) Zivilpolizisten vor sieben (!) Schülern Unterricht halten. Am 29. 9. trat am AG die Abiturklasse (AG I) gegen die ständige Anwesenheit von Polizei in den Streik. Schon am nächsten Unterrichtstag schloß die Schulaufsichtsbehörde die Schule und sperrte Lehrer und Schüler aus. Diese Tatsache bekamen die Betroffenen nicht mitgeteilt, sie erfuhren aus den Morgenzeitungen davon! Vier volle Wochen war die Schule dann von Polizisten besetzt, bis ein Gericht diese Terroraussperrung als ungesetzlich aufhob. Auch von den 13 Strafversetzungen fortschrittlicher Lehrer mußten neun durch Gerichtsbeschluß wieder aufgehoben werden.

Seit dem 13. 11. streiken auch die Studierenden des AG II (die Gruppe, die nächstes Jahr Abitur macht). Wieder wurden sie willkürlich weit ab in eine andere Schule verlegt. Sie weigerten sich wochenlang. Erst die ultimative Drohung mit Schulverweis zwang sie zur Unterrichtsaufnahme an der fremden Schule. Aber als ihre erste Vollversammlung an dieser Schule durch Polizeigewalt aufgelöst wurde, 17 Schüler verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt wurden, als eigens neu engagierte Lehrer (meist altgediente Pädagogen vom reaktionären Philologenverband) überhaupt nicht auf sie eingingen, beschlossen auch sie den Streik.

Auch der neue Vorkurs, der am 1. 9. 78 angefangen hat, wird übel schikaniert. Auch er wurde „ausgelagert", wieder in eine andere Schule. Die Vorkursbetreuung durch fortgeschrittene AGler wird mit Polizeieinsätzen und Ausweiskontrollen verhindert. Diese Schikanen und Repressalien führten dazu, daß auch der neue Vorkurs streikt.

Der ganze Polizeiterror und die Repressalien haben schon viele Anfänger abgeschreckt. Von den 270, die am 1. 2. 1978 anfingen, sind heute noch ca. 100 dabei. Von den 120, die am 1. 9. anfingen, noch 60. Die, die blieben, kämpfen um so erbitterter um die vielgerühmten „gleichen" Bildungschancen. Die zwanzig Polizeieinsätze bisher haben sie nicht niederzwingen können. Der brutalste fand am AG II am 20. 11. statt, als die Studierenden mit acht Streikbrechern im Unterricht diskutieren wollten. 64 Schüler wurden verhaftet, teilweise zusammengeschlagen, alle wurden erkennungsdienstlich behandelt. Eine spontane Demonstration von 500 Leuten vor dem Polizeipräsidium forderte ihre Freilassung. Doch Schlägerbanden der Polizei und eingesetzte Wasserwerfer trieben sie auseinander. Es gab ca. 50 Verletzte. Auch die ultimative Drohung des Kultusministers Krollmann, daß jeder Abiturklässler, der bis zum 13. 12. nicht wieder ordnungsgemäß in den Unterricht geht, das Abitur erst 1980 machen könne, fruchtete nichts. Lieber kein Abitur, als unter solchen Bedingungen, ist mittlerweile die Haltung von vielen.

Der mutige und beharrliche Kampf der AGler wird von vielen Seiten unterstützt. 8.000 demonstrierten auf Frankfurts Straßen ihre Solidarität mit dem AG. Über 80 Solidaritätsadressen aus Schulen, Gewerkschaften und Betrieben, darunter auch von der RGO-Betriebsgruppe Casella, sind am AG eingegangen. Ein siebentägiger Solidaritätsstreik wurde am Abendgymnasium Neu-Isenburg, Aktionstage in Darmstadt und Kassel durchgeführt. Besonders stark aber ist die Unterstützung durch den Solidaritätsstreik der Fachbereiche Sozialarbeit und Sozialpädagogik der Fachhochschule Frankfurt, der am 28. 11. aus Anlaß des brutalen Polizeieinsatzes vom 20. 11. begann. Die Fachhochschüler unterstützen das AG durch Streikposten, durch Flugblattverteilung, durch Information der Öffentlichkeit. Da diese Aktionen den Abendschülern den Rücken stärken, startete die Polizei am 14. 12. erneut einen hinterhältigen Überfall auf eine Versammlung am AG I. Sie verhafteten 80 Schüler, darunter eine Reihe Fachhochschulstudenten, schlugen einige brutal zusammen und behandelten alle erkennungsdienstlich.

Die Frankfurter Abendschüler kämpfen weiter für ihre Forderungen:

Weg mit der Polizei aus dem AG!

Keine Schülerverweise und Zwangsversetzungen von Lehrern!

Eine eigene Schule für alle AGler!

Keine Anwesenheitslisten und Leistungstests im Vorkurs!

Entfernung der Denunzianten B. und P. vom AG!

Beibehaltung des Nachmittagsunterrichts!

Keine Aufspaltung der AGler!

Kein Aufnahmestopp für das AG!

„In unserem Land werden nur die Reichen sozial behandelt!"

Mit einer nachahmenswerten Aktion wehrte sich im Dezember ein Frankfurter Frührentner gegen die Schikanen der Behörden. Er verfaßte einen offenen Brief, der vor der Sozialstation Bornheim verteilt wurde. Genossen aus Frankfurt, die uns den Brief zuschickten, berichten, daß er auf breite Unterstützung bei den Werktätigen in Bornheim stieß. Im folgenden bringen wir Auszüge aus diesem offenen Brief, der ein bezeichnendes Licht auf das wahre Gesicht des Bonner „Sozialstaats" wirft:

Voller Enttäuschung über unseren „Rechtsstaat" wende ich mich an alle, die in einer ähnlichen Lage sind und an die interessierte Öffentlichkeit. Ich bin 44 Jahre alt, Starkstromelektriker, Frührentner (100 Prozent MdE) mit zwei Herzinfarkten, schwerem Zucker und Gicht, dazu noch Bluter. Meine Herzinfarkte verdanke ich vermutlich der Chemie, wo ich 15 Jahre lang mit Coffein und verschiedenen tödlich wirkenden Giften zu tun hatte.

Es ist schon erniedrigend genug, für den Rest seines Lebens auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Aber dazu kommt, daß selbstherrliche Paragraphenreiter auf der Sozialstation Bornheim keine Gelegenheit auslassen, mich und meine Familie zu demütigen. Da ich seit meinem ersten Herzinfarkt im Mai 1973 bettlägerig bin und Hilfe beim Anziehen, Waschen, Essen und Gehen brauche, steht uns Pflegegeld zu. Doch ich mußte mehr als vier Jahre kämpfen, bis man mir mein Recht „gewährte", wie es gnädig heißt.

Oktober 1973. Eine Sozialärztin, die mich nie gesehen hat, entscheidet vom Schreibtisch aus: Nicht pflegebedürftig. Daß ich ohne fremde Hilfe nicht laufen konnte und es nicht schaffte, Treppen zu steigen, interessierte die Dame nicht.

Juli 1975. Mein zweiter Herzinfarkt. Mein Zustand verschlimmerte sich. Dem Sozialamt war meine Pflegebedürftigkeit durch Atteste bekannt. Pflegegeld? Bei Hausbesuchen, so heißt es, sei meine Pflegebedürftigkeit nicht festzustellen gewesen. Und, man höre und staune, ich könnte ja laufen, also sei ich nicht pflegebedürftig. Ich hatte mich nämlich einmal (noch vor dem zweiten Infarkt) mit Müh und Not in die Sozialstation geschleppt, um gegen eine Entscheidung zu protestieren. (...)

Januar 1978. Urplötzlich bekomme ich Pflegegeld. Ich hatte nämlich eine einstweilige Verfügung beim Verwaltungsgericht beantragt. Vorher wußte ich nicht, daß es so was gibt. Wieder hat mich kein Arzt vorher untersucht. Mein Gesundheitszustand war nicht schlechter als Jahre zuvor.

Ich klagte auf rückwirkende Zahlung des Pflegegeldes. Schließlich hatte man mich um eine Summe zwischen 10.000 und 20.000 DM betrogen (je nachdem, von welchem Grad der Pflegebedürftigkeit man ausgeht). Der Widerspruchausschuß des Sozialamtes lehnte die rückwirkende Zahlung ab. Zynisch heißt es, meine Notlage sei doch jetzt beseitigt. Rückwirkend bräuchten wir doch nichts. Außerdem hätte das Sozialamt ja nicht wissen können, daß ich pflegebedürftig sei. (...)

Was sollen wir uns von diesen Herrschaften noch alles bieten lassen? Soll das ein Sozialstaat sein? Eher ist es ein asozialer Staat. Aber nur gegen uns asozial. Als Zeitungsleser weiß ich, daß derselbe Staat, der mir mtl. lumpige 200 DM jahrelang verweigerte, den Herren Flick Steuern in Höhe von 1 Mrd. (in Zahlen 1.000.000.000 DM) erließ, die sie eigentlich für den Verkauf von Aktien hätten zahlen müssen. In unserem Land werden nur die Reichen sozial behandelt.

Da ich auf dem sogenannten Rechtsweg mein Recht nicht bekomme — da bekommen nur die Recht, die mir Unrecht tun — protestiere ich mit diesem Offenen Brief gegen diese Willkür und fordere alle, die in einer ähnlichen Lage sind, auf, sich zusammenzuschließen, damit wir uns gemeinsam wehren können. (Meine Telefonnummer ist 49 61 58).

mit freundlichen Grüßen
gez. Werner Holzhäuser

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

Polizeiaktionen gegen Werktätige

Warnschuß — in den Kopf

Am 19. Dezember starb der 33jährige Kraftfahrer Ulf Böttrich aus Behringen, Kreis Soltau-Fallingbostel, an den Folgen eines Kopfschusses, der von Polizisten abgegeben worden war. Ulf Böttrich hatte am 17. November wie immer seinen Dienst aufgenommen und wollte seinen LKW vom Hof der Edeka in Soltau fahren, als er in eine Polizeiaktion gegen eine Einbrecherbande geriet. Sein Wagen wurde durch mehrere Warnschüsse gestoppt. Daraufhin stieg er aus und wurde von einem weiteren „Warnschuß" in den Kopf getroffen.

Erwiesenermaßen hatte Ulf Böttrich mit dem Einbruch nicht das geringste zu tun. Unter dem Vorwand, er stehe unter Schockeinwirkung, wurde der scharfschießende Polizist zunächst nicht vernommen. Aber selbst nach über einem Monat hat es immer noch keine Vernehmung des Täters gegeben. Das läßt sich nicht mehr mit „Schockeinwirkung" erklären, das deutet ganz klar auf Vertuschung der Todesschuß-Praktiken der Polizei hin.

Selbst wenn man annimmt, daß der Todesschütze zunächst einen Schock bekam, als er merkte, daß er einen Unschuldigen getroffen hatte, so ging er offenbar davon aus, daß es völlig legal gewesen wäre, einen gestellten Einbrecher beim Verlassen des Wagens zu erschießen. Die in einigen Bundesländern bereits gesetzlich abgesicherten, und in den übrigen Ländern durch „Gewohnheitsrecht" legalisierten „Methoden der Verbrechensbekämpfung" hätten ihm die Möglichkeit dazu gegeben. Wie in vielen anderen Fällen hat der Todesschütze, wenn überhaupt, nur mit einer milden Bewährungsstrafe zu rechnen.

Empörung ruft der Tod Ulf Böttrichs gerade deshalb hervor, weil hier ein völlig Unbeteiligter getötet wurde. Aber darüberhinaus muß man einmal feststellen, daß die Zeiten, in denen jemand wegen eines geringfügigen Diebstahls zum Tode verurteilt wurde, eigentlich der Vergangenheit angehören sollten! Dieses Recht aber, wegen jeder beliebigen kriminellen Tat oder auch nur des kleinsten Vergehens jemand über den Haufen zu schießen, kann sich heute jeder deutsche Polizist herausnehmen.

Von Taschenlampe bedroht

So überraschte ein Kölner Polizist am 11. Dezember einen Mann bei einem Einbruch in einen Keller. Der Polizist sah etwas blitzen. Sofort schoß er den Mann nieder. Was blitzte, war eine Taschenlampe. Der Mann, der 47 Flaschen Wein gestohlen hatte, starb am 17. Dezember.

Ein weiteres Beispiel für solche Aktionen einer schießwütigen Polizei war jetzt Gegenstand eines Gerichtsverfahrens in Lüneburg. Eine Wochenendurlauberfamilie war im Juli 78 vom Zelten am Reihersee vor einer Jugendbande geflohen. In Panik flüchtete die Familie in ihren Wagen und überfuhr dabei eine Polizeisperre. Ein Polizeibeamter schoß sofort aus der MP — nicht auf die Reifen, sondern in das Innere des Wagens — und zerschmetterte beide Beine der zwölfjährigen Tochter. Vor Gericht stand jetzt die Familie. Der Vater des zusammengeschossenen Mädchens wurde zu einem Bußgeld von tausend Mark verurteilt. Aber der Polizist wurde nicht belangt: Notwehr! Mit der Einstellung des Verfahrens kann der Vater der verletzten Tochter nicht einmal Ersatzansprüche stellen. Zynisch stellte das Gericht in der Begründung für die Einstellung des Verfahrens fest, der Vater sei durch die Verletzung der Tochter schon genug gestraft!

Der Unruhe unter der Bevölkerung versuchten die Behörden Lüneburgs durch eine intensive Werbung für ihre Kontaktbereichsbeamten (KOB) zu begegnen. In den Zeitungen wurden die „Sprechstunden" dieser KOBs bekanntgegeben. Die Lüneburger Werktätigen aber werden, nach ihren Erfahrungen mit der Polizei, zu diesem Angebot sagen: Danke bestens!

Mit Gangstermethoden

Aber auch dort, wo nicht geschossen wird, muß man manchmal um sein Leben bangen. So erging es einem Wirt in München, der einen kleinen Imbiß anliefern wollte. Er hatte seinen Wagen im Parkverbot abgestellt. Der Polizist Wilfried L. meinte, einschreiten zu müssen, obwohl er nicht mehr im Dienst war. Er zog ein Tranchiermesser aus dem Spanferkel, das der Wirt auf dem Tablett hatte und trieb den Verkehrssünder damit gewaltsam auf die Straße zurück. Herbeigeholte Polizisten im Dienst weigerten sich, den Fall zu protokollieren. Auch wenn der Polizist in diesem Fall zu 3.500 Mark Strafe verurteilt wurde, so kommt es in vielen ähnlichen Fällen doch gar nicht erst zum Prozeß, weil die Betroffenen Angst vor einer Anzeige gegen die Polizei haben.

Erschreckt fragt der „Stern" in seiner jüngsten Ausgabe, wo er eine beeindruckende Dokumentation des polizeilichen Terrors liefert, wo die Ursachen für die Brutalität der deutschen Polizei liegen. Aber es genügt nicht, wie der „Stern" es tut, die „autoritäre Staatsauffassung" schlechthin verantwortlich zu machen und das neue Polizeigesetz im CSU-regierten Bayern anzuführen. Die „autoritäre Staatsauffassung" ist keine Seuche, die unter den Polizisten grassiert. Es ist der Bonner Staat selbst, der seine Polizeitruppen zu Schießeinsätzen und zur Brutalität gegen die Werktätigen drillt, der massiv seinen Gewaltapparat ausrichtet, um die künftigen Kämpfe der Werktätigen gegen Ausbeutung und Unterdrückung niederschlagen zu können. Und das neue Polizeigesetz mit seinem legalisierten „Todesschuß" gibt es eben nicht nur in Bayern, sondern auch in anderen Bundesländern, auch im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen. Und bald wird es dieses Polizeigesetz nach dem einheitlichen Plan der Länderinnenministerkonferenz in allen Bundesländern geben.

Zunehmend entwickelt sich der Widerstand gegen den Terror der Polizei. Das zeigte sich zum Beispiel letzten Monat im westfälischen Coesfeld. Am 18. 12. fand man dort in einer Gefängniszelle einen Jugendlichen unter mysteriösen Umständen tot auf, der wegen angeblicher Rauschgiftdelikte in Haft war. Nach offiziellen Angaben soll er Selbstmord begangen haben.

Am 23. 12. zogen 60 Jugendliche vor das Polizeipräsidium und das Amtsgericht in Coesfeld und bewarfen die Gebäude mit Eiern, um ihren Protest gegen den mysteriösen Tod ihres Kameraden auszudrücken. Als Polizei anrückte, wurde sie ebenfalls mit Eiern beworfen, und es gab harte Auseinandersetzungen.

Faschisierung '78

Erschreckend ist die Bilanz, die der Bonner Staat beim weiteren Vorantreiben der Faschisierung im Jahre 1978 aufweisen kann. Die wichtigsten Tatsachen der Verschärfung der politischen Unterdrückung wollen wir hier zusammenstellen:

Januar: Das neue Meldegesetz liegt zur Verabschiedung vor. Es sieht vor, daß über jeden Bundesbürger bis zu 200 persönliche Angaben einschließlich aller „belastenden" Fakten elektronisch gespeichert werden sollen.

16. Februar: In einer Blitzaktion peitschen die Bonner Parteien im Bundestag mehrere Gesetze durch: — Razziengesetz: Die Durchsuchung von ganzen Häuserblocks, das Aufbrechen von Wohnungen ohne richterlichen Befehl wird möglich gemacht. — Gesetz über Kontrollstellen: Die Polizei kann jedermann anhalten, durchsuchen und bei fehlendem Ausweis zwölf Stunden auf der Wache festhalten. — Die Trennscheibe bei Gesprächen zwischen Angeklagten und Verteidigern wird legalisiert. Weitere einschneidende Beschränkungen der Rechte von Angeklagten in politischen Prozessen werden eingeführt.

März: Im Saarland wird ein neues Polizeigesetz eingeführt, nach dem einheitlichen Plan der Konferenz der Länderinnenminister. Am Ende des Jahres gibt es ein derartiges Gesetz außerdem in den Ländern Bayern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Im wesentlichen sehen diese Gesetze die Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten vor und legalisieren den berüchtigten „Todesschuß".

10. März: Dem Bundestag wird eine Änderung des Waffengesetzes vorgelegt, die den Werktätigen den Besitz von Waffen erschwert und den Angehörigen der herrschenden Klasse das Waffentragen erleichtert. Mit dieser Änderung besitzt die Bundesrepublik schärfere Waffengesetze als die Nazi-Faschisten.



April: Es wird bekannt, daß z. B. Hamburger Wohnungsmakler regelmäßig mit der Polizei zusammenarbeiten. Ebenso melden Autovermieter die persönlichen Daten von Automietern ans BKA weiter.

April: Der Personalchef der Hamburger Stahlwerke packt aus, daß der Verfassungsschutz seit Jahren die Arbeiter des Betriebes bespitzelt. Im Juli wird bekannt, daß der Kieler Verfassungsschutz schon mehrere Jahre lang die wichtigsten Betriebe Schleswig-Holsteins überprüft.

Juni: Der Bundestag berät neue Gesetze, die die Rechte von Angeklagten und Verteidigern noch weiter einschränken sollen. Das Recht auf Ladung von Zeugen wird praktisch abgeschafft, weil es mit der Annahme von Beweisanträgen verbunden wird. Die Verteidiger sollen in die Rolle von Dienern des Staates gedrängt werden, die bei politischen Prozessen dafür sorgen sollen, daß „das politische Selbstverständnis der Mandanten gebrochen wird".

Juli: Ein Protokoll des Innenausschusses des Bundestags wird durch eine „Panne" veröffentlicht, wodurch die Öffentlichkeit von neuen Plänen, die totale Bespitzelung der Bevölkerung zu erreichen, erfährt.

August: Neue Fälle von Bespitzelungen durch den Verfassungsschutz werden bekannt. In Hessen werden „Schwarze Listen" für Sozialarbeiter angefertigt, was wenig später auch in anderen Bundesländern aufgedeckt wird. Die Zeitschrift „Quick" gibt bekannt, daß an den Grenzstellen „Schwarze Bände" des Verfassungsschutzes ausliegen, die Bilder und Daten von 789 Personen, darunter führenden Genossen der KPD/ML, enthalten. Außerdem wird bekannt, daß der Verfassungsschutz die Unterschriftenlisten von linken Parteien bei Landtags- und Bundestagswahlen auswertet.

September: Die Länderinnenministerkonferenz beschließt die Schlußfolgerungen aus dem berüchtigten „Höcherl-Bericht". Danach wird dem Bundesinnenminister die Vollmacht zugesprochen, allein über den Einsatz des BKA oder der Landeskriminalämter bei Fahndungen zu entscheiden. Damit schafft sich Bonn immer mehr eine zentrale Polizeigewalt, wie sie schon vor 1945 bestanden hat. Die nach 1945 festgelegte föderale Struktur der Polizei wird offen durchbrochen. Außerdem enthält dieser Beschluß Vereinbarungen über das polizeiliche Kommunikationswesen: Jeder Polizist soll dann vom zentralen Computer beim BKA oder auch bei der Post und beim Zoll beliebige Daten abfragen können.

September: In mehreren Städten (Berlin, Köln usw.) kontrollieren Polizisten Straßenbahnfahrer.

Oktober: In Nordrhein-Westfalen werden nach einer „Terroristen"-Schießerei selbst Wohnungsinserenten registriert und überprüft. In Bayern schägt ein reaktionärer Politiker die Einrichtung einer „Bürgerwehr" aus Reservisten bestehend vor, die einen „wirksamen Objektschutz in Spannungszeiten" gewährleisten soll.

November: Eine BKA-Tagung beschließt: Selbst persönliche Daten wie die Stimme, bestimmte Gesichtsformen usw. sollen in Meßdaten zerlegt und elektronisch im zentralen BKA-Computer gespeichert werden.

Dezember: Die militanten Kämpfe von Schah-Gegnern auf einer Demonstration in Frankfurt werden von den Behörden als Vorwand genommen, in mehreren Städten überhaupt jegliche Demonstrationen gegen das faschistische Regime im Iran von vornherein zu verbieten.



Die Brutalität der deutschen Polizei ist grenzenlos. Eine Frau ruft empört: „Lassen Sie den Jungen doch los. So können Sie doch nicht mit einem Menschen umgehen!" Ein Polizist: „Menschen? Das sind doch keine Menschen!" Das hätte auch Himmlers SS sagen können!

Emsdettener Antifaschist angeklagt

Ein Antifaschist aus Emsdetten hat jetzt eine dicke Anklageschrift bekommen, weil er mit 400 anderen eine Kundgebung der NPD gesprengt haben soll.

Diese Kundgebung war damals für die Faschisten ein voller Mißerfolg, da es ihnen durch den Widerstand der Jugendlichen nicht gelang, ihre faschistische Propaganda an den Mann zu bringen.

Eine Hundertschaft Polizisten war im Einsatz, um die Faschisten vor der empörten Menge zu schützen. Dabei haben sie mehrere Antifaschisten festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Zwei von ihnen wurde im November der Prozeß gemacht. Mangels Beweisen wurde einer freigesprochen und der andere zu drei Wochenenddiensten im Krankenhaus verurteilt.

Jetzt sollen zwei Emsdettener auf die Anklagebank. Ihnen wird vorgeworfen: schwerer Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verstoß gegen sechs weitere Gesetze!

Damit versucht der Staat, unseren gerechten Widerstand zu kriminalisieren und zu brechen. Aber diese Anklage ist ein erneuter Beweis dafür, daß der Staat die Faschisten schützt.

Wir werden uns auch nicht durch Prozesse davon abhalten lassen, die Faschisten zu bekämpfen.

Wir müssen die Einstellung der Prozesse erreichen.

Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!

Rot Front! Rote Garde Emsdetten.

Anklage gegen Jochen Beyer

In dem auf Anfang Januar verschobenen Prozeß gegen Jochen Beyer, presserechtlich Verantwortlicher für Flugblätter und Betriebszeitungen der KPD/ML in NRW, ist jetzt eine weitere Anklage hinzugezogen worden. Das Flugblatt „Das ist ihre Pressefreiheit", das zum Prozeß gegen Karin Wagner und Gernot Schubert Stellung nahm, ist jetzt selbst Gegenstand der Verhandlung!

Die Verteidigung von Jochen Beyer hat mehrere Anträge zu den einzelnen Anklagepunkten gestellt (s. RM 49/78), darunter: 1. Franz-Josef Strauß soll in München verhört werden; 2. Seine Personalakte aus der Nazi-Zeit soll hinzugezogen werden; 3. Mehrere Zeugen sind zu laden, u. a. der Bruder des von der Polizei erschossenen Rudolf Pollaczek.

Die „Initiative gegen Zensur und Abbau der Pressefreiheit" hat Jochen weitgehend unterstützt, indem sie dafür gesorgt hat, daß der Prozeß an die Öffentlichkeit kam. Artikel in der Regionalpresse zeugen davon. Die Initiative hat auch eine Reihe von demokratischen und antifaschistischen Menschen angeschrieben und informiert. Von den verschiedensten Seiten kamen Antworten an die Initiative, so zum Beispiel auch von dem Autor Henryk M. Broder, der selbst einem Prozeß wegen einer Äußerung über F. J. Strauß entgegensieht. Die Initiative plant noch weitere Aktivitäten, wie zum Beispiel Informationsabende vor und während des Prozesses.

Termine: 10. und 15. Januar, 9 Uhr, im Schöffengericht Bochum, Saal C 31.

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

In den letzten beiden Wochen gingen folgende Spenden für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML bei uns ein:

Spender	DM
Zelle AEG-Brunnenstr., Westberlin	342,50
W. J., Recklinghausen	200,00
„Dat rode Land", Kiel	215,00
Stadtteilzelle Duisburg-Meiderich	500,00
Genossen aus Düsseldorf	586,00
Albanienveranstaltung vom 10. 12., Düsseldorf	90,00
Kollektiv Jarrestadt, Hamburg	550,00
Zelle Bayer-Leverkusen	88,00
Genossen aus Konstanz	300,00
H. R., Frankfurt	150,00
Genossen aus Münster	700,00
Stadtteilzelle Altenbochum, Bochum	2.217,00
RG Medizin, FU Westberlin	400,00
Nikolausfest der Erzieherzelle Moabit, Westberlin	300,00
G. D., Leopoldshafen	300,00
B. E., Leverkusen	70,00
Zelle Spandau, Westberlin	400,00
A. K., Westberlin	20,00
Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Stuttgart	244,70
E. W., Essen	20,00
R. W., Kassel	4,73
O. M., Buxtehude	700,00
Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Bochum	200,00
G. B., Hamburg	800,00
Genossen aus Marburg	200,00
Genossen aus Göttingen	70,00
Zelle Friedrichshafen	200,00
B., Duisburg	100,00
J. J., Rendsburg	100,00
Genossen aus Hannover	1.000,00
R. S., Hamburg	103,00
Genossen aus Münster	700,00
Genossen von den Kliniken, Münster	20,00
Genossen aus Minden	10,00
Genossen aus Bielefeld	30,00
Genossen aus Münster	90,00
Zelle Münster-Süd	1.400,00
M. P., Duisburg	2.000,00
W. u. E. G., Gelsenkirchen	1.000,00
Genossen aus Osnabrück	1.000,00
V. F., Heidelberg	50,00
Zelle Post, Kiel	150,00
R. u. B. W., Kiel	1.000,00
Zelle Krankenhaus-Neukölln, Westberlin	2.100,00
E. H., Westberlin	10,00
F. Sch., Heidelberg	100,00
Genossen aus Frankfurt	700,00
Erzieherzelle Westberlin	600,00
„Roter Schaltwerker", Westberlin	257,40
K., Eckernförde	70,00
R. H., Wiesbaden	150,00
Stadtzelle Reutlingen	120,00
A. H., Wiesbaden	20,00
Stadtteilzelle Huckarde	300,00
K. K., Hannover	983,00
Zelle Benteler, Bielefeld	750,00
Stadtteilzelle Nordwest, Flensburg	260,00
Skatrunde Rüsselsheim	30,75
Zelle Casella, Frankfurt/M	830,00
H. A., Rüsselsheim	395,00
W. S., München	100,00
Zelle Mannesmann, Duisburg	250,00
Zelle Krupp, Bochum	200,00
Kulturzelle Bochum	200,00
Stadtteilzelle Grumme, Bochum	50,00
Zelle Opel, Bochum	850,00
Stadtteilzelle Wattenscheid	220,85
Sparverband Bochum	370,00
Stadtteilzelle Kalk, Köln	66,00
Genossen aus HH-Langenhorn	800,00
Zelle Hetle-Wittwer, Stuttgart	400,00
Genossen aus Westberlin	550,00
Zelle SEL-Tempelhof, Westberlin	555,00
Stadtteilzelle Kreuzberg I, Westberlin	2.526,00
RG Buxtehude	170,00
RG Laubach	170,00
Branchenzelle Satz, Hamburg	128,00
RG Schüler, Gießen	150,00
Tombola des Buchladens „Roter Morgen", Kiel	1.083,78
V. H., Braunschweig	100,00
Zelle Emsland, Lingen	306,60
Zelle Siemens, München	450,00
Zelle Märkisches Viertel, Westberlin	451,00
Hafenzelle Hamburg	275,00
Zwei Reservisten aus Hamburg	150,00
Zelle Beiersdorf, Hamburg	250,00
Sympathisanten der Zelle Benteler, Bielefeld	200,00
Genossen aus München	120,00
Erlös aus Uwes Tonband, Westberlin	200,00
Zelle Hoesch-Phoenix, Dortmund	830,00
N. S., Bremen	20,00
E. K., Umzug in Münster	20,00
P. R., Hamburg	20,00
H. u. C. K.	150,00
Zelle Klöckner, Bremen	1.110,00
A. B., Münster	100,00
R. EL. E., Bielefeld/Herford	255,00
Thyssen-Zelle, Brackwede	500,00
Betriebszelle Still, Hamburg	700,00
Stadtteilzelle Schöneberg, Westberlin	3.000,00
F. L. F., Frankfurt/M	50,00
RG Flensburg oder Schleswig (ungenaue Angabe)	200,00
I. Sch., Westberlin	530,00
Stadtteilzelle Schüren, Dortmund	1.000,00
Kunden des Buchladens „Spartacus", Bielefeld	86,00
Stammtisch Kreuzberg, Westberlin	90,00
Genossen aus Reutlingen	91,90
Branchenzelle Druck, Bielefeld	440,00
Zelle Bochum-Langendreer	1.196,00
Genossen aus Gelsenkirchen	5.000,00
G. B., Nagold	40,00
Genossen aus Westberlin	677,00
Zelle Hoesch-Union, Dortmund	100,00
Zelle Scharnhorst, Dortmund	224,00
Zelle Iserlohn	170,00
W. K., Essen	10,00
Genossen aus Dortmund	1.000,00
G. u. H. B., Dortmund	1.500,00
G. aus Dortmund	200,00
H. K., Rheinböllen	20,00

Sammlungen bei den Großveranstaltungen zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML:

Hamburg: 2.361,00 DM
Frankfurt 3.568,00 DM
Westberlin 1.365,00 DM

Die Sammelergebnisse der übrigen Veranstaltungen lagen uns bei Redaktionsschluß leider noch nicht vor.

Gesamteingänge seit der letzten Veröffentlichung: **64.263,21 DM**

Damit gingen für die Spendenkampagne an Spenden bei uns ein: **166.522,11 DM!**

Wir danken allen Freunden und Genossen ganz herzlich für diese tolle Steigerung der Spendenkampagne! Sie übertrifft alle Erwartungen!

Heißer Asphalt, bitterer Schweiß oder: Wie du bei der Deutschen Asphalt AG ausgebeutet wirst

Ein Leser aus Kiel schickte uns folgenden Text zu, mit dem er in lebendiger Form von seinen Erfahrungen als Arbeiter bei der Deutschen Asphalt AG erzählt.

„Guten Tag, ich habe gehört, Sie suchen noch Leute, wollte mich hier mal bewerben!"

Der ältere Angestellte, dem du gerade die Hand geschüttelt hast, mustert dich kurz: „Tja, sieht im Moment schlecht aus. Mmh, wir machen schwere Arbeit, wissen Sie, Asphalt tragen und so."

Du weißt nicht, was du von dieser Arbeit halten sollst, versicherst ihm aber, körperliche Arbeit seist du gewohnt.

„Krankfeiern und Blaumachen gibt's bei uns auch nicht!"

„Natürlich nicht, das ist doch klar", sagst du, und denkst: „Immer diese blöden Sprüche vorher, das ist ja widerlich."

Naja, jedenfalls haben sich damit seine Floskeln erschöpft, und man hat dich für eine Woche gekauft, „zum Angucken"! Soeben hat er dich verabschiedet und du hast gerade noch Zeit, ihn nach dem Arbeitsbeginn zu fragen: 6 Uhr 30!" ruft er über den Platz und ist auch schon verschwunden.

Am nächsten Morgen bist du pünktlich um 6.15 Uhr in der Firma und erfährst, um 7 Uhr ist Arbeitsbeginn. Nach dem Umziehen (es ist kein Spind mehr frei) geht's endlich los. Du hältst dich an einen Kollegen, der gestern angefangen hat und ähnlich dumm rumsteht wie du, und fragst ihn aus.

„Sei froh, daß du nicht schon gestern da warst, wir hab'n 'n Parkdeck in Husum gemacht. Weißt du, wann wir wieder auf'm Platz war'n? Um elf Uhr nachts! Wie? Natürlich kommt das öfter vor, die anderen sagen es jedenfalls."

Du machst ein bedenkliches Gesicht und erklärst ihm, warum du mindestens für den Achtstundentag bist, daß es 'ne Schweinerei ist, wenn einem die Freizeit geklaut wird.

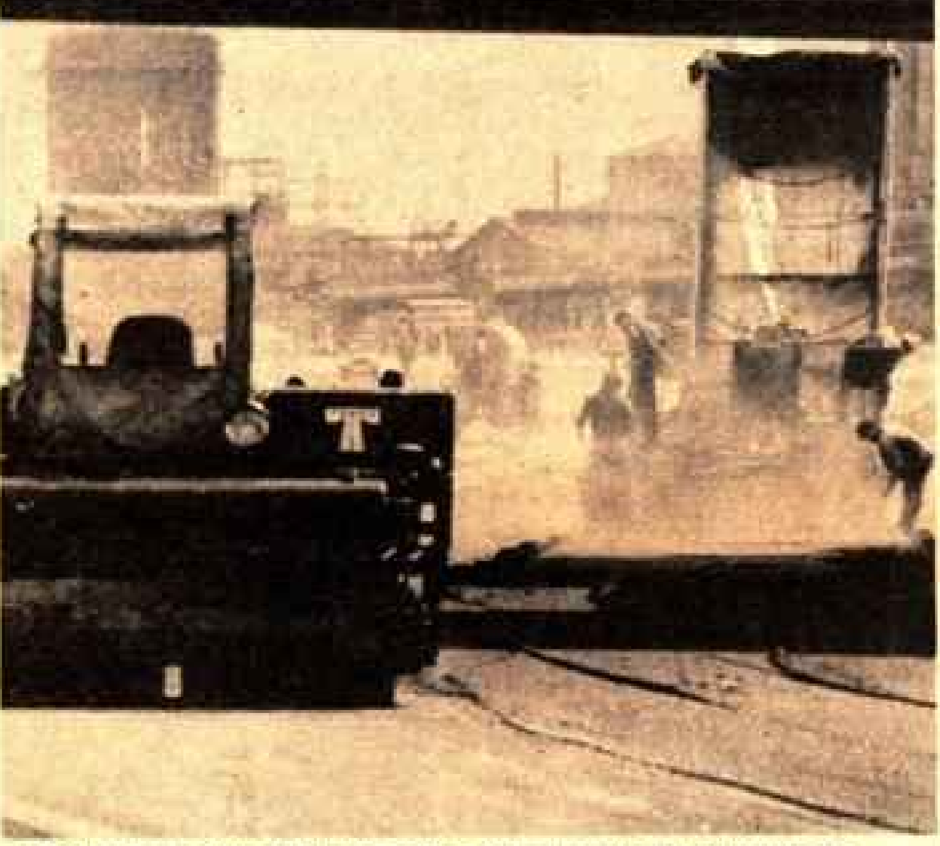
„Natürlich ist es Scheiße, bis in die Nacht zu malochen, aber hier" — er macht die berühmte Daumen-Zeigefinger-Bewegung — „Hauptsache, das hier stimmt. In einer Woche krieg' ich meinen Führerschein wieder, da will ich mir 'n Auto für die Familie anschaffen."

Jetzt sind die Leute eingeteilt, die Wagen fertiggepackt und auf geht's zur Baustelle. Dort erwartet euch schon ein Anhänger mit flüssig erhitztem Asphalt, der immer extra aus dem 100 Kilometer entfernten Hauptwerk rangekarrt wird. Heute sollt ihr 15 Tonnen Masse vergießen. Du bist nämlich jetzt bei der Deutschen Asphalt AG beschäftigt, die darum bemüht ist, möglichst viel Asphalt möglichst schnell und billig zu verarbeiten. Deshalb muß die Arbeit innerhalb einer bestimmten Zeit fertig sein, oder es wird total Akkord gearbeitet; das heißt, im Dauerlauf schuften für ein bißchen mehr Geld und für den Profit der Firma.

Die Straße, auf der ihr steht, ist vor kurzem neu geteert worden, und nur im Rinnstein ist eine sielbreite Rinne, die ihr per Hand ausfüllen müßt. Das wird Tage dauern. Nachdem die Vorarbeiten erledigt sind — Ausfegen, Topband legen usw. —, stellt sich ein Kollege an den Wagen und fängt an, die heiße, blubbernde Masse in Eimer zu zapfen. Dir legt man eine Tragstange auf die Schultern, ein Stück Holz mit Vertiefungen für Nacken und Schultern, an dessen Ende je eine Kette mit Haken runterbaumelt. In einem Eimer sind 25 Kilogramm Masse!

Du hängst die zwei Eimer dran und taumelst mit den 50 Kilogramm auf dem Buckel zu den vier Kollegen hin, die das Zeug ausgießen, verteilen und dann glattstreichen. Einer zeigt dir, wie man richtig trägt, und du taumelst beim vierten Gang wenigstens nicht mehr, weil die Ketten durch richtiges Festhalten aufhören zu schlenkern.

„Du mußt grade gehen", erklärt dir einer, „das Kreuz richtig durchdrücken. Wenn du krumm gehst, schaffst du es nicht und dein Rücken geht kaputt."



Straßenteeren: unerträgliche Hitze, Knochenarbeit, Hungerlohn

Zwei Mann tragen diesmal. Erst müssen die Eimer ca. 80 Meter weit getragen werden, aber die Entfernung zum Wagen verkürzt sich, je weiter die Rinne gefüllt ist. Schließlich habt ihr den Wagen erreicht. Frühstück!

Nach dem Frühstück geht's zur anderen Seite weiter, und mit jedem ausgegossenen Eimer müßt ihr ein paar Schritte mehr laufen. Schließlich dauert das Ranschleppen wegen der Entfernung zu lange und der Wagen wird vorgefahren.

Der Kollege neben dir schleppt gleichmäßig und schnell wie eine Maschine und brabbelt manchmal leise vor sich hin.

„Das ist Jimmy, du wirst es nicht glauben, aber der war mal Zimmermannpolier, bis ihm ein Balken auf den Kopf geknallt ist. Jetzt darf er nicht mal mehr allein über die Straße gehen. Aber tragen tut er bei der ‚Asphalt' schon über zehn Jahre. Du mußt ihn mal sehen, wenn er sich umzieht, 'nen richtigen Wulst hat er im Nacken, von der Tragstange."

Um 15 Uhr ist der Wagen eine Stunde früher leer als geplant, und ihr geht nach Hause. Völlig fertig und mit Rückenschmerzen schläfst du sehr früh ein. Aber am Anfang ist's immer schwer; mal sehen, wie's morgen geht. Am nächsten Morgen geht's wieder in dieselbe Kolonne.

Die anderen Gruppen waren gestern erst gegen 20-22 Uhr auf dem Platz. Am dritten Tag habt ihr Pech mit dem Wetter. Es nieselt leicht, und manchmal kommt ein kurzer Sturzregen runter. Kein Grund, die Arbeit zu unterbrechen. Diesmal sollst du die Eimer ausleeren. Dazu muß man gebückt den Pott ganz auf den Kopf stellen, damit die zähe Masse langsam rausfließen kann. Alle sind heilfroh, als die 13 Tonnen Masse weg sind.

Es ist Freitag. Viele neue Kollegen sind inzwischen dazugekommen. Ihr sollt eine Auffahrt asphaltieren. Es gießt in Strömen. In Minuten seid ihr bis auf die Haut naß. Deshalb wird im Dauerlauf geschafft. Nach zwei Stunden seid ihr fertig, und prompt hört der Regen auf. Alle fluchen kräftig auf Gott und die Welt. Es geht zur nächsten Baustelle. Büro- und Lagerhallenböden sollen asphaltiert werden.

In die Lagerhalle gelangt man über eine Treppe mit acht Stufen. Das Büro liegt im ersten Stock, und es müssen noch einmal zwei Treppen überwunden werden, um raufzukommen. Bis zu den ersten Stufen sind es ca. 30 Meter durch Schlamm und lockeren Kies. Es wird zu viert getragen. Zwei Mann bringen die Masse auf die Plattform der Lagerhalle zu den anderen beiden, die das Zeug ins erste Stockwerk hochschleppen. Alle Träger sind neu, deshalb geht's nicht so schnell wie es gehen müßte. Aber die anderen Kollegen sind in Ordnung. Sie sehen: Ihr gebt euer Letztes. Sie sehen es an den schweißnassen, vor Anstrengung regelrecht verzerrten Gesichtern, wenn ihr die Eimer vor ihnen abstellt.

Sie sind indessen auch nicht besser dran. Innerhalb einer Stunde hat sich der Saal in eine unerträglich heiße, stinkende, von Rauchschwaden durchzogene Hölle verwandelt. Das kommt von dem auf über 100 Grad erhitzten Teerboden. Man schnappt nach Luft, wenn man reinkommt und sucht die Leute durch den dichten Nebel.

Nachdem du ein paar Stunden hintereinander mit den 50-Kilogramm-Pötten die beiden Treppen hochgeastet bist, denkst du nach jeder Tour: „Gleich ist Schluß, ich kann einfach nicht mehr; wie halten das denn bloß die anderen aus?"

Aber die anderen halten es nicht aus! „Das ist Knastarbeit, reine Knastarbeit!" keucht einer, „fehlt nur noch der eiserne Ring um Hals und Tragholz, und der Chef hat den Schlüssel! Warum machen wir überhaupt diese Drecksarbeit für die paar Kröten?"

„Muß meine Frau und Kinder ernähren", sagt ein Zigeuner, er kann nicht lesen und schreiben, „andre Arbeit kriegst du heute nicht mehr. Früher war's besser. Wenn's einem stank, hat man einfach in'n Sack gehauen und was neues gesucht, aber heute?"

Es regnet die ganze Zeit. Ihr arbeitet im Unterhemd oder halbnackt, nur einen Pullover unters Tragholz geschoben. Leute gehen vorbei, den Kopf eingezogen, die Hände tief in die Manteltaschen vergraben. Es ist kalt, aber euer Schweiß vermischt sich mit dem Regen und brennt in den Augen ...

Inzwischen hat sich der Zapfer den Unterarm verbrüht. Das kommt schon mal vor bei dem Tempo; aber es ist nicht so schlimm und er macht weiter. Die Uhr zeigt auf fünf, jedoch der Tank wird einfach nicht leer. Ihr spürt jeden einzelnen Knochen im Leib! Jeder Schritt ist mit starken körperlichen Schmerzen verbunden. Immer öfter stolpert einer auf der Treppe. Das kann für den nachfolgenden Kollegen tödlich sein, denn es ist kein Geländer da! Zum Glück kippt kein Eimer aus.

Die Erschöpfung schafft plötzlich Gleichgültigkeit und Galgenhumor. Ihr vergleicht euch mit Maultieren, Knastbrüdern, Sklaven, dem gerade entführten Schleyer und kommt zu dem Schluß, daß die nicht schlechter dran sind als ihr.

Die Schultern sind wund. Es schmerzt, wenn allein das Tragholz aufgelegt wird. Trotzdem müßt ihr noch einen Zentner dazuhängen. Ein Kollege setzt sich auf einmal hin und sagt, er kann nicht mehr. Es tut ihm leid, aber die Schulter schmerzt zu doll. Keiner nimmt es ihm übel. Allen geht es ähnlich. Indessen — nach fünf Minuten macht er schon wieder mit zusammengebissenen Zähnen weiter. Für 6,80 DM netto die Stunde (ihr arbeitet nämlich die erste Woche schwarz).

Womit keiner mehr gerechnet hat: um 19 Uhr sind die Tanks leer! Ein Angestellter kommt im Auto vorbei und teilt die Lohntüten aus. Einige gehen nach Hause: Fernsehen. Andre schaffen's noch bis an die nächste Kneipe. Aber lohnt es sich, dafür zu leben? Sich tagsüber die Knochen für die Kapitalisten zu zerschinden, um abends in der Kneipe das beschissene Leben zu vergessen?

So wie hier beschrieben, ergeht es täglich Tausenden von Arbeitern in Deutschland, Millionen Arbeitern in der Welt!

Veranstaltungskalender

Veranstaltungen der Gesellschaft der Freunde Albaniens Hildesheim:

4. 1.:
Lieder und Musik aus Albanien

25. 1.:
Landwirtschaft in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien

15. 2.:
Albanische Malerei im Stil des sozialistischen Realismus

Alle Veranstaltungen finden um 20 Uhr im „Haus der Jugend", Hildesheim, Steingrube, Raum 10, statt.

Mitte Dezember, zwei Wochen vor dem 10. Jahrestag der Gründung unserer Partei, trat in Hamburg der IV. Ordentliche Parteitag der KPD/ML zusammen. Auf den folgenden Seiten veröffentlicht der „Rote Morgen" das Kommuniqué des Parteitags, das einen Überblick über die Arbeiten der Delegierten zu diesem höchsten Organ der Partei gibt, und andere wichtige Dokumente des IV. Parteitags.
In den letzten Tagen des alten Jahres führte die Partei in vier Städten der Deutschen Bundesrepublik und in Westberlin Großveranstaltungen anläßlich des 10. Jahrestages der Gründung der KPD/ML und des 60. Jahrestages der Gründung der KPD, deren revolutionäres Erbe unsere Partei fortsetzt, durch. Auf diesen Veranstaltungen, bei denen auch Vertreter einiger unserer ausländischen Bruderparteien zugegen waren, wurde der erfolgreiche Abschluß des IV. Parteitags zum ersten Mal öffentlich bekanntgegeben.

Mit revolutionärer Begeisterung nahmen die Genossen und Freunde der Partei und der Roten Garde die Reden der Vertreter des Zentralkomitees der KPD/ML entgegen, in denen der zehnjährige Kampf unserer Partei für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland und die Ergebnisse des IV. Parteitags gewürdigt wurden. Einige Ausschnitte aus diesen Veranstaltungen zeigen die Bilder auf den nachfolgenden Seiten.

Erfolgreicher Abschluß des IV. Ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

Das 5. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten gibt bekannt, daß am Vorabend des 10. Jahrestages der Gründung unserer Partei

Kommuniqué

vom 16. bis 18. Dezember 1978 in Hamburg in einer enthusiastischen und kämpferischen revolutionären Atmosphäre der IV. Ordentliche Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten tagte. Dieser Parteitag war geprägt von einer außerordentlichen Geschlossenheit und Einheit auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Linie der Partei und ihrer Treue zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und wurde von vollem Erfolg gekrönt.

Der Parteitag stellte der Partei große Aufgaben im Kampf der deutschen Arbeiterklasse und übrigen Werktätigen gegen die deutsche Monopolbourgeoisie, gegen den Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen den modernen Revisionismus und den Opportunismus aller Schattierungen, um die Partei zu wappnen, ihrer historischen Mission gerecht zu werden und das Proletariat und seine Bündnispartner entschlossen im Kampf zum gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen.

Der Parteitag wurde vom Vorsitzenden des Zentralkomitees der Partei, Genossen Ernst Aust, eröffnet. Mit großer Begeisterung wurde die Grußadresse des Zentralkomitees der Roten Garde, der Jugendorganisation unserer Partei, an den IV. Parteitag von den Delegierten aufgenommen. In dieser Grußadresse versicherte der Jugendverband der Partei in ihrem Kampf seine volle Unterstützung und unbedingte Treue, bekundete er der Partei und insbesondere dem Genossen Ernst Aust seinen Dank und seine Achtung für die in den vergangenen zehn Jahren geleistete Arbeit, für ihre stetige Fürsorge für den kommunistischen Jugendverband. Der Parteitag grüßte anschließend alle mutigen und keine Opfer scheuenden Kämpfer des Weltproletariats und der unterdrückten Völker. Insbesondere grüßte er unsere iranische Bruderpartei und das kämpfende iranische Volk, das sich entschlossen zum Kampf für den revolutionären Sturz des faschistischen Schah-Regimes erhoben hat. Er grüßte ferner die Genossen unserer Partei, die wegen ihres mutigen Auftretens und ihrer kommunistischen Gesinnung vom Klassenfeind eingekerkert wurden.

Die Delegierten hörten dann den von Genossen Ernst Aust, dem Vorsitzenden des Zentralkomitees unserer Partei, vorgetragenen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des 4. Zentralkomitees der KPD/ML. Darin wurden die Entwicklung der Partei und ihre Erfolge seit dem III. Parteitag dargelegt und die starken sektiererischen Abweichungen und Fehler der Partei in der Vergangenheit verurteilt, die die Partei daran hinderten, sich eng mit den Massen zu verbinden. Es wurde die auf dem 5. Plenum des 4. Zentralkomitees der Partei gegebene Ausrichtung im Kampf gegen das ultralinke Sektierertum bekräftigt und vertieft. Der Bericht unterzog die nationale und internationale Lage einer prinzipienfesten marxistisch-leninistischen Analyse. Er hob hervor, daß sich die Klassenkämpfe in unserem Land zunehmend verschärfen und daß mit der weiteren Zuspitzung der Krise des kapitalistischen Systems und einer rapiden Zunahme der Arbeitslosigkeit die Möglichkeit des relativ schnellen Heranreifens einer revolutionären Situation besteht. Er stellte der Partei die zukünftigen Aufgaben an den Hauptfronten des Klassenkampfes. Er bekräftigte die Linie der Partei in der Gewerkschaftsfrage, die den Aufbau der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition unterstützt, und betonte, daß das Schwergewicht der Gewerkschaftsarbeit der Partei auf der Arbeit innerhalb der DGB-Gewerkschaften liegen muß, um die Massen der Gewerkschaftsmitglieder vom Einfluß der reaktionären Gewerkschaftsführer zu befreien. Ebenso gab er wichtige Hinweise zur Verbesserung und Ausrichtung der Arbeit der Partei unter der Jugend, den Bauern, den Frauen, Studenten, im Stadtteil usw. sowie im Kampf gegen Reaktion und Faschismus und betonte die Notwendigkeit der Schulung im Marxismus-Leninismus, um das ideologische Niveau der Partei zu erhöhen. Er zog ferner einen klaren Trennungsstrich zum individuellen Terrorismus und wies die arbeiterfeindlichen Theorien und Handlungen kleinbürgerlicher Gruppen wie der RAF als konterrevolutionär zurück.

Er kennzeichnete die Gefahren, die sich für die Völker aus dem Expansions- und Weltherrschaftsstreben des Imperialismus, insbesondere der beiden Supermächte, und aus der reaktionären Politik und dem Streben Chinas, eine neue imperialistische Supermacht zu werden, ergeben. Er verurteilte die Zusammenarbeit der revisionistischen chinesischen Führung mit dem Imperialismus, vor allem dem USA-Imperialismus, und ihren willkürlichen und feindseligen Akt, alle militärische und wirtschaftliche Hilfe an das sozialistische Albanien einzustellen. Er ging ein auf die Rolle Mao Tse-tungs und die Entwicklung in China, zeigte selbstkritisch den schädlichen Einfluß Mao Tse-tungs und seiner Theorien auf unsere Partei in der Vergangenheit auf und wies die Mao-Tse-tung-Ideen als theoretische Grundlage des chinesischen Revisionismus und als antimarxistisch-leninistisch zurück. Er bekundete die völlige Solidarität unserer Partei mit dem sozialistischen Albanien und der Partei der Arbeit Albaniens unter Führung des Genossen Enver Hoxha, die an der vordersten Front der marxistisch-leninistischen Weltbewegung im Kampf für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der Prinzipien des proletarischen Internationalismus steht. Der Rechenschaftsbericht endete mit dem Verlesen des Rechenschaftsberichtes der Leitung der Sektion DDR der KPD/ML, in dem die Erfolge und Mängel unserer in tiefer Illegalität unter der sozialfaschistischen Herrschaft des Honecker-Regimes und seiner Moskauer Oberherren kämpfenden Genossen gründlich analysiert wurden. Nach ausführlicher Diskussion durch die Delegierten wurde der gesamte Rechenschaftsbericht des 4. Zentralkomitees der Partei über die Tätigkeit zwischen den beiden Parteitagen einstimmig verabschiedet.

Ebenfalls einstimmig verabschiedet wurde der Tätigkeitsbericht der Zentralen Parteikontrollkommission. Der Parteitag würdigte den entscheidenden Beitrag der Zentralen Parteikontrollkommission bei der Aufdeckung der zum Teil erheblichen Entstellung der marxistisch-leninistischen Normen und Prinzipien der Partei und der sektiererischen ultralinken Fehler und Abweichungen bei der Umsetzung der marxistisch-leninistischen Linie der Partei.

Der Parteitag hörte den Bericht des Zentralkomitees über die Änderung des Programms unserer Partei, diskutierte ihn und den vorliegenden geänderten Programmentwurf, einschließlich zahlreicher Änderungsanträge, und beschloß einstimmig das neue Programm der Partei, das befreit wurde von Einflüssen der Mao-Tse-tung-Ideen und des chinesischen Revisionismus insgesamt und gegenüber dem alten gestrafft und gekürzt wurde unter Beibehaltung des korrekten marxistisch-leninistischen Inhalts des alten Programms. Der Parteitag diskutierte und beschloß ferner einstimmig die von der Zentralen Parteikontrollkommission vorgeschlagenen Änderungen am Statut der Partei. Der Parteitag diskutierte die mehr als 800 Anträge der Grundorganisationen, der Orts- und Landesbezirksdelegiertenkonferenzen der Partei zur Verbesserung der Arbeit der Partei an den verschiedenen Fronten des Klassenkampfes und faßte in großer Einmütigkeit darüber Beschluß.

Der Parteitag verabschiedete außerdem einstimmig mehrere Resolutionen zu wichtigen Fragen:

a) die Resolution „Die Mao-Tse-tung-Ideen widersprechen dem Marxismus-Leninismus", in der die Abweichungen der Mao-Tse-tung-Ideen vom Marxismus-Leninismus in einigen entscheidenden Fragen und ihr versöhnlerischer Charakter gegenüber der Bourgeoisie aufgezeigt werden und festgestellt wird, daß sie nicht die theoretische Grundlage unserer Partei sein können. Die Epoche, in der wir leben, ist die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Der Leninismus ist der Marxismus dieser Epoche. Die theoretische Grundlage der Partei des Proletariats kann in dieser Epoche nichts anderes sein als der Marxismus-Leninismus.

b) die Resolution „die dringenden Aufgaben der Partei". Darin wird der Partei die Aufgabe gestellt: 1. Das linke Sektierertum zu überwinden, sich darauf auszurichten, führend und organisierend in die Klassenkämpfe einzugreifen und mächtige Transmissionsriemen zu schaffen, die die Partei eng mit den Massen verbinden. 2. Das ideologische Niveau der Partei zu heben und die Schulungsarbeit zu verbessern und zu verstärken. 3. Die bolschewistische Organisationsstruktur der Partei zu verbessern und die Eigeninitiative der unteren und mittleren Leitungen der Partei zu stärken. 4. Die Zusammensetzung der Partei weiter zu proletarisieren.

c) die Resolution „1979 — das Jahr des Stalin-Aufgebots", dessen Sinn es ist, im Jahr 1979, dem Jahr des 100. Geburtstages Stalins, des großen Führers und Lehrers des Weltproletariats, die Reihen der Partei zur Aufnahme der besten, klassenbewußtesten Elemente des Proletariats, insbesondere des Industrieproletariats, weit zu öffnen.

Danach verabschiedete der Parteitag mehrere Grußbotschaften:

a) an die Genossen der Partei und der Roten Garde, in der noch einmal die wichtigsten Ergebnisse des Parteitages zusammengefaßt werden, und einen besonderen Kampfesgruß an die Genossen der Sektion DDR unserer Partei.

b) an das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens und den Genossen Enver Hoxha, in der die unverbrüchliche Treue unserer Partei zur heroischen Partei der Arbeit Albaniens und ihr hervorragender Beitrag für die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Weltbewegung hervorgehoben werden.

c) an die marxistisch-leninistischen Parteien der Welt. Darin wird betont, daß sich die Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung im Kampf gegen den Imperialismus, Sozialimperialismus, den Revisionismus und Opportunismus aller Spielarten festigt und vertieft und daß sich unsere Partei energisch dafür einsetzen wird, die Zusammenarbeit und Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien zu fördern. Es wird die Treue unserer Partei zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und die Solidarität mit den marxistisch-leninistischen Bruderparteien der Welt bekundet.

d) an die Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Irans.

Dann wählte der Parteitag das neue Zentralkomitee der Partei, in das der Genosse Ernst Aust einstimmig wiedergewählt wurde und das zu 90 Prozent aus Arbeitern besteht, und die neue Zentrale Parteikontrollkommission. Auf seiner ersten Plenartagung wählte das 5. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten das neue Politbüro und Sekretariat des Zentralkomitees. Als Vorsitzender des Zentralkomitees wurde Genosse Ernst Aust einstimmig wiedergewählt.

Das 5. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten bekundet die Zuversicht, daß die gesamte Partei, indem sie die wichtigen Beschlüsse und die korrekte marxistisch-leninistische Linie des IV. Parteitages in die Tat umsetzt, große Erfolge in unserem Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland erringen wird, so daß dieser Parteitag zu einem neuen Meilenstein im Leben und in der Entwicklung der Partei wird.

Es lebe der IV. Parteitag der KPD/ML!
Es lebe der Marxismus-Leninismus!
Es lebe der proletarische Internationalismus!

5. Zentralkomitee
der Kommunistischen
Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten

Von einer kämpferischen Atmosphäre geprägt waren die Veranstaltungen, die unsere Partei in der vergangenen Woche zur Feier des 10. Jahrestages ihrer Gründung in Hamburg, Essen, Frankfurt, Nürnberg und Westberlin durchführte.

Begeisterter Beifall kam auf, als die Vertreter des Zentralkomitees in ihren Reden bekanntgaben, daß der IV. Parteitag der KPD/ML erfolgreich seine Arbeiten abgeschlossen hat. Aufmerksam verfolgten die Genossen und Freunde der Partei und der Roten Garde die Rede des Zentralkomitees, in der die Erfahrungen aus der zehnjährigen Geschichte unserer Partei zusammengefaßt und die wichtigsten Ergebnisse des Parteitags bekanntgegeben wurden. Immer wieder unterbrach starker Beifall die Redner, erklangen Sprechchöre wie „Vorwärts mit der KPD/ML!"

Die Rede des Zentralkomitees schloß mit den Worten: „10 Jahre KPD/ML, 60 Jahre KPD, erfolgreicher Abschluß unseres IV. Parteitags — jede Menge Gründe zum Feiern für Silvester. Aber auch eine gute Ausgangsbasis für ein neues Kampfjahr unserer Partei und der Arbeiterklasse unseres Landes. Das Zentralkomitee dankt allen Genossen und Genossinnen für den unermüdlichen Einsatz, den sie für die Partei geleistet haben. Ohne diesen Einsatz, ohne ihre Begeisterung für die Partei, die Revolution und den Sozialismus, wie sie auch in dem großartigen Ergebnis der Spendenaktion zum 10. Jahrestag zum Ausdruck kommt — könnte die Partei nichts erreichen. Mit dieser Begeisterung, mit diesem Kampfgeist aber werden wir siegen.
Es lebe der IV. Parteitag der KPD/ML!
Es lebe der Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!
Es lebe der Marxismus-Leninismus und der proletarische Internationalismus!
Vorwärts mit der KPD/ML!"

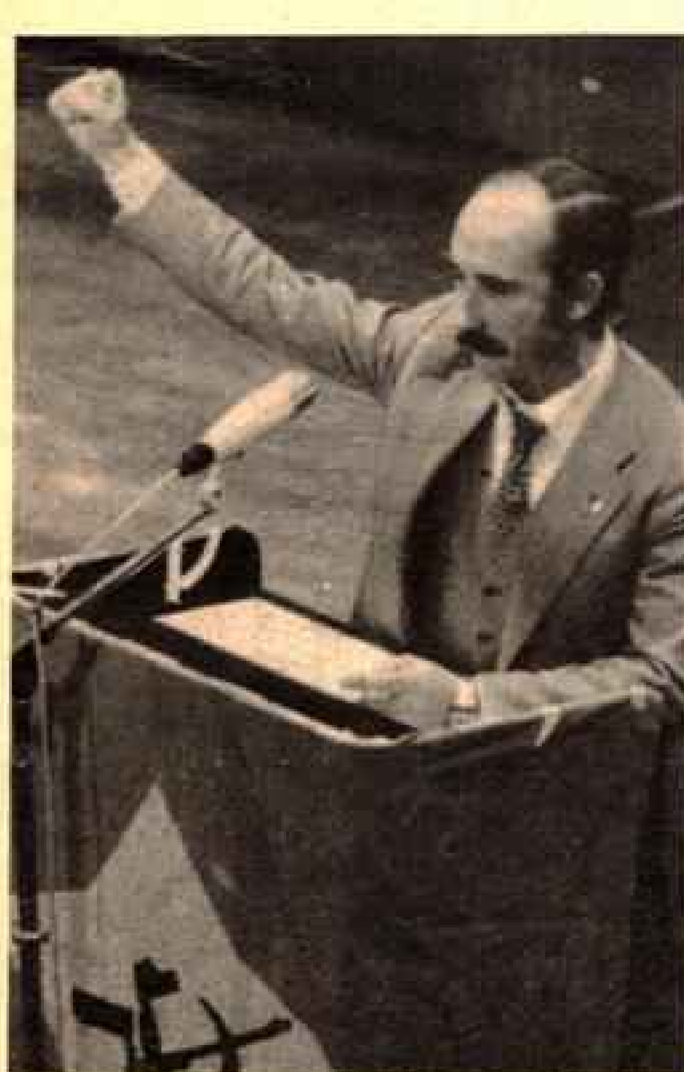
Vertreter der Roten Garde, der Jugendorganisation unserer Partei, begrüßten die Veranstaltungen. Die Teilnahme zahlreicher Delegationen unserer Bruderparteien machte die Veranstaltungen auch zu Bekundungen des proletarischen Internationalismus. Anwesend waren Vertreter unserer Bruderparteien und -organisationen aus Spanien, Portugal, Italien, Frankreich, Dänemark, Brasilien, Chile, aus dem Iran und der Türkei. Ein besonders stürmischer und herzlicher Empfang wurde in Frankfurt der Delegation der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Irans bereitet, die gegenwärtig im revolutionären Kampf für den Sturz des faschistischen Schah-Regimes steht.



Veranstaltung in Essen zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML



Veranstaltung in Nürnberg zum 10. Jahrestag


Genosse Raoul Marco, Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, trägt die Grußadresse seiner Partei vor.


Genosse Horst Dieter Koch während der Rede des Zentralkomitees

Genosse Ernst Aust und die anderen Redner, die auf den Veranstaltungen im Namen des Zentralkomitees sprachen, befaßten sich vor allem mit zwei Problemen, die auch im Vordergrund der Arbeiten des IV. Parteitages standen: mit der Rolle der sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen und mit dem Kampf gegen linkssektiererische Auffassungen und Abweichungen in der Partei.

Die Mao-Tse-tung-Ideen widersprechen dem Marxismus-Leninismus

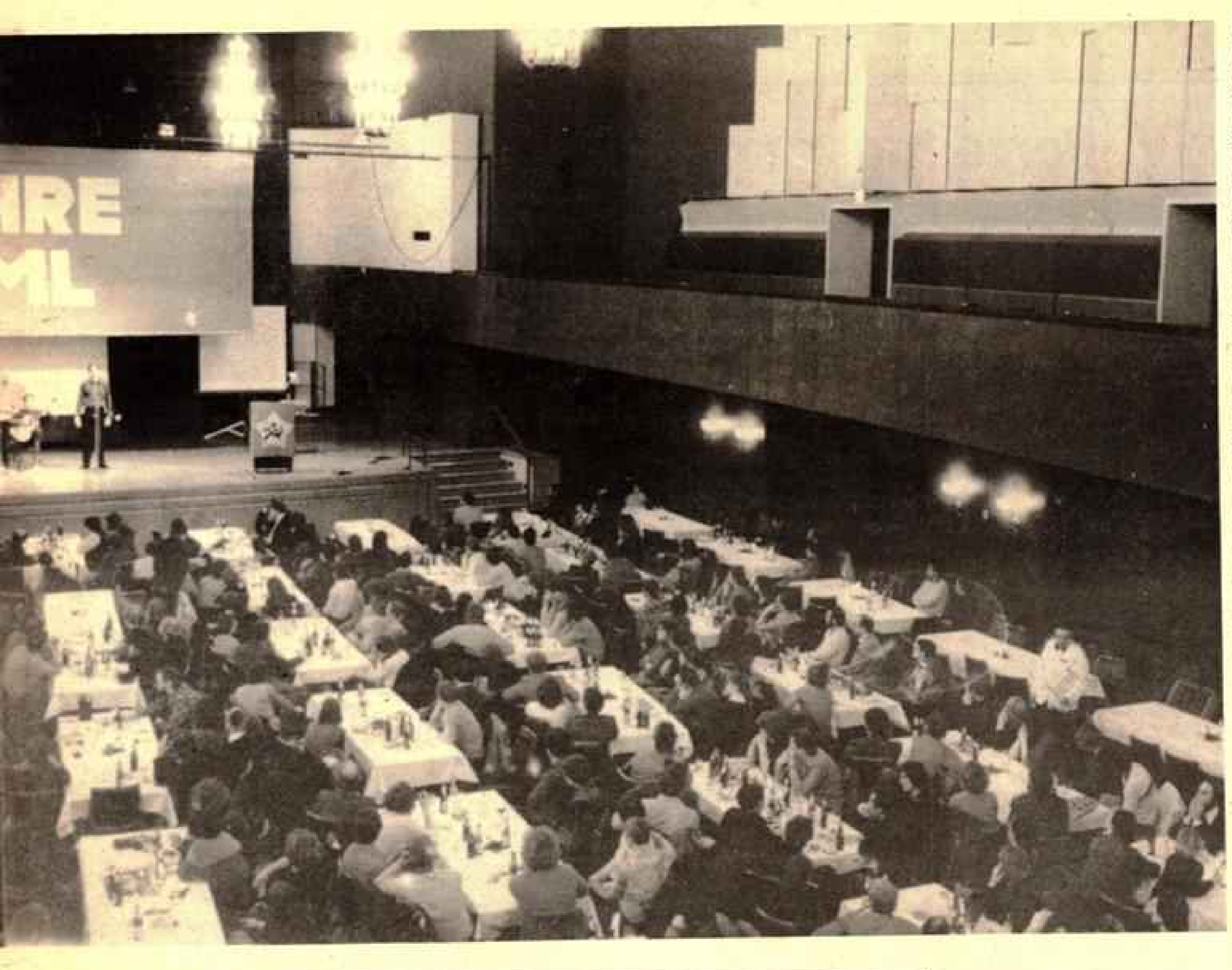
In der Rede des Zentralkomitees wird betont, daß mit den Ergebnissen des IV. Parteitages — der Änderung des Programms und Statuts der Partei und der Verabschiedung einer Resolution zur Rolle der Mao-Tse-tung-Ideen — die Diskussion über Mao Tse-tung und die Entwicklung in China noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern in der gesamten Partei weitergeführt werden muß. Unter anderem heißt es in der Rede:

„Die Mao-Tse-tung-Ideen sind eine Ideologie, die vor allem im Kleinbürgertum auf fruchtbaren Boden fällt und auch in unserer Partei kleinbürgerliche, sektiererische Tendenzen gestärkt haben. Manche von euch werden sich vielleicht noch daran erinnern, daß damals, auf dem Höhepunkt der Studentenrevolte, an nahezu jeder zweiten Jacke der Mao-Kopf blitzte, während Stalin von den gleichen Leuten und der gleichen Bewegung allgemein verurteilt und in der Regel wie Chruschtschow und Breschnew als Revisionist bezeichnet wurde. Es liegt nahe, zu vermuten, daß die schwankenden kleinbürgerlichen Intellektuellen sich gerade aus den Gründen schnell für Mao Tse-tung und die Mao-Tse-tung-Ideen begeisterten, aus denen sie Stalin scharf ablehnend gegenüberstanden.

Da ist zunächst einmal die Kulturrevolution, die, einmal vom großen Steuermann persönlich initiiert, sich chaotisch und ohne jede Führung durch die Partei entwickelte, sich tatsächlich gegen die Partei und den Staat richtete, viele anarchistische, antizentralistische Züge trug. Das kam und kommt den Kleinbürgern, die aufgrund ihrer individualistischen Ideologie der einheitlichen Führung der Massen durch die marxistisch-leninistische Partei in der Regel äußerst mißtrauisch, um nicht zu sagen, ablehnend, gegenüberstehen, zweifellos sehr entgegen. Diese sogenannte Kulturrevolution wurde, obwohl sie als ‚proletarische' bezeichnet wurde, in Wirklichkeit keineswegs von der chinesischen Arbeiterklasse, sondern von der studentischen Jugend Chinas hauptsächlich getragen. Die kleinbürgerliche Intelligenz als Führerin der Revolution — auch dieser Gedanke fiel in der kleinbürgerlichen Studentenbewegung auf äußerste Gegenliebe.

Neben der Kulturrevolution, der Leugnung der führenden Rolle der Partei und der Arbeiterklasse, gefiel und gefällt dem Kleinbürgertum an den Mao-Tse-tung-Ideen vor allem das Versöhnlertum gegenüber der Bourgeoisie, weil es ihrer eigenen schwankenden Haltung entspricht, der Liberalismus Mao Tse-tungs, seine Losung ‚Laßt 100 Blumen blühen und 100 Schulen miteinander wetteifern' usw. Es lassen sich natürlich noch mehrere Punkte anführen, aber ich glaube, es ist klargeworden, was ich meine: Die Beliebtheit, die die Mao-Tse-tung-Ideen in der kleinbürgerlichen Bewegung erlangten, erlangten sie zum großen Teil gerade deswegen, weil die Mao-Tse-tung-Ideen in entscheidenden Fragen vom Marxismus-Leninismus abweichen und selbst eine kleinbürgerliche Ideologie sind. **Der Kampf gegen den Einfluß der Mao-Tse-tung-Ideen ist deshalb ein Kampf gegen den kleinbürgerlichen Einfluß in der Partei, für die Festigung und Ausweitung der führenden Rolle der Arbeiter in der Partei, für die vollständige Durchsetzung der proletarischen Ideologie, des Marxismus-Leninismus, in der Partei. Das ist das Wesen der Sache.**

Um zu verstehen, warum Mao Tse-tung trotzdem in der kommunistischen Weltbewegung ein so hohes Ansehen erlangte, muß man sich die komplizierte Situation des Kampfes gegen den Chruschtschow-Revisionismus vor Augen führen. Die Führung der KPdSU und der Sowjetunion hatte den Marxismus-Leninismus voll ständig verraten, die Führungen der meisten Parteien waren zum Revisionismus übergelaufen. Natürlich führte die Partei der Arbeit Albaniens, führten Marxisten-Leninisten in vielen Parteien und Ländern einen entschiedenen Kampf gegen den modernen Revisionismus. Aber die Situation war schwierig. Deshalb wurde von den Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt die Haltung Mao Tse-tungs und der KP Chinas begeistert begrüßt, wurde ihnen, die dem Chruschtschow-Revisionismus einen so schweren Schlag versetzt zu haben schienen, zunächst einmal große Dankbarkeit und großes Vertrauen entgegengebracht. Aus dem gleichen Grund wurde auch die Kulturrevolution von den Marxisten-Leninisten in der Welt begrüßt. Für sie stand — anders als für die kleinbürgerliche Studentenbewegung — im Vordergrund, daß in China Reaktionäre versuchten, die Macht an sich zu reißen, daß sie aber durch die Kulturrevolution niedergeschlagen werden sollten. Das — und daß natürlich die Tatsache, daß Mao und die KP Chinas ein riesiges Volk zur Befreiung vom Imperialismus geführt hatten —, waren die Gründe für das große Ansehen, das Mao Tse-tung



Die ausländischen Genossen drückten in ihren Reden ihre Freude über die Kampferfolge der KPD/ML und ihre tiefe Verbundenheit mit unserer Partei aus, die auf dem gemeinsamen Kampf für den Sieg der Weltrevolution beruht. Sie berichteten über die Klassenkämpfe in ihren Heimatländern und würdigten das Erstarken der marxistisch-leninistischen Weltbewegung mit der Partei der Arbeit Albaniens an der Spitze, den konsequenten Kampf, den unsere Parteien gegen jede Form des Revisionismus, in der letzten Zeit insbesondere den chinesischen, geführt haben.

Auf einigen Veranstaltungen wurden auch Berichte aus der Geschichte, dem Kampf unserer Partei und den gegenwärtigen Klassenkämpfen vorgetragen. So erläuterten in Nürnberg Genossen aus Stuttgart den Ablauf der Novemberrevolution in ihrer Heimatstadt. In Essen berichtete ein RGO-Betriebsrat über den gegenwärtigen Stand des Stahlarbeiterstreiks. Die anwesenden Genossen und Freunde der Partei verabschiedeten eine Solidaritätsresolution an die kämpfenden Stahlarbeiter.

Fortschrittliche Kulturschaffende und Agitproptrupps der Partei sorgten für ein reichhaltiges kulturelles Programm. Es wurden die traditionellen Kampflieder der Arbeiterklasse vorgetragen, daneben auch Lieder über die aktuellen Kämpfe der Werktätigen und kurze Spielszenen. In Frankfurt trat eine türkische Tanzgruppe auf, die nach langanhaltendem Applaus eine Zugabe geben mußte.

Die Besucher der Veranstaltungen trugen durch ihre großzügigen Spenden mit dazu bei, daß das Ziel der Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der KPD/ML (100.000 Mark) weit übererfüllt werden konnte.

Teilweise behinderten die Schneeverwehungen die Durchführung der Veranstaltungen. Das war besonders in Norddeutschland der Fall, wo die Feier zum 10. Jahrestag nicht an dem vorhergesehenen Ort, dem Kieler Olympia-Zentrum, durchgeführt werden konnte. Kurzfristig mußte die Veranstaltung nach Hamburg verlegt werden. 200 Genossen konnten sich hierher durchschlagen und erlebten eine improvisierte, aber umso kämpferische Veranstaltung, auf der Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei, sprach.

In allen fünf Orten wurden die Veranstaltungen mit dem Gesang des Kampflieds des Weltproletariats, der Internationale, abgeschlossen. Es erklang in deutscher Sprache und in den vielen Sprachen der Delegationen unserer Bruderparteien und der zahlreichen ausländischen Freunde der Partei, die die Veranstaltungen besucht hatten.

und die KP Chinas über Jahre hinweg in der kommunistischen Weltbewegung genossen."

Inzwischen sehen wir in dieser Frage klarer. In der Rede des Zentralkomitees wird betont:

„Für unsere Partei und nach unserer Auffassung für die gesamte kommunistische Weltbewegung ist die Frage des Kampfes gegen die Mao-Tse-tung-Ideen zu einer erstrangigen Aufgabe im Kampf für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus geworden. Wir müssen heute verstehen, daß die Mao-Tse-tung-Ideen und der Einfluß der KP Chinas von dem Zeitpunkt an, als der offene Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus entbrannte, bis heute den Kampf der Marxisten-Leninisten in der Welt nicht nur auf das schwerste behindert haben, sondern daß sie zugleich auch ein Einfallstor des modernen Revisionismus in der kommunistischen Weltbewegung waren. Darum kann ohne entschlossenen Kampf gegen die Mao-Tse-tung-Ideen der Kampf gegen den modernen Revisionismus nicht wirklich siegreich geführt werden, kann ohne entschiedenen Kampf gegen die Mao-Tse-tung-Ideen die Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus nicht so fest und unzerstörbar geschmiedet werden, wie es der gemeinsame Kampf gegen den Imperialismus mit den beiden Supermächten an der Spitze, Kapitalismus, Reaktion und Revisionismus erfordern."

Den Kampf gegen das „Links"sektierertum weiterführen und vertiefen

Der zweite wichtige Punkt der Arbeiten des IV. Parteitages war die Diskussion und Beschlußfassung über die Weiterführung und Vertiefung des Kampfes gegen das Linkssektierertum. In der Rede des Zentralkomitees wurde vor allem die Bedeutung zweier Beschlüsse erläutert — des Beschlusses, so schnell wie möglich ein Aktionsprogramm der Partei zu erarbeiten und des Beschlusses, im neuen Jahr ein Stalin-Aufgebot durchzuführen. Weiterhin heißt es in der Rede des Zentralkomitees unter anderem:

„Zweifellos hat unsere Partei gewisse Fortschritte in der Überwindung ‚linker' Fehler gemacht. Gerade im vergangenen Jahr kann man sogar ohne Übertreibung sagen, daß vor allem in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit die Partei gute Fortschritte gemacht hat. Ich denke an das Eingreifen der Partei in die großen Streikbewegungen des letzten Jahres, vom Streik der Druckereiarbeiter bis zum, ja noch auf Hochtouren laufenden, Stahlarbeiterstreik, ich denke natürlich auch an die Betriebsratswahlen und vor allem denke ich daran, daß im zurückliegenden Jahr endlich der Aufbau der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition in Gang gekommen ist und wir im November den zentralen Gründungskongreß der RGO feiern konnten.

Diese Erfolge haben wir erreicht, weil wir im Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit früher als in anderen Bereichen unsere Politik umgestellt und mit einer Politik der proletarischen Einheitsfront, auch wenn sie noch mit vielen Mängeln und Fehlern behaftet war und ist, begonnen haben. Das zeigt, daß die taktischen Überlegungen, die wir in der letzten Zeit angestellt haben, nicht aus der Luft gegriffen, sondern sehr richtig sind und ihre Richtigkeit in der Praxis bestätigt wird. Für uns kann das nur heißen, daß wir nun auf allen Gebieten des Klassenkampfes klaren Kurs steuern, entschlossen die Einheitsfrontpolitik verwirklichen.

Was die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit angeht, so hat der Parteitag die hier errungenen Erfolge lebhaft begrüßt. Aber er hat zugleich auch festgestellt, daß es hier noch einen grundlegenden und überaus gefährlichen Mangel gibt: die Vernachlässigung der Arbeit innerhalb der DGB-Gewerkschaften. Der Parteitag hat entschieden jede Politik des Rückzugs aus den DGB-Gewerkschaften verurteilt und sich einmütig dafür ausgesprochen, daß die Partei jede Möglichkeit, und sei es auch die kleinste, zur Arbeit in den DGB-Gewerkschaften ausnutzen muß.

In ihrer Grußadresse auf dem Gründungskongreß der RGO hat unsere Partei erklärt: ‚Unsere Partei betrachtet die kommenden Vertrauensleutewahlen als eine entscheidende Schlacht, für die es gilt, jeden Mann zu mobilisieren, um die Positionen der RGO in den Vertrauensleutekörpern und damit in den DGB-Gewerkschaften entscheidend zu stärken.' — Genossinnen und Genossen, es ist euch klar, daß wir dieses Versprechen hundertprozentig einhalten müssen, und zwar so hundertprozentig, daß es keinen Genossen geben darf, der sich in seiner Abteilung, in seinem Betrieb nicht um die Vertrauensleutewahlen kümmert. Das — und keine andere Haltung — ist auch im Sinne der Ergebnisse unseres IV. Parteitages.

Wie im Bereich Betrieb und Gewerkschaft, so müssen wir auch in allen anderen Bereichen — vor allem im Kampf gegen Reaktion und Faschismus, aber auch in der Frauenarbeit, in der Landarbeit, im Gesundheitswesen, im Erziehungsbereich usw. — eine breite Einheitsfrontpolitik entfalten, die Forderungen der Massen aufgreifen, Aktionen zur Durchsetzung dieser Forderungen organisieren und systematisch an den Aufbau von Massenorganisationen in diesen Bereichen gehen."



Veranstaltung in Westberlin zum 10. Jahrestag



Begeistert wird die Rede des Zentralkomitees der KPD/ML aufgenommen

++ IV. Parteitag der KPD/ML erfolgreich abgeschlossen +++

Grußbotschaft des IV. Parteitages an die Genossen der Partei und der Roten Garde

Liebe Genossinnen und Genossen!

Der IV. Ordentliche Parteitag der KPD/ML entbietet Euch seine herzlichsten, revolutionären Kampfesgrüße.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir gemeinsam große Anstrengungen gemacht, um die Beschlüsse des III. Parteitages in die Tat umzusetzen, um die Losung „Tiefer hinein in die Massen!" lebendige Wirklichkeit werden zu lassen. Wie Ihr alle wißt, mußte die Partei einen harten Kampf führen, um die ultralinken Fehler und das Sektierertum aufzudecken und ihre Wurzeln bloßzulegen. Heute arbeiten wir gemeinsam, um diese Fehler auszumerzen, die Partei eng mit der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen zu verbinden und haben dabei bereits viele Erfolge errungen, unter denen wir besonders die Selbständigkeit der Roten Garde und die Gründung der RGO hervorheben möchten. Der Parteitag dankt allen Genossen, die in Betrieb und Gewerkschaft, im Stadtteil und auf dem Dorf, in Schule, Universität, Armee und anderen Bereichen unermüdlich gearbeitet und mit großem Elan und Einsatz für die ökonomischen, sozialen und politischen Forderungen der Werktätigen, für die Sache der Revolution und des Sozialismus, für die Stärkung der Reihen der Partei und der Roten Garde gekämpft haben.

Wir danken und grüßen alle Genossen, die aufrecht und unerschütterlich Gefängnis und Geldstrafen auf sich nahmen und stolz und unerbittlich vor den Schranken der Klassenjustiz die gerechte Sache des Kommunismus verteidigten.

Der Parteitag hat einmütig die Rede begrüßt, die Genosse Ernst Aust auf dem 5. Plenum des 3. Zentralkomitees gehalten hat und die darin gegebene Ausrichtung der Partei erweitert und vertieft hat.

Genossinnen und Genossen, vor uns stehen große Aufgaben. Wir sind davon überzeugt, daß wir diese Aufgaben, indem wir die Beschlüsse und Direktiven des IV. Parteitages in die Tat umsetzen, ehrenvoll lösen, unsere Partei immer enger mit den Massen verbinden, sie zu einer immer führenderen Kraft in den Kämpfen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen machen, ihre Reihen noch mehr, vor allem mit Genossen aus der Arbeiterklasse, verstärken und noch größere Erfolge im Kampf für den Sieg der proletarischen Revolution, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland erringen werden.

Wir werden gemeinsam die stählerne, marxistisch-leninistische Einheit unserer Partei, die Einheit der Partei und der Roten Garde noch mehr festigen und einen entschlossenen Kampf führen, um das Eindringen der fremden bürgerlichen, revisionistischen und opportunistischen Ideen in unsere Reihen zu verhindern. Die weitere und verstärkte Proletarisierung der leitenden Organe unserer Partei, die Förderung und Ausbildung proletarischer Kader, die Hebung des ideologischen und politischen Niveaus der gesamten Partei sind dabei vorrangige Aufgaben.

Liebe Genossinnen und Genossen, der IV. Parteitag war ein entscheidender Schritt vorwärts im Kampf gegen den Revisionismus. Er hat die Diskussion, die in unserer Partei seit einiger Zeit über den chinesischen Revisionismus geführt wird, vertieft, einmütig die sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen, diese angeblich höchste Stufe und bedeutende Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, verurteilt. Die Mao-Tsetung-Ideen sind unvereinbar mit dem Marxismus-Leninismus, sie widersprechen den unvergänglichen Lehren der großen Führer des Weltproletariats Marx, Engels, Lenin und Stalin. Sie können niemals die theoretische Grundlage für die Politik unserer Partei sein. Der Parteitag hat Programm und Statut unserer Partei dementsprechend geändert. Der Parteitag dankt allen Genossen, die durch ihre Beiträge zur Klärung dieser so wichtigen Frage beigetragen haben.

Mit dem erfolgreichen Abschluß des IV. Parteitages hat unsere Partei einen großen Sieg errungen. Gehen wir kühn und entschlossen an die Arbeit, um seine Beschlüsse und Direktiven in die Tat umzusetzen!

Es lebe die KPD/ML!
Es lebe die Rote Garde!
Es lebe der Kommunismus!



Dringende Aufgaben der Partei

Die Verschärfung der Klassenkämpfe in unserem Land, die Möglichkeit des schnellen Heranreifens einer revolutionären Situation, werden unsere Partei in den kommenden Jahren vor große Aufgaben stellen. Die Entwicklung der Klassenkämpfe bis hin zum Entstehen einer revolutionären Situation ist ein objektiver Prozeß, der sich weitgehend unabhängig vom Willen, von der Strategie und Taktik der Partei vollzieht. Das Entstehen einer revolutionären Situation bedeutet aber keineswegs automatisch den Ausbruch oder gar den Sieg der sozialistischen Revolution. Ob es dazu kommt, hängt vor allem von der kommunistischen Partei ab. Davon, ob sie in der Lage ist, das Proletariat und die anderen werktätigen Massen politisch, ideologisch und organisatorisch in den Kampf zum gewaltsamen Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen.

Die Verantwortung unserer Partei gegenüber der Arbeiterklasse und dem deutschen Volk ist also sehr groß. Wir wissen, daß es heute noch Mängel und Schwächen in unserer Arbeit gibt, die verhindern, daß die Partei die Aufgaben, vor die sie der Klassenkampf stellt, in vollem Umfang erfüllen kann. Gehen wir also im Bewußtsein unserer großen Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen daran, die bestehenden Mängel und Schwächen zu überwinden und unsere Partei als revolutionären Vortrupp und höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats in Deutschland für die kommenden, scharfen Klassenkämpfe zu wappnen.

Dabei sind vor allem folgende Aufgaben von besonderer Dringlichkeit:

1. Das „linke" Sektierertum, das die Partei daran hindert, sich im Klassenkampf eng mit der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen zu verbinden, muß vollständig überwunden werden. Die gesamte Partei muß tiefgehend darauf ausgerichtet sein, führend und organisierend in die Klassenkämpfe einzugreifen.

Dabei muß mit der bisherigen Unterschätzung des Kampfes für Reformen Schluß gemacht werden. Klarer Ausdruck der unmarxistischen Leugnung der Bedeutung des Kampfes für Reformen ist die Tatsache, daß die Partei heute — 10 Jahre nach ihrer Gründung — noch immer nicht über ein Aktionsprogramm verfügt, um die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen auf dieser Grundlage im Kampf gegen die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen.

Es gehört daher zu den dringlichsten Aufgaben des neuen Zentralkomitees, den Entwurf für ein solches Aktionsprogramm zu erstellen und nach gründlicher Diskussion in der gesamten Partei das Aktionsprogramm der KPD/ML zu beschließen. Ohne große Massenorganisationen, mächtige Transmissionsriemen, die die Partei eng mit den Massen verbinden, kann die Partei ihre Aufgabe, die Arbeiterklasse und die Werktätigen im Kampf für den Sozialismus zu führen, nicht erfüllen. Nachdem die Partei jahrelang die Bedeutung dieser Frage nicht richtig erkannt hat, steht sie heute erst am Anfang des Aufbaus wirklicher Massenorganisationen.

Die Anstrengungen, die Rote Garde zu einer wirklich breiten Massenorganisation, die die Partei eng mit der revolutionären Jugend unseres Landes verbindet, zu machen, müssen mit großer Entschlossenheit fortgeführt werden. Die Partei muß mit aller Kraft den weiteren Aufbau der RGO als breiter Organisation der klassenbewußten Arbeiter unterstützen. Der Aufbau der Front gegen Reaktion und Faschismus muß ebenso entschieden vorangetrieben werden. Die Schaffung einer revolutionären Landvolkbewegung, einer proletarischen Frauenorganisation und weiterer Massenorganisation in anderen Bereichen müssen entsprechend den Bedingungen und Notwendigkeiten Schritt für Schritt erfolgen.

2. Damit die Partei in der Lage ist, die ihr vom Klassenkampf gestellten Aufgaben zu erfüllen, muß sie ständig bemüht sein, ihr ideologisches Niveau zu heben. Das erfordert vor allem, die Schulungsarbeit zu verbessern und zu verstärken. In dieser Frage hat die Partei in der Vergangenheit große und schwerwiegende Versäumnisse gemacht. Zwar ist damit begonnen worden, die Grundschulung zu verbessern, so daß sie jetzt in neuer Form anlaufen kann, von einer systematischen Schulung der Kader kann nach wie vor aber keine Rede sein. Dabei ist gerade die Förderung proletarischer Kader eines der wichtigsten Probleme der Partei. Das neue Zentralkomitee muß dieser Frage größte Beachtung schenken. Es muß eine besondere Schulung vor allem zur Entwicklung der proletarischen Kader geschaffen werden. Es müssen spezielle Schulungen zu solchen Themen durchgeführt werden, über die in der Partei größere Unklarheiten bestehen. Es muß untersucht werden, inwieweit wir nicht auch unter den Bedingungen der Halblegalität in Westdeutschland eine Parteischule zur Ausbildung der Parteikader organisieren können. Ohne die Schulungsarbeit zu verbessern und zu verstärken, wird die Partei sich kaum in dem Maße entwickeln können, wie es aufgrund der Entwicklung des Klassenkampfes notwendig ist.

3. Die weitere Verbesserung der bolschewistischen Organisation der Partei ist eine Aufgabe, die keineswegs mit der Beseitigung der revisionistischen Organisationsstruktur in der Zentrale erfüllt ist. Es geht jetzt darum, auch die mittleren und unteren Leitungen entsprechend zu stärken, damit sie in ihrem Bereich die Partei selbständig führen können, um die Linie des Zentralkomitees lebendig umzusetzen. Dabei müssen zumindest auf mittlerer Ebene Plenen geschaffen werden, die in der Lage sind, die Erfahrungen, die die Partei in den verschiedenen Bereichen macht, zusammenzufassen, die grundlegenden Beschlüsse für die Politik der Partei im Landesbezirk zu fassen, die dann das vom Plenum gewählte Sekretariat umsetzt.

Ein äußerst dringliches Problem, zu dem sicher eine besondere Schulung angebracht ist, ist die Förderung unserer Zellenleiter. Nach wie vor ist es ein großes Hindernis für das richtige Eingreifen der Partei in die Klassenkämpfe, daß viele Zellen noch nicht in der Lage sind, selbständig — ohne bis ins Detail gehende Anweisungen von oben — die Linie der Partei in ihrem Bereich zu verwirklichen. Mit ausschlaggebend für diesen Mangel ist die unzureichende politische und ideologische Vorbereitung der Zellenleiter für ihre wichtige Aufgabe.

4. Nach wie vor entspricht die soziale Zusammensetzung der Partei nicht den Erfordernissen einer proletarischen Kampfpartei. Obwohl auch in dieser Frage Fortschritte gemacht wurden, ist das von uns als vorläufiges Ziel angegebene Verhältnis von proletarischen und kleinbürgerlichen Parteimitgliedern von 8:2 noch nicht erreicht worden. Darum kommt es nach wie vor vor allem darauf an, klassenbewußten Arbeitern den Eintritt in die Partei in jeder Hinsicht zu erleichtern. Schon oft wurde der Finger auf diese Wunde gelegt, aber in der Praxis sind einschneidende Maßnahmen nicht erfolgt. Das Aufgebot zum Stalin-Jahr muß darum zu einer großen Initiative werden. Das neue Zentralkomitee muß dazu schnellstens eine konkrete Richtlinie erarbeiten, damit die Partei wirklich in der Lage ist, diese große Initiative ins Leben zu rufen.

Unsere Partei hat seit dem III. Parteitag, vor allem mit dem Referat des Genossen Ernst Aust „Propagandapartei oder Kampfpartei?" wichtige Fortschritte in der Überwindung der linkssektiererischen Abweichungen gemacht. Diese Ausrichtung muß unbedingt weitergeführt und vertieft werden. Gleichzeitig muß die Partei wachsam sein gegen alle Tendenzen, die sie nach rechts zu zerren drohen. Alle Aktivitäten und Kampfschritte der Partei sind auf das Ziel orientiert, die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen in der gewaltsamen sozialistischen Revolution zum Sieg über den Imperialismus, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus und zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland zu führen. Der Unterschied zwischen den Marxisten-Leninisten und den Verfechtern des „linken" Opportunismus ist keineswegs der, daß die „Linken" revolutionärer sind. Der Unterschied liegt vielmehr darin, daß, während die Linkssektierer die Revolution nur als Propagandaphrase betrachten, die Marxisten-Leninisten in der Revolution eine historische Aufgabe sehen, die zur Lösung ansteht.

+++ IV. Parteitag der KPD/ML erfolgreich abgeschlossen +++


Begeistert wurden die Beschlüsse des IV. Parteitags zur Mao-Tse-tung-Frage begrüßt.

Die Mao-Tse-tung-Ideen widersprechen dem Marxismus-Leninismus

Seit ihrem Bestehen hat unsere Partei, die KPD/ML, an der Auffassung festgehalten, daß es für die Arbeiterklasse unmöglich ist, über den Imperialismus zu siegen, ohne den Revisionismus zu schlagen. Sie hält fest an der Auffassung, daß der moderne Revisionismus die Hauptgefahr in den Reihen der Arbeiterbewegung ist. Den Kampf gegen den modernen Revisionismus in allen seinen verschiedenen Spielarten, vor allem gegen den sowjetischen, betrachtet unsere Partei als eine ihrer vorrangigen Aufgaben.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen erhält der Kampf gegen die chinesische Spielart des modernen Revisionismus besondere Bedeutung. Die revisionistische chinesische Führung ist mit ihrer konterrevolutionären „Theorie der drei Welten" zum Frontalangriff auf den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus, auf die proletarische Revolution und die Befreiungskämpfe der Völker angetreten und hat der marxistisch-leninistischen Weltbewegung schweren Schaden zugefügt.

Die Untersuchungen und Diskussionen in unserer Partei haben ergeben, daß sich das Auftreten des heutigen chinesischen Revisionismus nicht von den sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen trennen läßt. Der Einfluß der Mao-Tse-tung-Ideen hat bereits in den sechziger Jahren den Kampf der marxistisch-leninistischen Parteien gegen den Chruschtschow-Revisionismus erschwert. Er hat verhindert, daß von der marxistisch-leninistischen Weltbewegung insgesamt sämtliche antimarxistische Positionen verworfen wurden, sie sich enger zusammenschloß und Formen des multilateralen Erfahrungsaustausches zwischen den marxistisch-leninistischen Bruderparteien geschaffen wurden.

Mit dem offenen Auftreten des chinesischen Revisionismus kam es in den letzten Jahren zu einer erneuten Differenzierung in der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung. War es den Chruschtschow-Revisionisten noch gelungen, die meisten kommunistischen und Arbeiterparteien vom Weg der Revolution abzubringen, schlugen in den letzten Jahren die meisten marxistisch-leninistischen Parteien den Angriff der neuen, chinesischen Spielart des modernen Revisionismus zurück und festigten ihre Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. In mehreren Ländern entstanden und entstehen neue wahrhaft marxistisch-leninistische Parteien auf prinzipienfesten Grundlagen.

Unsere Partei sieht es als ihre unbedingte Aufgabe an, den Kampf gegen den modernen Revisionismus weiter zu vertiefen, insbesondere die Wurzeln des chinesischen Revisionismus und der konterrevolutionären „Theorie der drei Welten" als seinem krassesten Ausdruck bloßzulegen und sich von jeglichem Einfluß dieser neuen Strömung des modernen Revisionismus freizumachen. Sie hält dies für notwendig, um die marxistisch-leninistische Einheit in der Partei und auf internationaler Ebene unter den marxistisch-leninistischen Bruderparteien noch mehr zu festigen.

Die These, die Mao-Tse-tung-Ideen seien die „höchste Stufe des Marxismus-Leninismus" oder auch die davon abgeleitete These, der „Marxismus, der Leninismus und die Mao-Tse-tung-Ideen" müßten in der heutigen Zeit die ideologische Grundlage einer marxistisch-leninistischen Partei sein, sind zutiefst antimarxistisch-leninistische Thesen. Sie behaupten fälschlicherweise eine neue Epoche der gesellschaftlichen Entwicklung. Mit diesen Thesen wurde und wird das Ziel verfolgt, die Mao-Tse-tung-Ideen zu glorifizieren, blinde Anhänger der Mao-Tse-tung-Ideen zu schaffen und die Revolutionäre vom Marxismus-Leninismus abzuhalten. In Übereinstimmung mit ihren eigenen Klassenwurzeln sind diese Thesen vor allem im revolutionären Kleinbürgertum auf fruchtbaren Boden gefallen. Sie haben aber auch in unserer Partei Schaden angerichtet. Die Epoche, in der wir leben, hat sich entgegen obigen Thesen seit der Zeit Lenins und Stalins nicht verändert, sondern ist die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Der Leninismus ist der Marxismus dieser Epoche. Die theoretische Grundlage der Partei des Proletariats kann in dieser Epoche nichts anderes sein als der Marxismus-Leninismus.

Mit diesen Thesen steht die „Theorie der drei Welten" im Zusammenhang, die dem Supermachtstreben der revisionistischen chinesischen Führung dient. Sie leugnet eben den Charakter unserer Epoche, leugnet die vier wesentlichen Widersprüche dieser Epoche. An die Stelle des Proletariats als sozialer Haupttriebkraft unserer Epoche setzt sie die sogenannte Dritte Welt, an die Stelle der proletarischen Revolution setzt sie die Annäherung an den USA-Imperialismus, die Zusammenarbeit mit dem Imperialismus und der schwärzesten Reaktion. Sie leitet die proletarische Revolution und die nationalen Befreiungskämpfe der Völker in die Irre, indem sie nicht die beiden Supermächte als gefährlichste und Hauptfeinde der Völker bezeichnet, sondern nur den sowjetischen Sozialimperialismus. Sie bedeutet reinsten Sozialchauvinismus, empfiehlt sie doch dem Proletariat der imperialistischen Länder das Bündnis mit der Bourgeoisie im Interesse der angeblich nur noch vom „sowjetischen Sozialimperialismus ausgehenden Kriegsgefahr". Diese konterrevolutionäre Theorie ist von den Mao-Tse-tung-Ideen beeinflußt und auf sie zurückzuführen.

Die Mao-Tse-tung-Ideen sind gekennzeichnet von Versöhnlertum gegenüber der Bourgeoisie und Leugnung der Hegemonie des Proletariats. So treten sie nicht für die ungeteilte führende Rolle der Partei des Proletariats in der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus und für das historische Ziel des Proletariats und seiner Partei ein, während der Übergangsperiode des Sozialismus die Bourgeoisie als Klasse zu liquidieren, um zur klassenlosen Gesellschaft, dem Kommunismus, zu gelangen. Sie treten stattdessen ein für den Parteienpluralismus und die Erhaltung der Bourgeoisie im Sozialismus, ja entsprechend der These, die Bourgeoisie sei selbst im Sozialismus Teil des Volkes, sind sie nicht nur nicht für die Unterdrückung der Bourgeoisie und ihre Liquidierung als Klasse, sondern für die Teilung der Macht mit ihr. Das widerspricht den Lehren des Marxismus-Leninismus von Grund auf. Sie sind nicht für das marxistisch-leninistische Prinzip, daß im Sozialismus die marxistisch-leninistische Ideologie die einzige herrschende Ideologie sein muß, sondern vertreten stattdessen den bürgerlichen liberalen Grundsatz: „Laßt 100 Blumen blühen, laßt 100 Schulen miteinander wetteifern."

Ebenso gehen die Mao-Tse-tung-Ideen in bezug auf die Lehre von der Partei nicht aus von dem marxistisch-leninistischen Prinzip der Einheit des Willens und Handelns, der ideologischen Geschlossenheit der Partei und ihrer Reinhaltung von feindlichen Elementen, sondern vom antimarxistischen Prinzip des sogenannten Kampfes zweier Linien, das dem Fraktionismus, Liberalismus und Auflösungserscheinungen in der Partei Tür und Tor öffnet, zur Mißachtung der Normen und Prinzipien der Partei leninistischen Typs führt und ihren bolschewistischen Charakter leugnet.

Der Zerfall der Partei in verschiedene Fraktionen trat in China insbesondere in der Kulturrevolution zutage, die keineswegs unter Führung der Arbeiterklasse und der Partei stand, sondern von den Roten Garden der Jugendlichen und von der Armee angeführt wurde. Die schweren Abweichungen der Mao-Tse-tung-Ideen vom Marxismus-Leninismus in Kernfragen der Revolution und des sozialistischen Aufbaus wurden in der Kulturrevolution nicht verworfen, so daß diese das von ihr selbst propagierte Ziel, die Verhütung der Machtergreifung des Revisionismus, nicht erreichte. Im Gegenteil, ihr Abschluß wurde durch die Machtergreifung der offen reaktionären und revisionistischen Teng-Hua-Clique besiegelt, die die Entwicklung des Kapitalismus in China mit technokratischen Methoden rasch vorantreibt und mit ihrer großmachtchauvinistischen Politik auf der Grundlage der „Drei-Welten-Theorie" die Strategie verfolgt, China möglichst schnell in eine imperialistische Supermacht zu verwandeln.

Auch mit ihrer Kritik an Stalin greifen die Mao-Tse-tung-Ideen den Marxismus-Leninismus in wesentlichen Fragen an. In der Praxis wurden in China insbesondere die allgemeingültigen Erfahrungen der Sowjetunion Lenins und Stalins beim Aufbau des Sozialismus entstellt, so das Leninsche Prinzip der Politik für die Kollektivierung der Landwirtschaft „Stützen auf die Dorfarmut, Bündnis mit den Mittelbauern, Kampf dem Kulakentum", das Prinzip des Primats der Produktion von Produktionsmitteln gegenüber der Produktion von Konsumtionsmitteln, das Prinzip des Aufbaus der Wirtschaft nach einem einheitlichen, zentralisierten Plan und das Prinzip der ständigen Festigung des staatlichen Sektors der Wirtschaft. Die Mao-Tse-tung-Ideen übernehmen in diesen Fragen stattdessen verschiedene Positionen des Chruschtschow-Revisionismus und des Tito-Revisionismus. Die Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion Lenins und Stalins und in Albanien ebenso wie die negativen Erfahrungen der Entartung des Sozialismus in den revisionistischen Ländern haben bestätigt, daß der Sozialismus nur aufgebaut werden kann, wenn die Arbeiterklasse unter der ungeteilten Führung ihrer marxistisch-leninistischen Vorhutpartei in der gewaltsamen Revolution die proletarische Diktatur errichtet und ständig festigt und sich auf allen Gebieten, in Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und Militärwesen, vom Marxismus-Leninismus, von den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin leiten läßt und ihn prinzipienfest und schöpferisch auf die konkreten Bedingungen des Landes anwendet.

Unsere Partei stellt fest, daß die Mao-Tse-tung-Ideen den Lehren des Marxismus-Leninismus widersprechen und nicht die theoretische Grundlage der Politik unserer Partei sein können. Allein der Marxismus-Leninismus, die von Marx, Engels, Lenin und Stalin ausgearbeitete Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus, ist der unfehlbare Kompaß jeder wahren marxistisch-leninistischen Partei. Der Marxismus-Leninismus weist wissenschaftlich nach, daß der Untergang des Kapitalismus und der Sieg des Sozialismus gleichermaßen unausweichlich sind. Heute ist die Revolution ein Problem, das zur Lösung ansteht. Der Marxismus-Leninismus ist die sichere Waffe in den Händen unserer Partei, um die deutsche Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten im Kampf zu führen für den Sieg in der proletarischen Revolution über die einheimische Monopolbourgeoisie, über den Imperialismus, Sozialimperialismus und Revisionismus, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, für das große Ziel aller Ausgebeuteten und Unterdrückten: den Kommunismus.

In diesem Kampf stellt sich unsere Partei die Aufgabe, sich einzusetzen für die Stärkung der Einheit des internationalen Proletariats und seiner marxistisch-leninistischen Vorhutparteien. Die Stärkung der Einheit und Zusammenarbeit der wahren marxistisch-leninistischen Parteien — auch in geeigneten organisatorischen Formen — ist gerade heute eine gebieterische Notwendigkeit, da sie von den chinesischen Führern jahrelang gehemmt und gespalten wurde. Der international zusammenarbeitenden Bourgeoisie muß die Einheit des Weltproletariats entgegengestellt werden. Dabei gilt es, die Versuche der Bourgeoisie und der verschiedenen Spielarten des Revisionismus, diese Einheit zu spalten, zurückzuschlagen und in dem Bewußtsein vorwärtszuschreiten, daß diese auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus festgefügte Einheit ein unüberwindliches Hindernis für alle Feinde und eine Notwendigkeit für den Sieg der großen Sache der Revolution und der Befreiung der Völker ist.

+++ IV. Parteitag der KPD/ML erfolgreich abgeschlossen +++

1979 — Jahr des Stalin-Aufgebots



An alle Genossinnen und Genossen der Partei!

Der IV. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten hat beschlossen, für das Jahr 1979 ein Aufgebot durchzuführen.

Sinn dieses Aufgebots ist es, die Reihen unserer Partei zur Aufnahme der besten, klassenbewußtesten Elemente des Proletariats, insbesondere des Industrieproletariats, weit zu öffnen. Das Aufgebot dient der Stärkung des bolschewistischen Aufbaus unserer Partei und zur Festigung ihrer Fundamente in der Arbeiterklasse. Es wird dazu beitragen, den Kampf gegen die Überreste der ultralinken, sektiererischen Abweichungen von der korrekten Linie der Partei fortzuführen und zu vertiefen.

Der IV. Parteitag ruft alle Zellen und Genossen der Partei auf: Unternehmt im Rahmen des Aufgebots alle Anstrengungen, um verstärkt neue Mitglieder aus der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu gewinnen. Organisiert sie in der Partei. Beseitigt alle noch vorhandenen sektiererischen Hemmnisse, die fortgeschrittene, revolutionäre Arbeiter hindern können, mit uns gemeinsam zu kämpfen, und erleichtert ihnen den Weg in die kommunistische Partei!

Ziel der Erfüllung des für das Jahr 1979 beschlossenen Aufgebots ist die Verstärkung der Grundeinheiten der Partei durch klassenbewußte, zielklare, aktive, kämpferische Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Betrieben, der Gewerkschaftsarbeit, den proletarischen Massenorganisationen und der Jugend. Die Organisierung eines neuen Zustroms proletarischer Kräfte ist für die Entwicklung des bolschewistischen Charakters, der ideologischen und politischen Festigkeit und Schlagkraft der Partei in den kommenden Klassenauseinandersetzungen von grundlegender Bedeutung.

Der IV. Parteitag hat beschlossen, daß dieses Aufgebot den Namen des großen Führers und Lehrers des Weltproletariats, des Kampfgefährten Lenins bei der Schaffung der bolschewistischen Partei neuen Typs, des sicheren Leiters des ersten sozialistischen Staates der Erde, den Namen des Genossen J. W. Stalins tragen soll.

Mit dem Namen Stalins, dessen Geburt sich 1979 zum 100. Mal jährt, ist der Kampf für die Reinhaltung und schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, der Kampf gegen alle bürgerlichen und kleinbürgerlichen Feinde und Verfälscher der Lehre Lenins, der Kampf für den Triumph der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus über den Imperialismus und seine Ausgeburt, den Faschismus, für alle Zeiten untrennbar verbunden. Leben und Tätigkeit des Genossen Stalin sind und bleiben Richtschnur und Wegweiser für jede proletarisch-revolutionäre Partei.

Genossinnen und Genossen der Partei!

Macht das vor uns liegende Jahr zum Jahr des Stalin-Aufgebots der Partei, zum Jahr der weiteren Stärkung und Festigung der kommunistischen Partei des deutschen Proletariats!

Vorwärts zur Erfüllung des Stalin-Aufgebots!

Es lebe die Partei!



Grußbotschaft des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens

Partia e Punës e Shqipërisë
Komiteti Qendror

Komitetit Qendror
të Partisë Komuniste të Gjermanisë (m-l)

Të dashur shokë,
Komiteti Qendror i Partisë së Punës të Shqipërisë, në emër të gjithë komunistëve shqiptarë, me rastin e 10-vjetorit të themelimit të Partisë Komuniste të Gjermanisë (m-l), si dhe të Kongresit të saj u dërgon përshëndetje revolucionare dhe u uron delegatëve të Kongresit dhe gjithë milita... sese të mëdha në punë dh...

31 dhjetori i ... Gjermanisë (m-l), përbën ... dhe punonjësit gjermanë. ... tës klasore të klas...

...dhe Partisë Komuniste të ...manisë (m-l) mbi bazën e idealeve marksiste-leniniste e të internacionalizmit proletar.

Suksese të reja, të dashur shokë, për festën e 10-vjetorit të themelimit të Partisë Komuniste të Gjermanisë (m-l) dhe për Kongresin tuaj të tanishëm.

Lavdi marksizëm-leninizmit ngadhnjimtar!

Në emër të Komitetit Qendror
të Partisë së Punës të Shqipërisë
Enver Hoxha
Sekretar i Parë i Komitetit Qendror



Tiranë, më 16.12.1978

An das
Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei
Deutschlands/
Marxisten-Leninisten

Liebe Genossen,
das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens übermittelt euch im Namen aller albanischen Kommunisten anläßlich des 10. Gründungstages der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten sowie ihres Parteitages revolutionäre Grüße und wünscht den Delegierten des Parteitages sowie allen deutschen marxistisch-leninistischen Kämpfern große Erfolge bei ihrer Arbeit und Siege bei ihrem revolutionären Kampf.

Der 31. Dezember des Jahres 1968, der Gründungstag der KPD/ML, stellt einen bedeutenden Tag für das deutsche Proletariat und die deutschen Werktätigen dar. Die Gründung der Partei ist das Ergebnis des Klassenkampfes der Arbeiterklasse sowie der fortwährenden Anstrengungen der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen revolutionären Werktätigen für Freiheit, Demokratie und Sozialismus. Die Kommunistische Partei Deutschlands/ML ist die wahre Erbin und würdige Fortsetzerin der ruhmreichen revolutionären Traditionen des deutschen Proletariats und seiner hervorragendsten Vertreter. Das ist auch der Grund, weshalb sie die Herzen und Sinne der wahren deutschen Patrioten erobert hat, deren Kampf, mit der Arbeiterklasse voran, für den Triumph des Sozialismus und für den Sieg der Diktatur des Proletariats fortwährend wuchs und erstarkte, besonders in den letzten zehn Jahren.

Es ist eine Freude und ein Ansporn für uns, daß unsere deutschen marxistisch-leninistischen Genossen zu diesem Jubiläum und ihrem Parteitag mit einer reichen Bilanz revolutionärer Kämpfe und wichtiger Siege sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab kommen. In diesen Situationen großer Auseinandersetzungen und Konfrontationen leistete und leistet unsere Bruderpartei, die Kommunistische Partei Deutschlands/ML, mit ihrem Kampf einen hervorragenden Beitrag als Vorhut des deutschen Proletariats gegen die deutsche imperialistische Bourgeoisie und den Weltimperialismus, gegen den deutschen Sozialfaschismus und den sowjetischen Sozialimperialismus sowie gegen den modernen Revisionismus im allgemeinen und die Weltreaktion. Das ist ein Sieg nicht nur für Euch, sondern auch für die ganze kommunistische marxistisch-leninistische Weltbewegung.

Der Kampf Eurer Partei für den Triumph der sozialistischen Revolution in ganz Deutschland und für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland wird nach wie vor die vollständige Unterstützung der deutschen Werktätigen sowie aller marxistisch-leninistischen Revolutionäre und der revolutionären Menschen in der Welt haben. Sie hat auch die flammende Unterstützung der Partei der Arbeit Albaniens und des albanischen Volkes.

Wir geben der Überzeugung Ausdruck, daß Euer Parteitag die marxistisch-leninistische Linie Eurer Partei verteidigen, weiterentwickeln und noch mehr vorantreiben, für die deutsche Arbeiterklasse neue Wege und Perspektiven erschließen, das unbesiegbare Banner von Marx, Engels, Lenin und Stalin noch höher heben wird. Er wird so eine neue Etappe im Kampf gegen den modernen Revisionismus im allgemeinen und den sowjetischen und den chinesischen Revisionismus im besonderen bezeichnen, und so einen neuen Sieg von theoretischer und praktischer Bedeutung für die Revolution und den Sozialismus in Deutschland sichern.

Die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands/ML in den zehn Jahren ihres Bestehens stellt eine feste und unerschütterliche Grundlage zu neuen, noch größeren Erfolgen in der Zukunft und zugleich für große Siege der gemeinsamen Sache der Revolution und des Sozialismus auf der ganzen Welt dar.

Mögen sich die Beziehungen der Freundschaft und brüderlichen Zusammenarbeit zwischen der Partei der Arbeit Albaniens und der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Ideale und des proletarischen Internationalismus noch mehr festigen.

Weitere Erfolge, liebe Genossen, zu Eurer Feier des 10. Gründungstages der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten und zu Eurem jetzigen Parteitag.

Ruhm dem siegreichen Marxismus-Leninismus!

Im Namen des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens

Enver Hoxha
Erster Sekretär
des Zentralkomitees

Entscheidende Kämpfe im Iran

Die Lage im Iran hat sich in den letzten Tagen dramatisch zugespitzt. In den großen Städten des Landes halten die militanten Massendemonstrationen an. Die Erdöl-Produktion ist durch den machtvollen Streik der Ölarbeiter faktisch zum Erliegen gekommen. Mit grausamer Brutalität wütet die faschistische Soldateska unter den Werktätigen.

In der Stadt Meschhed stürmten Elitesoldaten des Schahs ein Krankenhaus, in dem viele bei Demonstrationen Verletzte lagen und metzelten alles nieder. In Meschhed und anderen Städten walzten die Truppen mit Panzern Aufzüge der Werktätigen nieder und ermordeten Hunderte von ihnen. Das faschistische Regime und seine imperialistischen Hintermänner sind zu allem bereit, um ihre blutige Terrorherrschaft über das Volk aufrechtzuerhalten. So wurde in der letzten Woche bekannt, daß der Oberbefehlshaber der Truppen, General Oveisi, schon am Ashura-Tag Mitte Dezember ein Blutbad von unvorstellbaren Ausmaßen geplant hatte. Er wollte an diesem Tag alle Demonstrationen gleichzeitig mit Panzern und Maschinengewehren angreifen und auch aus der Luft bombardieren lassen. 100.000 Tote hätte das gekostet, so erklärte der oberste Militär des Schahs selbst, aber dann wären Ruhe und Ordnung wiederhergestellt.

Streik der Erdölarbeiter

Seit Monaten schon stehen die iranischen Ölfelder unter Militärkontrolle. Jedes einzelne Feld ist dem Kommando eines Generals unterstellt. Der große Streik der Ölarbeiter jedoch konnte nicht gebrochen werden. Trotz des ungehemmten Terrors gegen die Arbeiter, trotz Massenverhaftungen, der Verjagung von Streikenden und ihrer Familien aus ihren Häusern usw. ist es dem Regime nicht gelungen, den politischen Streik zu brechen. Inzwischen hat der Iran den Ölexport einstellen müssen. Auch die Versorgung des eigenen Landes ist nicht mehr gewährleistet.

Auch in anderen Bereichen dauern die Streiks weiter an, so etwa bei der Post, beim Zoll, den Banken und Fluggesellschaften und den Teheraner Verkehrsbetrieben.

Militante Kämpfe

Die Demonstrationen und anderen Aktionen der Werktätigen, die für den Sturz der faschistischen Diktatur kämpfen, zeichnen sich durch eine immer größere Härte aus. In Meschhed wurde eine Station des berüchtigten Geheimdienstes Savak gestürmt. Drei Agenten und ein Soldat wurden dabei von der Menge gelyncht. In Teheran steinigten demonstrierende Schüler einen Savak-Mann, der gegen sie eingeschritten war, zu Tode. Ebenfalls aus Meschhed wurde in der vergangenen Woche eine Meuterei im Gefängnis gemeldet. Etwa 2.000 politische Gefangene, die schon mehrfach Kundgebungen gegen den Schah durchgeführt hatten, brachten eine größere Anzahl von Polizisten in ihre Gewalt. Durch diese Aktion konnten 22 Gefangene befreit werden.

Immer wieder wurden in den letzten Tagen in den iranischen Städten Barrikaden errichtet, Einrichtungen der Diktatur gestürmt und in Brand gesetzt. Immer deutlicher richtet sich der militante Zorn der Massen auch gegen die Botschaften der imperialistischen Mächte, die den Iran ausplündern und das faschistische Regime an der Macht halten. Trotz des gewaltigen Militäraufmarsches in Teheran versuchten Demonstranten immer wieder, die



Demonstranten werfen Molotow-Cocktails

amerikanische Botschaft zu stürmen. Sie riefen dabei: „Tod dem Amerikaner-Schah!" und „Yankee, go home!". Auch der Wagen eines Beamten der Bonner Botschaft wurde mit Steinen beworfen, der Diplomat selbst durch Faustschläge verletzt. In Ahwaz fand ein amerikanischer Öl-Boss bei einem Anschlag sein Ende.

Soldaten richten Offiziere hin

Ein besonderes Kennzeichen der letzten Wochen ist die fortschreitende Zersetzung innerhalb der Armee. In Täbris kam es am 18. November zu Befehlsverweigerungen und Desertationen im großen Umfang, als der Befehl gegeben wurde, auf Demonstranten zu feuern. Einige Soldaten überließen den Werktätigen ihre Armeefahrzeuge. Die Lage entwickelte sich so bedrohlich für das Regime, daß Elitetruppen aus Teheran eingeflogen werden mußten. In der Kaserne von Lavizan (Nordteheran) wurden neun Offiziere von Soldaten erschossen. Am vergangenen Mittwoch verweigerte ein Soldat in Teheran den Befehl, auf Demonstranten zu schießen und eröffnete das Feuer auf den befehlshabenden Offizier. Schon Anfang Dezember waren in der Hauptstadt ein General und ein Oberst hingerichtet worden.

Diese Tatsachen bedeuten eine große Ermutigung für die iranischen Massen. Aber nach wie vor ist die Armee, wie gerade die Massaker der letzten Tage gezeigt haben, ein mörderisches Werkzeug in den Händen des Regimes und seiner Hintermänner. Zudem bereiten sich die amerikanischen Imperialisten zunehmend darauf vor, noch massiver mit eigenen Truppen und Verbänden aus ihren Vasallenländern in die iranischen Kämpfe einzugreifen.

Der Kampf der kommunistischen Partei

Bei der Frankfurter Veranstaltung zum 10. Jahrestag unserer Partei und zum erfolgreichen Abschluß des IV. Parteitages wurde eine Grußbotschaft des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Irans vorgetragen. Darin heißt es unter anderem über die Lage im Iran:

„Unsere Partei ist entschlossen, die historische Aufgabe, die ihr übertragen worden ist, zu erfüllen. So wurde in unserem Plenum, das im Sommer dieses Jahres stattgefunden hat, beschlossen: Die Partei soll die Führung übernehmen, wo es ihr möglich ist, und eine Offensive starten.

In den Arbeitervierteln Teherans konnte die Partei große Demonstrationen organisieren und auch am Schwarzen Freitag sowie in anderen Städten antifaschistische Offensiven einleiten. In manchen Fabriken haben unsere Anhänger bei den Streiks in vorderster Kampflinie gestanden. Im Universitätsstreik und bei Studentendemonstrationen haben sie eine wichtige Rolle gespielt und als erste die Parole ‚Demokratische Volksrepublik' verbreitet. In den nördlichen Städten Barbol, Amol und Behschar kam es zu heftigen Kämpfen mit dem Militär, der Polizei und Agenten des Regimes, und unsere Anhänger konnten mit Unterstützung fortschrittlicher Kräfte die Volksrepublik ausrufen und für zwei Tage die Gewalt übernehmen. Im Norden des Landes wurde eine Demonstration mit etwa 70.000 Teilnehmern von den Anhängern unserer Partei organisiert.

Unsere Partei weiß, daß sie sich nach der Wirklichkeit richten muß, und hat richtig gesehen, was unser Volk wünscht. Unser Volk wünscht den bewaffneten Kampf. Obwohl unsere Partei noch jung ist und wenig Erfahrung hat, ist ihre Losung jetzt der bewaffnete Kampf, und sie bereitet sich mit höchstem Eifer und so schnell wie möglich darauf vor, diese ihr übertragene historische Aufgabe zu erfüllen. Der Feind ist bereit — vor einigen Monaten hat es der Schah selber gesagt —, 15 Millionen Iraner zu töten, wenn es darauf ankommt.

Die amerikanischen und anderen Imperialisten, Sozialimperialisten und chinesischen Imperialisten unterstützen das Regime mit Heftigkeit. Ein Teil der in Mannheim stationierten amerikanischen Truppen ist nach Persien verlegt worden. Die pakistanische Armee und arabische Armeen bereiten sich darauf vor, im Notfall Truppen in den Iran zu entsenden. Armee-Einheiten aus Malaysia und von den Philippinen sind schon eingetroffen, wie auch israelische Soldaten schon seit Monaten im Iran stehen.

Naturgemäß sieht unsere Partei ihre Aufgabe darin, so schnell wie möglich zum bewaffneten Befreiungskampf überzugehen. Alle Parteiorganisationen wurden die derzeit dazu nötigen Anweisungen gegeben.

Unsere Partei betrachtet den Kampf unseres Volkes und Proletariats als Teil des Kampfes des Weltproletariats. Wie wir sehen, haben sich alle Imperialisten zu einer entscheidenden Schlacht gegen das iranische Volk vereinigt.

Aber unser Volk und unser Proletariat hat mächtige Verbündete, das Proletariat und die freiheitsliebenden Völker der Welt, die das sozialistische Lager unter Führung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien bilden. Der Weltimperialismus ist in einem Gebiet, das für ihn größte Bedeutung hat und eine seiner Lebensadern darstellt, in die Enge getrieben und hat seinen Kopf in der Schlinge, und es gilt, ihm hier zusammen eine vernichtende Niederlage zu bereiten."

Nach dem Massaker von Maras (Türkei): 13 Provinzen unter Kriegsrecht

In der Türkei wütet der nackte weiße Terror. Nach dem faschistischen Massaker in der Stadt Maras, dem mindestens 100 Menschen zum Opfer fielen, hat die Regierung das Kriegsrecht über 13 Provinzen des Landes verhängt, darunter auch Istanbul und Ankara. In einigen dieser Provinzen haben die Militärkommandeure schon sämtliche politischen und gesellschaftlichen Vereine der Werktätigen, Gewerkschaften, Berufsverbände usw. verboten.

Das Kriegsrecht gibt ihnen auch die Möglichkeit, willkürlich Hausdurchsuchungen vorzunehmen, Ausgangssperren zu verhängen, jede Versammlung zu verbieten, die Presse zu zensieren usw. Außerdem wurden in den 13 Provinzen militärische Sondergerichte eingesetzt, um alle diejenigen Werktätigen, die trotz des faschistischen Ausnahmezustandes für ihre Rechte kämpfen, sofort abzuurteilen und einzukerkern. Die Verhängung des Kriegsrechts — das ist die offen terroristische Unterdrückung der Werktätigen der Türkei und ihrer gerechten Kämpfe.

Über den Anlaß für die Verhängung des Kriegsrechts, das Massaker von Maras, sind in den westdeutschen Medien fast ausschließlich Berichte verbreitet worden, die die wirklichen Tatsachen bewußt verfälschen und verdrehen (eine Ausnahme bildete ein Artikel von Jürgen Roth in der „Frankfurter Rundschau"). Wie schon bei den großen Kämpfen im Iran wird auch jetzt in bezug auf die Türkei versucht, die Klassenkämpfe in religiöse Auseinandersetzungen umzufälschen.

Was ist wirklich geschehen in Maras? In den Tagen vor Weihnachten gingen Tausende Werktätige der Stadt in einem machtvollen Trauerzug auf die Straße, um zwei fortschrittlichen Lehrern das letzte Geleit zu geben, die von den Faschisten ermordet worden waren. Diese Trauerkundgebung wurde von bewaffneten faschistischen Banden angegriffen. Gleichzeitig drangen in einer generalstabsmäßig vorbereiteten Aktion andere schwer bewaffnete Trupps in die Viertel der Werktätigen ein. Unbeschreibliche Szenen spielten sich in Maras ab. Mit ihren modernen Feuerwaffen, mit Bomben und Dynamit zogen die Faschisten plündernd und brandschatzend durch die Straßen. Hunderte von Häusern gingen in Flammen auf. Die Bewohner wurden auf die Straße gezerrt und regelrecht niedergemacht.

In der ganzen Stadt gingen die Faschisten jetzt auf Jagd nach fortschrittlichen Werktätigen und ermordeten sie. Selbst vor den Krankenhäusern machte ihr barbarischer Terror nicht halt. Verwundete wurden aus ihren Betten geholt und auf offener Straße niedergemetzelt. In dem erwähnten Artikel von J. Roth heißt es: „In Yeni-Mahalla, einem Neubaugebiet, wurden Mädchen entführt, vergewaltigt und dann erschossen — der rechte Mob war nicht aufzuhalten. Kinder, Frauen und alte Menschen blieben blutüberströmt vor den Türen ihrer Häuser liegen, wenn die rechten Killer sich ausgetobt hatten. Manchmal wurden getöteten Frauen die Brüste abgeschnitten, überall in der Stadt liegen auf den Straßen Tote ohne Nasen, ohne Ohren, ohne Genitalien. Mehrere Kinder wurden von den Fanatikern zu Tode gefoltert, weil ihre Väter Mitglied in einer linken Organisation waren."

Das grauenhafte Massaker von Maras ist kein Einzelfall. Es ist nur der Höhepunkt eines blutigen Feldzugs, den die Faschisten in enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen gegen die Werktätigen der Türkei führen. Nach dem gleichen Muster wie in Maras haben die faschistischen Mordbanden im vergangenen Jahr auch die Städte Malatya und Sivas überfallen (der RM berichtete darüber in den Ausgaben 47 und 48/78). Die Drahtzieher dieser Massaker sind immer die gleichen. Da ist einmal die faschistische Partei MHP, die von Oberst Türkes befehligt wird und die mit ihrem Ableger „Graue Wölfe" mit Billigung Bonns auch in der Bundesrepublik operiert. Einer der Befehlshaber der Killer von Maras war der MHP-Mann Jusuf Özbay. Er ist Abgeordneter im Parlament der Türkei. Inzwischen ist auch bekannt, daß die Türkes-Partei schon Wochen vor dem Blutbad ihre Killer in Maras zusammengezogen hatte.

Die faschistischen Mörder hatten zudem bei ihrem blutigen Terrorfeldzug gegen die Werktätigen von Maras die volle Unterstützung der bewaffneten Organe der Türkei. Unter den Mördern seien junge Männer, die an ihren Rangabzeichen, die sie unter einer Verkleidung trugen, als Offiziere der Armee zu erkennen waren. Und die Polizeitruppen der Stadt blieben bei dem Überfall der Faschisten in ihren Unterkünften. Einen ganzen Tag lang ließen sie die Killer-Kommandos unter den Werktätigen wüten, ohne auch nur den geringsten Versuch zu unternehmen, ihnen entgegenzutreten.

Das ist die Wahrheit über das Massaker von Maras. Es ist ein Teil des wütenden Angriffs der türkischen Bourgeoisie und ihrer imperialistischen Hintermänner gegen die Völker der Türkei. Mit solchem barbarischem Terror, mit dem systematischen Hinmorden von Revolutionären, der Ausrottung ganzer Familien wollen die Herren des Landes die anwachsenden Kämpfe der Werktätigen der Türkei im Blut ersticken. Sie haben vor einiger Zeit an die Spitze ihres Staates den Sozialdemokraten Ecevit gestellt, ein prominentes Mitglied in Willy Brandts „Sozialistischer Internationale". Er sollte mit Reformversprechungen die Werktätigen einlullen und sie vom Kampf abhalten. Aber das ist nicht gelungen. Gerade im vergangenen Jahr hat der wirtschaftliche und politische Kampf in der Türkei einen neuen Aufschwung erlebt. Immer mehr Arbeiter, Bauern und Intellektuelle gingen auf die Positionen des revolutionären Klassenkampfes über. Die wahrhaften Marxisten-Leninisten der Kommunistischen Partei der Türkei - Aufbauorganisation konnten in den Kämpfen der vergangenen Monate ihren Einfluß erheblich ausbauen.

Jetzt geht die Bourgeoisie immer offener auf faschistischen Kurs. Und Staatschef



Nach der Verhängung des Kriegsrechts besetzte die Armee auch das Universitätsgelände von Istanbul, um weitere Kämpfe blutig niederzuschlagen

Ecevit hat seine Maske endgültig fallen lassen, als er die Verhängung des Kriegsrechts anordnete. Er ist damit einer Forderung nachgekommen, die von den Faschisten und anderen offenen Reaktionären schon seit langem erhoben wird. Die Verkündung des Ausnahmezustands in vorerst 13 Provinzen ist der erste Schritt zur Errichtung einer offenen faschistischen Militärdiktatur, wie sie Anfang der siebziger Jahre schon einmal in der Türkei bestanden hat. Die Werktätigen der Türkei jedoch haben in den vergangenen Jahren ihre Kräfte verstärkt. Sie verfügen heute über revolutionäre Organisationen, an der Spitze die kommunistische Partei, die in vielen Kämpfen gestählt sind. So werden das Massaker von Maras und die Verhängung des Kriegsrechts der Auftakt neuer heftiger Klassenschlachten sein, in denen die Werktätigen ihre Losung erheben:

Tod dem Faschismus!
Freiheit dem Volk!

Clofibrat: Geschäft mit der Krankheit

Daß die Arzneimittelherstellung weniger der Gesundheit der Menschen als vielmehr der Gesundheit des Geldbeutels der Pharmakapitalisten wegen betrieben wird, ist bekannt. Weniger bekannt dagegen ist, daß die Pharmaindustrie oft regelrechte Krankmacher produziert, also Krankheiten, die ihr den fortlaufenden Absatz ihrer Produkte sichern. Jüngstes Beispiel hierfür ist das Medikament Clofibrat.

Clofibrat wird seit 1962 in Westdeutschland unter verschiedenen Bezeichnungen und wohlklingenden Werbesprüchen hergestellt, zuletzt von 24 verschiedenen Firmen. Allein im letzten Jahr wurden in der Bundesrepublik für 110 Millionen Mark Clofibrat-Präparate umgesetzt. Mindestens 200.000 herzkranke Bundesbürger nahmen das Mittel. Wieviele ihm bis heute zum Opfer gefallen sind, ist nicht bekannt.

Clofibrat, das angeblich unter anderem Herzinfarkte verhindern helfen soll, ist selbst in der Lage, Herzinfarkte auszulösen. Es ist krebsfördernd; es begünstigt Gallenleiden, Lungenembolie, Herzrhythmusstörungen und Impotenz. Die Sterblichkeit von Herzkranken, die das Präparat einnehmen, ist größer als die Sterblichkeit solcher Herzkranker, die das Glück hatten, von Clofibrat verschont geblieben worden zu sein.

Zum 15. Januar 1979 hat die Bundesregierung nun das Produkt verboten. Doch eine „Pioniertat", als die es offiziell hingestellt wird, ist dieses Verbot nicht. Erstens ist es ein Skandal, daß das Verbot erst jetzt gekommen ist; seit mindestens 1975 sind die schädlichen Wirkungen des Medikaments bekannt. Zweitens ist dieses Verbot nur ein Tropfen auf den heißen Stein; es kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß unter dem staatlichen Schutz die Pharmakonzerne weiter ihr reichhaltiges Sortiment an Giften mischen können.

Übrigens wird die durch das Verbot in den Markt gerissene Lücke zunächst durch ein neu aufgetauchtes Herzmittel namens Cedur gefüllt. Der in Cedur enthaltene Wirkstoff ist Bezafibrat. Und Bezafibrat ist mit dem verbotenen Clofibrat nicht nur dem Namen, sondern auch der chemischen Struktur nach eng verwandt...

Frachter „München" verschollen

Profitgier oder „Jahrhundertwelle"?

Am 11. Dezember geriet der Bremer Überseefrachter „München" im Atlantik nördlich der Azoren in einen schweren Orkan. In den frühen Morgenstunden des 12. Dezember fingen mehrere Schiffe noch einen kurzen Notruf auf. Seither ist das Riesenschiff (37.134 Bruttoregistertonnen) samt seiner Besatzung — 25 Männer und drei Frauen — verschollen. Eine großangelegte Suchaktion wurde am 22. Dezember abends ergebnislos abgebrochen. Die zahlreichen Flugzeuge und Suchschiffe hatten in der atlantischen Wasserwüste nur noch drei treibende Container aus der Fracht des Schiffes, vier leere Rettungsinseln, zwei Schwimmwesten, zwei Rettungsringe und eine Funkboje gefunden.

Das Schiffsunglück am 12. Dezember mußte sich innerhalb weniger Minuten abgespielt haben. Der Funker der „München" konnte seinen kurzen SOS-Ruf nur noch direkt, ohne den einem solchen Ruf normalerweise vorgeschalteten Warnton senden. — Die sonstigen Umstände und der gesamte Hergang des Unglücks liegen jedoch weiter im Dunkeln. In den Massenmedien wuchern die Spekulationen. Die Rede ist vor allem von Naturgewalten, von Wind und Wogen, die das Schiff möglicherweise zerbrochen, die Ladung losgeschlagen oder den schweren Schiffskran umgestürzt haben sollen. Nach einer anderen Version soll eine vom Sturm bis zu einer Höhe von 60 Metern aufgetürmte Welle, eine sogenannte Jahrhundertwelle, über dem 261 Meter langen und 32 Meter breiten Schiff zusammengeschlagen sein und es gleichsam mit einem Schluck verschlungen haben. „Im Orkan ist nichts unmöglich", orakelte die „Welt".

Diejenige, die Licht in das Dunkel des Schiffsunglücks bringen könnte, die Hapag-Lloyd AG, zu deren Flotte die „München" gehörte, hüllt sich in Schweigen. Was gibt es da zu verschweigen, zu vertuschen? Anscheinend einiges! Wenn man sich die wenigen Informationen über das Schiff, seine Ladung, seinen Kurs, seine Ausrüstung etc. näher ansieht, so drängt sich einem die Ansicht auf, daß die Schiffskatastrophe mit Wind und Wetter zwar einiges, viel mehr aber noch mit kapitalistischem Profitstreben zu tun hatte. Man kann indes jedoch nur Fragen stellen...

- Die „München" wußte über Funk von dem nördlich der Azoren tobenden Orkan. Warum fuhr sie nicht — wie andere Schiffe auch — um das Sturmgebiet herum? Durfte sie keine Zeit (Zeit = Geld der Reederei) verlieren? Gab es einen entsprechenden Befehl der Reederei?



Der Frachter „München"

- Die „München" war mit 83 Schwimmcontainern, von denen jeder 18,75 Meter lang und 9,50 Meter breit und ein Gewicht bis zu 460 Tonnen hat, hochbepackt. War die „München" überladen? Ist den 28 Besatzungsmitgliedern etwa nicht so sehr der Orkan selbst als vielmehr das Streben der Hapag-Lloyd AG zum Verhängnis geworden, mit einer Fahrt möglichst viele Güter über den Ozean zu schaffen — auch auf Kosten der Sicherheit?

Die „München" galt, nach Aussage ihrer Reederei, als eines der seetüchtigsten und sichersten Schiffe der westdeutschen Flotte überhaupt. Schiffe ihrer Größenordnung waren bisher nur durch Schiffskollisionen, durch Auflaufen auf Riffe, Untiefen, Eisberge etc. gesunken — Umstände, die in dem Seegebiet nördlich der Azoren nicht vorlagen. „Hält aber die hohe Deckslladung extremem Wellenangriff stand?" fragte die „Frankfurter Rundschau" und antwortete: „Experten weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Containerschiffe bei einer Überladung empfindlich reagieren".

- Schließlich bleiben eine Anzahl Fragen, die Verteilung der Ladung in den Containern und die technische Ausrüstung des Schiffes betreffend. Ein Detail sei herausgegriffen: Keine einzige der insgesamt sechs Rettungsinseln der „München" war mit einem Sender bestückt, der ein Aufspüren seitens der Suchmannschaften in kürzester Zeit ermöglicht. Wo die restlichen zwei Rettungsinseln sich befinden, ob sie mit dem Schiff untergegangen sind oder noch — vielleicht mit Überlebenden — irgendwo im Atlantik treiben, ist unbekannt.

Wieviel Geld hat das Unternehmen wohl durch seine diversen Rationalisierungen eingespart? Die Zeche zahlen die, die elend in der vom Orkan aufgewühlten See ertrunken sind!

Am 27. Dezember ließ die Hapag-Lloyd AG in mehreren Zeitungen eine Traueranzeige mit den Namen der 28 Besatzungsmitglieder der „München" drucken. „Wir trauern um den schweren Verlust", hieß es da. „Unsere Fahnen wehen auf Halbmast." — Der Verlust indessen dürfte für die Hapag-Lloyd AG nicht allzu schwer zu verschmerzen sein. Der Frachter war mit 80, die Ladung mit 60 Millionen Mark versichert.

Skylab stürzt ab

„Runter kommen die irgendwann alle"

Die Meldung paßte in die Weihnachtszeit. Denn vom Himmel hoch, da kommt nun demnächst tatsächlich etwas her. Die 82 Tonnen schwere US-amerikanische Raumstation Skylab ist außer Kontrolle geraten und nähert sich allmählich auf einer spiralförmigen Bahn der Erdoberfläche.

Schuld an dem ganzen, erklärte die Raumfahrtbehörde NASA, sei die Sonne. Unvorhergesehene Sonnenwinde nämlich hätten die Erdatmosphäre aufgeheizt, diese hätte sich ausgedehnt und den Flug von Skylab abgebremst, das seitdem unaufhaltsam sinke. Höhere Fügung also? Hat etwa der Oberami und Erdnußpriester Carter zuwenig gebetet? ...

Nach der sonnenwindigen Erklärung der NASA folgten Beschwichtigungen. Die Bahn von Skylab führe zu drei Vierteln über Ozeane, hieß es, daher bestünde kaum eine Gefahr für Menschen.

Was aber ist mit dem restlichen Viertel? — Die taumelnde Raumstation, groß wie ein Wohnhaus, fliegt auf wechselnden Bahnen zwischen dem 50. Grad südlicher und nördlicher Breite über dicht besiedelte Gebiete aller Erdteile. Bei dem Absturz wird Skylab nicht vollständig verglühen. Etwa 400 bis 500 besonders massive und hitzebeständige Trümmerteile werden auf einem 4.800 Kilometer langen und 160 Kilometer breiten Korridor niedergehen. Zur Illustration: Würde die Kapsel knapp südlich des 50. Breitengrades über Europa abstürzen, so wäre ein Gebiet betroffen, das von der französischen Atlantikküste über Nordfrankreich, Süddeutschland, die Tschechoslowakei und Südrußland bis zum Uralfluß reicht.

Die NASA erklärte, sie würde zur gegebenen Zeit Absturzort und -zeit exakt voraussbestimmen können. Diese Erklärung ist jedoch mehr als zweifelhaft. Wie präzise die NASA das sinkende Raumschiff im Griff hat, läßt sich schon an dem angegebenen Absturzdatum ablesen: Zwischen dem Sommer 1979 und dem Sommer 1980! Und wer kann voraussagen, ob nicht zur Unzeit wieder irgendwelche Sonnenwinde dazwischenwehen!

Skylab ist 1973 in das All geschossen worden. Der Start erfolgte, obwohl die technischen Möglichkeiten etwa für die Verhinderung eines Absturzes nicht vorhanden waren und bis heute wohl auch noch nicht vorhanden sind. — Was zeigt besser die ganze Skrupellosigkeit und Menschenverachtung der US-amerikanischen Raumfahrtbosse! Im Wettkampf vor allem mit den sowjetischen Imperialisten lassen sie Raumschiffe über der Erde kreisen, ohne die Sicherheitsprobleme technisch im Griff zu haben. Schießen wir das Ding erst mal hoch — ist ihre Mentalität —, das weitere wird sich finden! Ob der Flugkörper einmal außer Kontrolle gerät, ob er einmal das Leben, die Gesundheit, das Werk wer weiß wie vieler Menschen gefährdet — egal! Was zählt, sind einzig und allein die ehrgeizigen Welt-raumpläne der Imperialisten, ist die Möglichkeit zur Erringung von technischen und militärischen Vorteilen!

Zu Beginn des letzten Jahres stürzte ein sowjetischer Atomsputnik auf kanadisches Gebiet. In diesem oder im nächsten Jahr wird Skylab folgen. Die beiden Abstürze sind jedoch erst der Anfang. Insgesamt kreisen etwa 4.000 Flugkörper — vor allem US-amerikanische und sowjetische — im Weltall um die Erde und — so der Chef des Raumfahrtzentrums Houston achselzuckend — „runter kommen die irgendwann alle".

Das Männchen des Jahres



„...und gewöhnt euch das alberne ‚Genosse Deng' ab, ‚Boss' genügt!"

In Anerkennung seiner Verdienste um den US-amerikanischen Imperialismus wurde Deng Hsiao-ping von der Zeitschrift „Times" zum Mann des Jahres gekürt.

Westdeutsche Prominente dagegen wählten bei einer Umfrage der Illustrierten „Stern" Deng nur auf den dritten Platz, hinter Papst Johannes Paul II. und Rudolf Bahro. Trotzdem war die Wahl ein Beweis, daß auch in Westdeutschland die Kapitalisten Dengs Werk zu würdigen wissen: Für Deng stimmten der Stahlindustrielle Wolff von Amerongen und der Bertelsmannchef Reinhard Mohn. Die DGB-Führer ließen bei der gleichen Umfrage anderweitige Sympathien erkennen: Während Vetter und Loderer für Helmut Schmidt stimmten, wählte Karl Hauenschildt, Chef der IG Chemie, den Schlächter des palästinensischen Volkes, Menachim Begin.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 76, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/68 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr: 11.00-18.00 Uhr, Mi 15.00-18.00 Uhr und Sa 10.00-13.00 Uhr.